



58. Sitzung

am Dienstag, dem 24. November 2015, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 4896

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten und Staatsminister a. D. **Simon Nüssel** und den ehemaligen Abgeordneten **Dr. Willi Reiland** 4896

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Thorsten Glauber** 4954

Resolution der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. (CSU),
Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. (SPD),
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite Frankreichs, der Opfer und ihrer Angehörigen - Gegen menschenverachtenden Terror und für Freiheit, Sicherheit und Demokratie (Drs. 17/9113)

Beschluss..... 4897

Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in Paris..... 4897

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Rechtsextremismus konsequent bekämpfen - Handlungskonzept erarbeiten!"

Florian Ritter (SPD)..... 4897

Dr. Hans Reichhart (CSU)..... 4899

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 4901

Katharina Schulze (GRÜNE)..... 4902

Carolina Trautner (CSU)..... 4903

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 4904

Karl Freller (CSU)..... 4905

Staatsminister Joachim Herrmann..... 4906

Zwischenbericht

des Vorsitzenden der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

Berthold Rütth (CSU)..... 4907

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 4911

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 4913

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 4915

Staatsminister Dr. Markus Söder..... 4917

Interpellation der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern

(Drs. 17/6592)

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 4921 4927

Eric Beißwenger (CSU)..... 4922 4926 4927

Florian von Brunn (SPD)..... 4927 4938

Florian Streibl (FREIE WÄHLER)... 4930 4933 4934

Klaus Steiner (CSU)..... 4933

Markus Ganserer (GRÜNE)..... 4934 4935

Staatsministerin Ulrike Scharf..... 4935 4938

Erste Lesungen

zu einem Gesetzentwurf und einem Abkommen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Feiertagsgesetzes

(Drs. 17/9083)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 4938

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (Drs. 17/9084)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Umweltausschuss..... 4938

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 17/7548)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Wissenschaftsausschusses (Drs. 17/8850)

Alex Dorow (CSU)..... 4938

Martina Fehlner (SPD)..... 4940

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)..... 4941

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 4942

Beschluss..... 4942

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 4943

Bestellung

eines Mitglieds des Untersuchungsausschusses "Modellbau"

Beschluss..... 4943

Bestätigung

zweier Mitglieder für den Landessportbeirat

Beschluss..... 4943

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern-barrierefrei für Alle! - Bayerischer Masterplan zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum (Drs. 17/7556)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8373)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern-barrierefrei für Alle! - Barrierefreie Bahnhöfe Bayern (Drs. 17/7560)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/8731)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern barrierefrei für alle! Sonderförderprogramm "barrierefreies Rathaus" (Drs. 17/7779)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/8812)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Bayern barrierefrei für alle!
Barrierefreie Busbahnhöfe Bayern**

(Drs. 17/7780)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/8733)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern Barrierefrei 2023 II - Einrichtung eines Bayerischen Kompetenzzentrums Barrierefreiheit (Drs. 17/6948)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8651)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 V - Zertifikat für barrierefreie öffentliche Gebäude und Einrichtungen einführen (Drs. 17/6951)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8289)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 VI - Überprüfung staatlicher Förderprogramme und stärkere Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel (Drs. 17/6952)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8652)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen I: Aktionsplan zur Umsetzung vorlegen (Drs. 17/7582)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8650)

und

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen III: Ständige Arbeitsgruppe zur Umsetzung einrichten (Drs. 17/7766)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8376)

und

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen V: Zielvereinbarungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit (Drs. 17/7768)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
(Drs. 17/8895)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 4944
4945
Kerstin Celina (GRÜNE)..... 4946
Ruth Waldmann (SPD)..... 4947
Thomas Huber (CSU)..... 4949
Eberhard Rotter (CSU)..... 4951
Staatsministerin Emilia Müller..... 4951
Staatssekretär Gerhard Eck..... 4953

Beschluss en bloc mit Ausnahme des SPD-Antrags 17/7768..... 4953

Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 17/7768..... 4954

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/7768 (s. a. Anlage 2)..... 4961

Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung" (EB.1071.17)

Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 4954 4959 4960
Karl Straub (CSU)..... 4955
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 4956
Jutta Widmann (FREIE WÄHLER)..... 4957
Martin Neumeyer (CSU)..... 4958 4959
Staatssekretär Gerhard Eck..... 4959 4960 4961
Hans Herold (CSU)..... 4960

Namentliche Abstimmung..... 4961

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 3)..... 4962

Schluss der Sitzung..... 4962

(Beginn: 14.04 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 58. Sitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich darf Sie nun bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 17. November verstarb der ehemalige Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Simon Nüssel im Alter von 91 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1954 bis 1994 an und vertrat für die CSU-Fraktion den Stimmkreis Bayreuth. Von 1966 bis 1970 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Zweiter Vizepräsident der bayerischen Volksvertretung. Im selben Jahr wurde er zum Staatssekretär im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten berufen und amtierte dort von 1987 bis 1990 als Staatsminister. Zusammen mit Hans Eisenmann, dem er im Amt nachgefolgt war, entwickelte er den "bayerischen Weg" in der Agrarpolitik und das noch heute geltende Kulturlandschaftsprogramm.

Simon Nüssel hatte sich der Entwicklung und dem Fortbestand der Landwirtschaft mit Leib und Seele verschrieben. Als Landwirt mit eigenem Hof kannte er den Alltag und die Herausforderungen gerade der kleinen und mittleren Betriebe. Sie waren es, die ihm in seiner Politik besonders am Herzen lagen. Sein Handeln war dabei geprägt von Weitblick, Überzeugungskraft und großer Souveränität.

Mit Simon Nüssel verliert unser Land einen bodenständigen und gleichzeitig visionären Politiker, der zu den konstanten Größen der bayerischen Nachkriegspolitik gehörte. Landwirte und Waldbesitzer in ganz Bayern, insbesondere auch seine oberfränkische Heimat haben ihm viel zu verdanken.

Der Staat hat seine Verdienste mit hohen Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und dem Bayerischen Verdienstorden.

Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Wir trauern mit den Angehörigen.

Am 14. November verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Willi Reiland im Alter von 82 Jahren. Er war von 1962 bis 1970 Mitglied des Bayerischen Landtags

und vertrat für die SPD-Fraktion den Stimmkreis Aschaffenburg-Stadt und -Land. Herr Dr. Reiland war von 1966 bis 1970 ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Haibach und danach 30 Jahre lang Oberbürgermeister von Aschaffenburg. Zu seinen Leistungen zählen die Aussöhnung mit den ehemaligen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Jahr 1988, 50 Jahre nach der Reichspogromnacht, sowie der Aufbau von Städtepartnerschaften.

Im Bayerischen Landtag engagierte sich Herr Dr. Reiland im Ausschuss für Geschäftsordnung und Wahlprüfung sowie im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. Für seine Leistungen erhielt er unter anderem die Ehrenbürgerwürde der Stadt Aschaffenburg.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Resolution der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. (CSU),

Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)

Dr. Peter Bauer u. a. (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen an der Seite Frankreichs, der Opfer und ihrer Angehörigen - Gegen menschenverachtenden Terror und für Freiheit, Sicherheit und Demokratie (Drs. 17/9113)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir einige Worte zu den furchtbaren Ereignissen der vergangenen Tage.

Noch immer sind wir fassungslos angesichts der schlimmen Terroranschläge, die am 13. November die französische Hauptstadt Paris erschüttert haben. Wenige Tage später war auch Mali Schauplatz eines schrecklichen Terroraktes.

Wieder einmal mussten wir erfahren, dass blinder Hass und Fanatismus keine Grenzen kennen. Neben der Trauer über das unermessliche Leid spüren wir in diesen Tagen, dass uns das Geschehene die Sicherheit des Alltags zu nehmen droht. Dennoch und gerade deswegen müssen wir uns dem Terror mit vereinten Kräften entgegenstellen; denn es geht auch und vor allem um unsere Werte. Diese Werte lassen wir uns nicht nehmen, von niemandem, erst recht nicht von Mördern. Diese Werte sind nicht verhandelbar.

Wir stehen geeint an der Seite Frankreichs. Wir stehen geeint an der Seite der Angehörigen aller vom Terror betroffenen Opfer. Und wir stehen geeint als Demokraten im Kampf gegen den Terrorismus.

Über alle Fraktionsgrenzen hinweg wollen wir heute in diesem Sinne ein klares und unmissverständliches Signal setzen. Deshalb haben sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Erklärung verständigt, in der die barbarischen Akte der Gewalt aufs Schärfste verurteilt und unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte selbstbewusst verteidigt werden. Die als Antrag von allen vier Fraktionen eingebrachte Resolution hat den Titel:

"Wir stehen an der Seite Frankreichs, der Opfer und ihrer Angehörigen – Gegen menschenverachtenden Terror und für Freiheit, Sicherheit und Demokratie"

Der Text der Resolution lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die erneuten Anschläge in Paris haben Europa zutiefst erschüttert. Der Bayerische Landtag verurteilt diese menschenverachtenden Terrorakte, die so viele Menschenleben gefordert und Menschen Leid zugefügt haben, auf das Schärfste. Er spricht den Angehörigen der Opfer und der gesamten französischen Nation seine Anteilnahme aus. Bayern steht auch im Angesicht der Verwüstung und des Todes, im Augenblick der Not und der Trauer an der Seite der französischen Freunde.

Der Anschlag galt Frankreich, er galt aber auch einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft. Die Antwort auf die barbarischen Verbrechen islamistischer Terroristen kann nur ihre Bekämpfung mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln sein. Wir müssen unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte geschlossen verteidigen und jetzt erst recht offensiv für sie einstehen. Das gilt auch für unser Selbstverständnis als pluralistische Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden selbstbestimmt, wie sie im Rahmen unserer Gesetze leben wollen und was sie glauben oder auch nicht glauben. Die Werte der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts haben Europa zum größten Friedenswerk der Geschichte gemacht. Alle demokratischen Kräfte müssen jetzt zusammenstehen und beweisen, dass diese Werte stärker sind als die menschenverachtende Ideologie eines islamistischen Fundamentalismus. Das ist auch im klaren Interesse unserer vielen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Bayern und überall in Deutschland friedlich mit uns zusammenleben.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind der machtvolle Gegenentwurf zu einer Welt des Terrors und die verbindende Klammer aller Menschen in Europa.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass es keine Aussprache dazu gibt. Ich lasse jetzt unmittelbar über die als Antrag formulierte Resolution auf Drucksache 17/9113 abstimmen. Wer diesem Antrag, dieser Resolution zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag, diese Resolution einstimmig beschlossen.

Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich bei den Fraktionen für diese Initiative. Sie war ein gutes und sichtbares Zeichen für uns im Bayerischen Landtag, was die Verteidigung von Freiheit, Recht und Demokratie angeht.

Ich darf Sie nun bitten, sich zum Gedenken an die Opfer der Terroranschläge zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Rechtsextremismus konsequent bekämpfen - Handlungskonzept erarbeiten!"**

Ich darf Herrn Kollegen Ritter für die SPD-Fraktion bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Rechtsradikalismus entsteht nicht im luftleeren Raum. Vorstellungen von Ungleichwertigkeit, rassistische und antisemitische Weltbilder sind die Einstiegsdrogen einer rechtsradikalen Gesinnung. Nicht umsonst versuchen rechtsradikale Gruppen mit den von ihnen angestachelten Debatten genau an solche Vorurteile anzuknüpfen, um mehr Einfluss zu gewinnen. Soziale Netzwerke sind mittlerweile der Katalysator, in denen versucht wird, Verunsicherung in Ablehnung umzuwandeln und mit Falschinformationen bewusst zu Hass anzustacheln. Hier wird zu Gewalt aufgerufen und die Meinung verbreitet, dass Gewalt eine legitime Antwort auf die Debatten über das Asylrecht wäre.

Es gibt eine Spirale der gegenseitigen Verstärkung von extremen Positionen. Hier sind die Politik und der Staat in einer besonderen Verantwortung. Wir dürfen das nicht laufen lassen, Kolleginnen und Kollegen.

Ich begrüße ausdrücklich, dass seit einiger Zeit immer mehr Polizeibehörden Gräuelmärchen und Lügengeschichten, die speziell über Flüchtlinge verbreitet werden, in der Öffentlichkeit richtigstellen. Solche Stellungnahmen sind von einer enormen Bedeutung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In München beispielsweise handelt das Polizeipräsidium wirklich vorbildlich. Ich hoffe, dass in ganz Bayern alle Sicherheitsbehörden sich daran ein Beispiel nehmen. Gerade bei Debatten über die Gemeinschaftsunterkünfte vor Ort ist es wichtig, wenn die Polizei aufklärend und mäßigend auftritt.

Auch in Bayern hat es eine beängstigende Zunahme von Übergriffen auf geplante und bestehende Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Die Antworten auf eine Anfrage von Markus Rinderspacher vom Juli und eine Anfrage von Kathi Petersen vom Oktober belegen den rasanten Anstieg der Zahl von Übergriffen auf bestehende und geplante Flüchtlingsunterkünfte. Bereits Mitte Oktober 2015 hatten wir in Bayern doppelt so viele Übergriffe zu verzeichnen wie im letzten Jahr. Was uns die Sicherheitsbehörden gemeldet haben, umfasst aber noch lange nicht alle Anschläge. Wenn ich die Zahlen in meinen Unterlagen und die Zahlen, die zivilgesellschaftliche Institutionen führen, mit den Zahlen der Sicherheitsbehörden vergleiche, stelle ich fest, dass eine Reihe von Übergriffen fehlt. Dazu gehören zwei Brandanschläge in Wallersdorf und in Burgkirchen. Offensichtlich funktioniert noch nicht einmal eine systematische Erfassung der Vorfälle. Hier muss dringend nachgearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber nicht nur diese Zahlen lassen aufschrecken. Die Aufklärungsquote bewegt sich in diesem Jahr bei 20 %. In den letzten Jahren lag sie zwischen 0 % und maximal 50 %, wobei die Quote von 50 % ein echter Ausreißer war. Auch wenn man zugutehalten muss, dass die Ermittler nicht sofort jeden Täter identifizieren, stellt man fest, dass die Quote der Aufklärung im Januar und im Februar nicht besser war als im August und im September.

Kolleginnen und Kollegen, auch wir im Bayerischen Landtag müssen hier achtsam sein und uns die Gründe dieser schlechten Aufklärungsquote überlegen. Was kann, was muss man bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit ändern, um diese Aufklärungsquote zu verbessern? – Diese Debatte können wir nicht nur auf

die zuständigen Behörden delegieren, diese Debatte müssen wir hier in diesem Hause führen.

Auch etwas anderes muss uns zu denken geben, Kolleginnen und Kollegen. Die Auswertung des BKA zeigt, dass die Täter nicht nur aus dem Naziumfeld kommen, wie das in früheren Jahren oftmals der Fall gewesen ist. Es zeigt sich, dass viele der Taten von ganz normalen Leuten begangen werden, die keinerlei Kontakt zu rechtsextremen Strukturen hatten. Das zeigt einmal mehr, dass Vorurteile, neonationalistische Positionen und Rassismus nicht erst dann eine Gefahr sind, wenn sie von offen agierenden Naziorganisationen ausgehen. Wir können von Glück reden, dass bei den Brandanschlägen niemand zu Schaden gekommen ist, vom materiellen Schaden einmal ganz abgesehen, der mittlerweile in die Millionen gehen dürfte. Wir dürfen nicht tolerieren, dass aufgrund der aufgeheizten Debatte Leute der Meinung sind, sie könnten das Recht in die eigene Hand nehmen und mit solchen Anschlägen versuchen, ihren Positionen zur Geltung zu verhelfen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

All das hat mit Ängsten und Befürchtungen, die man ernst nehmen muss, lange nichts mehr zu tun. Es ist nicht Aufgabe der Politik, in einer aufgeheizten Debatte Öl ins Feuer zu gießen, um sich selbst oder seine eigene Partei zu profilieren. Es ist aber unsere Aufgabe, in diese Debatte aufklärend und - vor allem - befriedend einzugreifen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ängste und Befürchtungen ernst zu nehmen heißt aber auch, den Menschen ihre Ängste zu nehmen. Das heißt nicht, Befürchtungen einfach hinzunehmen und sie sogar noch zu verstärken.

Der rechte Terror etwa des NSU, der Oldschool Society oder der in Bamberg ausgehobene Terrorgruppe sind nur die Spitze des Eisberges. Die Politik darf kein Stichwortgeber sein und keine Bestätigung für radikale Haltungen liefern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, völlig unverständlich aber wird es für mich, wenn Sie bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors richtigerweise einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Radikalisierung legen. Das unterstützen wir ohne Wenn und Aber, auch wenn wir vielleicht das eine oder andere anders machen würden. Die Bekämpfung der Radikalisierung ins Zentrum zu rücken und im Vorfeld anzusetzen, ist ein richtiger Schritt. Völlig irrsinnig und unverständlich ist für uns aber, dass Sie unsere Forderung, es bei

der Bekämpfung des Rechtsextremismus genauso zu machen, ablehnen und sich dieser Frage seit Jahren verweigern. Sie wollen dieses Feld nicht beackern. Wir brauchen aber dringend auch eine Bekämpfung der Radikalisierung im rechtsextremistischen Vorfeld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die SPD hat im Bayerischen Landtag das Verbot der NPD schon gefordert, als die Staatsregierung und die CSU das noch für einen Sündenfall gehalten haben. Wir haben das Verbot des Freien Netzes Süd gefordert, als Staatsregierung und CSU noch behauptet haben, es handle sich lediglich um eine Website, obwohl es bayernweit Aufmärsche und Aktionen unter dem Mantel des Freien Netzes Süd gab. Das Freie Netz Süd ist mittlerweile verboten worden. Das begrüßen wir, auch wenn wir kritisieren, dass das viel zu spät geschah. Mittlerweile konnten funktionierende Nachfolgestrukturen etabliert werden. Das Verbot des Freien Netzes Süd hat letzten Endes nur noch eine leere Hülle getroffen. Die Köpfe und die Strukturen haben sich aber in anderen Organisationen wie beispielsweise dem DRITTEN WEG wiedergefunden. Diese Einschätzung teilt im Übrigen auch der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Auch er meint, beim DRITTEN WEG handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine Nachfolgeorganisation des Freien Netzes Süd. Wir brauchen deshalb dringend eine Prüfung des Verbots des DRITTEN WEGS und eine Prüfung des Verbots der Partei DIE RECHTE.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Beim DRITTEN WEG handelt es sich um eine Nachfolgeorganisation. Bei der RECHTEN sind Verbindungen zu terroristischer Gewalt sichtbar, wie sich jetzt beim Ausheben der Terrorgruppe in Bamberg gezeigt hat. Es bestehen aber auch Verbindungen zu bereits verbotenen Kameradschaften in anderen Bundesländern. Das Vorgehen kann man nicht nur auf die Bundesebene delegieren. Hier ist auch der Freistaat Bayern gefordert. Hier ist auch das bayerische Innenministerium gefordert, die notwendigen Initiativen zu ergreifen. Wir brauchen ein sinnvolles Miteinander von Maßnahmen der Repression, aber auch von Maßnahmen der Vorbeugung. Ich bitte Sie, diese Diskussion auch weiter mit uns zu führen, damit wir auf einen besseren Weg kommen als den, den wir die letzten Jahre beschritten haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU hat jetzt Herr Kollege Dr. Reichhart das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Reichhart (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jede rechte Schmiererei, jeder Brandanschlag, jede fremdenfeindliche Äußerung in Bayern ist eine zu viel. Wir stehen deshalb alle, alle hier im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien, geschlossen gegen alle Rechten, gegen jede rechtsextreme Tendenz und gegen jede rechtsradikale Bewegung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Ritter hat das bereits angesprochen: Wir sind uns nicht immer einig, wenn es um Mittel und Wege geht. Aber wir alle hier im Haus verfolgen ein Ziel: Wir wollen den Rechtsextremismus umfangreich und in all seinen Ausprägungen bekämpfen. Wir stehen gegen den klassischen Antisemitismus. Wir stehen gegen jede Art von Ausländerfeindlichkeit. Wir stehen gegen den bekennenden und den unterschweligen Rassismus.

Wir als Politiker sind gefordert, radikales Gedankengut zu enttarnen und ihm auf allen Ebenen den Boden zu entziehen. Wir als Politiker sind gefordert, jedem Menschen bewusst zu machen, dass Radikalisierung keine Antwort auf Terror ist. Wir als Politiker sind gefordert, uns klar und deutlich zum Rechtsstaat und zur Demokratie zu bekennen. Wir als Politik sind aber auch gefordert, die Ängste der Menschen aufzunehmen und klar zu sagen, was jenseits des politischen Diskurses zulässig und was unzulässig ist.

Wir sehen derzeit ein europaweites Erstarken rechtsradikaler Kräfte. Deutsche Neonazis marschieren Hand in Hand mit tschechischen Rechtsradikalen; der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders spricht vor Anhängern der Pegida-Bewegung in Dresden, wobei man dazusagen kann: Zum Glück waren erstaunlich wenig Leute dort. Henriette Reker wird in Köln Opfer eines Anschlags, während der Front National mit Marine Le Pen an der Spitze erschreckend hohe Umfragewerte erreicht. Sie suggerieren dabei alle, dass die demokratischen Kräfte im jeweiligen Land und in Europa, dass wir, die wir hier sitzen, die Herausforderungen der Zeit nicht erkannt haben oder sie nicht lösen können. Dies ist eine gefährliche Lüge, über die wir uns aber nicht nur ärgern dürfen, sondern die uns allen auch eine Warnung sein muss.

Liebe Kollegen, wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen. Wir werden und dürfen es niemals dulden, dass die Radikalen mit diesen Ängsten spielen. Wir sind auf keinem Auge blind, und wir greifen gegen Extremismus mit der vollen Härte des Gesetzes durch, beispielsweise unsere Polizeibeamten, unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte, die Hervorragenden

des leisten. In Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es bei rechtsextremen Taten keine Milde. Das fängt bei rechten Äußerungen und Schmierereien an und endet bei rechtsmotivierter Gewalt. Die Kollegen Arnold und Kreuzer, aber auch die Minister Winfried Bausback und Joachim Herrmann sehen es in ihrer täglichen Arbeit. Wir wissen das als ehemalige Staatsanwälte, und wir können, so glaube ich, gemeinsam mit Stolz sagen: In Bayern wird eine konsequente Linie verfolgt. Unsere Staatsanwaltschaften verfolgen politisch motivierte Gewalttaten noch viel stärker als anderswo; jeder Straftäter bekommt in Bayern die volle Härte des Gesetzes zu spüren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen, der reaktive, der repressive Bereich ist wichtig. Aber genauso wichtig ist es, wie es Kollege Ritter gerade angesprochen hat, proaktiv, präventiv tätig zu werden. Wir haben diesbezüglich ebenfalls einiges unternommen, Sie haben leider manches unter den Tisch fallen lassen.

Der Freistaat Bayern hat seit dem Jahr 2009 ein ressortübergreifendes Handlungskonzept gegen Rechtsradikalismus, das sich als dynamischer Prozess ständig weiterentwickelt und immer in Bewegung ist. Sowohl durch politische Impulse als auch durch verwaltungsinternes Handeln wird dieser Prozess verstetigt, und es kommen immer neue Punkte hinzu. Hierbei gibt es niemals Stillstand. Ich hoffe, Sie sind auch dabei. Genau dieses Konzept werden wir im Innenausschuss noch intensiver diskutieren und im Frühjahr nächsten Jahres dazu eine Anhörung veranstalten und uns intensiv damit beschäftigen.

Das Handlungskonzept gegen Rechtsradikalismus gibt einen Überblick über bereits ergriffene Maßnahmen und zeigt Handlungsfelder auf, in denen wir noch mehr tun müssen, die es zu stärken und auszubauen gilt. Lassen Sie mich exemplarisch nur in einigen Punkten aufzeigen, was bereits im Bereich der Sicherheitsbehörden geschehen ist.

Wir haben seit dem Jahr 2014 eigenständige Kommissariate "Operativer Staatsschutz" bei den Kriminalpolizeiinspektionen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingerichtet. Wir verändern den personen- und strukturorientierten Ermittlungsansatz, wo immer es notwendig ist. Wir bekommen eine Neugestaltung der Datenerfassung im polizeilichen Staatsschutz, wir intensivieren die Zusammenarbeit der Behörden, wir – das ist ein besonders wichtiger Punkt – gehen auch in die JVA hinein und intensivieren dort die Erkenntnisgewinnung. Als Konsequenz aus den NSU-Attentaten haben wir im Jahr 2012 beim Verfassungsschutz auch ein eigenes Sachgebiet "Gewalttätiger Rechtsextre-

mismus und Rechtsterrorismus" eingerichtet, das in diesem Jahr zu einer Abteilung aufgewertet wurde. Die Kollegen, die beim Verfassungsschutz damit beschäftigt sind, haben gesehen, dass es ein tolles Konzept ist. Der Verfassungsschutz macht hier sehr viel und hat, denke ich, auch parteiübergreifend die Anerkennung verdient, die wir ihm endlich zuteilwerden lassen sollten.

Außerdem schaffen wir zwei Sachgebiete, welche die rechtsextreme Szene in Nord- und in Südbayern observieren und täglich neu einschätzen. Der Freistaat Bayern verfolgt dabei rechtsradikales Gedankengut auf allen Ebenen und von allen Seiten. Bei Rechtsradikalen bedeutet dies ganz konkret: Wir haben das Freie Netz Süd verboten. Sie haben es bereits erwähnt, Herr Kollege. Wir sollten aber etwas nur verbieten, wenn wir der festen Überzeugung sind, dass dieses Verbot auch hält; denn der größte Schaden entstünde, wenn wir ein Verbot aussprechen würden und später ein Gericht sagen würde, zum Verbot reiche es nicht. Insoweit bin ich unserem Innenminister sehr dankbar, der gesagt hat: Jetzt reicht es; ich treffe die Entscheidung; lasst uns das Freie Netz Süd verbieten.

Wir sind in Bamberg ganz klar gegen Rechtsradikale vorgegangen. Wir beobachten die Parteien DIE RECHTE und DER DRITTE WEG, die leider nur durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden können. Wir in Bayern haben uns an die Spitze des NPD-Verbotsverfahrens gestellt. Wir beobachten wie kaum ein anderes Bundesland die Pegida-Bewegung durch unseren Verfassungsschutz, und wir schützen auch die Flüchtlingsunterkünfte, indem wir täglich neue Erkenntnisse zusammenfassen, beobachten und die Lage auf dieser Grundlage immer wieder analysieren. Wir können stolz auf unsere Polizisten sein, die das Menschenmögliche tun, um alle zu schützen, um unsere Flüchtlingsunterkünfte zu schützen, damit von den Menschen, die bei uns Schutz suchen, niemand zu Schaden kommt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kollegen, wir überprüfen auch das Wachpersonal. Wir bieten den Sicherheitsunternehmen an, das Wachpersonal zu überprüfen. Auch dies ist in Deutschland fast einmalig. Hierdurch wurde einiges erreicht.

Es gibt zahlreiche Stellen und Einrichtungen, die sich umfangreich mit der Präventionsarbeit beschäftigen. Dass Sie hierauf näher eingehen, habe ich bei Ihnen, Herr Kollege, leider auch vermisst. Wir haben die BIGE, die Hervorragendes leistet. Wir fördern unter anderem als eine von vielen gesellschaftlichen Initiati-

ven, als eines von vielen gesellschaftlichen Bündnissen, das Bayerische Bündnis für Toleranz. Hier werden auch Opferberatungsstellen im Kampf gegen den Rechtsextremismus koordiniert.

Liebe Kollegen, dies sind nur einige Beispiele. Hier wird vieles getan. Wir können mit Stolz sagen, mit dieser konsequenten Haltung gegen Extremisten sind wir auf dem richtigen Weg. Der Rechtsextremismus wird von uns mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgt. Wer Gewalt ausübt, der wird verfolgt; wer Brand stiftet, der hat eine klare Reaktion des Demokraten zu erwarten. Wer andere bedroht, wird in Bayern damit nicht davonkommen. Wer radikalisiert, dem wird geantwortet.

Liebe Kollegen, lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Wünsche formulieren. Erstens. Lassen Sie uns alle an einem Strang ziehen. Wenn wir versuchen, uns im Kampf gegen den Rechtsextremismus gegeneinander auszuspielen, dann spielen wir den menschenverachtenden Gewalttätern in die Hände. Das wollen wir nicht.

Zweitens. Seien wir uns darin einig, dass jede Form der Radikalisierung, dass jeder Terror, ganz gleich ob religiös, aus rechter oder linker Gesinnung, bei uns in Bayern keinen Raum hat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir an einem Strang ziehen, wie es der Kollege Reichhart gerade gefordert hat, ist, glaube ich, heute bereits vorbildlich geschehen, und zwar durch die gemeinsame Resolution aller Fraktionen als Reaktion auf die Terroranschläge von Paris; denn auch das war ja eine Reaktion auf Extremismus.

Wir haben heute die Aktuelle Stunde speziell zum Thema Rechtsextremismus. Ich bedaure, wie auch schon vor zwei Wochen bei dem Antrag der GRÜNEN zu diesem Thema, dass wir uns jetzt wieder sehr stark spezialisieren; denn Extremismus, ganz gleich, ob er als Rechtsextremismus, als Linksextremismus, als IS-Terror oder in anderen Formen extremer Handlungen und Radikalisierungen auftritt, weist zunächst einmal sehr viele Gemeinsamkeiten auf. Das heißt auch, das Handlungskonzept, das Sie zur Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus fordern, ist in großen Teilen das gleiche Handlungskonzept, wie wir es für die Bekämpfung aller Formen von Extremis-

mus brauchen. Insoweit wäre es uns lieber gewesen, das Thema wäre etwas weiter gefasst worden.

Wir sprechen bei Extremismus von Vorgängen und Haltungen außerhalb oder am Rande der Gesellschaft. Die Ursachen sind vergleichbar und liegen zunächst einmal im privaten Bereich. Das hat die Anhörung, die wir im Landtag zum Thema Salafismus hatten, deutlich gezeigt. Besonders für junge Menschen, wenn sie aufgrund sozialer Benachteiligungen perspektivlos sind oder wenn sie Diskriminierung erfahren haben, sind die flachen Hierarchien, die in diesen extremen Organisationen zu finden sind, sehr attraktiv: Sie finden eine Ersatzfamilie, sie finden Anerkennung.

Zum größten Teil sind solche jungen Menschen betroffen – das war ein etwas überraschendes Ergebnis der Anhörung –, die entweder aus sehr autoritären oder aus sehr toleranten Elternhäusern kommen, weil anscheinend in beiden Fällen ein Kommunikationsmangel herrscht. Aber natürlich gilt das auch für andere Formen und nicht nur für den Rechtsextremismus und für den Radikalismus bei den jungen Menschen. Ursache sind auch die verführerischen Formen des einfachen Denkens, die angeboten werden. Das hängt damit zusammen, dass viele Ängste in unserer Bevölkerung nicht mehr wahrgenommen oder nicht mehr ernst genommen werden und diese Ängste, wenn einfache Antworten gefunden werden können, dann anscheinend leichter zu beruhigen sind. Das ist, glaube ich, sehr lange verniedlicht worden.

Von welchen Maßnahmen sprechen wir? – Wir brauchen Prävention. Wir müssen für diese Strömungen wesentlich stärker sensibilisiert werden, und wir müssen diese Straftaten besser aufklären und konsequent ahnden. Die Aufklärungsquoten, speziell im Bereich des Rechtsradikalismus, aber auch im Zusammenhang mit den Anschlägen auf Asylbewerberunterkünfte sind vernachlässigungswert. Das verstehen wir teilweise nicht, das bedauern wir. Hier befindet sich noch eine große Schwachstelle.

Das NPD-Verbot wurde angesprochen. Das heißt, wir müssen entsprechend ahnden und wir müssen vorsorgen. Diesbezüglich stehen wir voll hinter den Forderungen des Kollegen Ritter: weitere Parteienverbote, NPD-Verbot. Aber Verbote von Parteien sind eine Bundesangelegenheit. Das betrifft die Bundesregierung. Wir erwarten hier, dass es irgendwann einmal so weit ist. Dass Anträge nach langem Zögern auch von der Bayerischen Staatsregierung gekommen sind, haben wir immer begrüßt.

Letztendlich brauchen wir aber, um Straftaten besser aufzuklären und auch besser verfolgen zu können, mehr

Personal in der Schule für Prävention und bei der Justiz zur Strafverfolgung. Wir freuen uns über den heutigen Kabinettsbeschluss, dass wir noch mehr Polizistinnen und Polizisten bekommen, aber wir vermissen nach wie vor, dass auch das entsprechende Lehrpersonal zur Verfügung gestellt wird. Wir müssen die Menschen, die wir für die Terrorbekämpfung wollen und brauchen, auch ausbilden. Wir brauchen die Etablierung in der Ausbildung.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen danken, die sich in ihrer Position als Lehrer, als Pfarrer, als Polizist, in der Justiz und in der Politik für unseren Rechtsstaat einsetzen. Es ist nicht immer leicht, und bei der Polizei halten sie ihren Kopf im wahrsten Sinne des Wortes hin.

Ich hätte aber auch die Bitte an uns alle: Zeigen wir alle gerade beim Thema Rechtsradikalismus und Extremismus mehr Zivilcourage! Wagen wir klarere Worte. Lassen wir uns dabei nicht sofort in eine linke oder rechte Ecke drängen, sondern stehen wir zu unseren Werten und zu unserer Demokratie. Zeigen wir auch Zivilcourage, wenn wir einen Vorgang beobachten. Oft ist es doch nur ein kleiner Eingriff. Man muss in der Straßenbahn oder in der U-Bahn nicht sein Leben gefährden. Aber auch hier sollte man manchmal Haltung zeigen, besonders wenn es um Jugendliche geht. Das müssen wir uns manchmal auch selbst abfordern.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Schulze das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ein Problem: In Bayern, in dem Bundesland, in dem fünf NSU-Morde stattfanden, tritt die rechte Szene immer selbstbewusster und gewalttätiger auf. Neonazis tarnen sich beispielsweise als Bürgerinitiativen, verbreiten Lügen, um somit zum Handeln gegen Flüchtlinge aufzurufen. Leider stimmt ein immer größerer Chor in dieses Gesänge – so möchte ich es einmal nennen – ein. Das heißt, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist in Bayern weit verbreitet.

Wir haben aber nicht nur Menschen mit rechtsextremen Einstellungen, sondern es gibt auch immer mehr rechtsextreme Taten. Die Zahl der Übergriffe auf Asylbewerberheime hat sich verdoppelt – das hat Kollege Ritter schon erwähnt. Die Anzahl der Opfer rechter Gewalttaten ist von 86 verletzten Personen im Jahr 2014 auf 60 verletzte Personen im ersten Halbjahr 2015 gestiegen. Das sind die Zahlen unserer Si-

cherheitsbehörden. Die Dunkelziffer ist aber sicher weitaus höher.

Die Aufklärungsquote bei Angriffen auf Flüchtlingsunterkünften im Jahr 2015 liegt bei knapp 12 %. Das ist ein großes Problem. Wir müssen gemeinsam schauen, dass für die Sicherheitsbehörden die Bekämpfung des Rechtsextremismus oberste Priorität hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen Ressourcen umschichten sowie den Fahndungs- und den Ermittlungsdruck auf die rechte Szene erhöhen, um zum einen Nachahmer abzuschrecken und zum anderen Gewalttäter einer gerechten Strafe zuzuführen. Wir wollen eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber rechter und rassistischer Gewalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich die Zahlen und die Einstellungen anschaut, stellt man fest, dass das Handlungskonzept der Staatsregierung gegen Rechtsextremismus anscheinend nicht richtig greift, vor allem, wenn man sich die Analyse der Sicherheitsbehörden anschaut, die von einem großen Übergangsfeld sprechen, in dem nicht nur die üblichen Verdächtigen aus der Neonaziszene Gewalttaten verüben, sondern immer mehr Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die sich zunehmend dem Rechtsextremismus zugehörig fühlen und Taten in diesem Bereich begehen.

Angesichts dieser Grundlage und dieses Übergangsfelds stelle ich die Frage an die CSU-Fraktion, warum GRÜNE und SPD vergeblich seit zwei Jahren im Innenausschuss dafür kämpfen, dass das Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus überarbeitet wird, warum Anträge dazu abgelehnt werden und warum wir die Anhörung, von der Sie, Herr Reichhart, sprachen, nur mit einem Minderheitenvotum durchbekommen haben.

Aber ich möchte nicht die ganze Zeit zurück in die Vergangenheit schauen, sondern ich gehe nach den Worten, die Sie vorhin gebraucht haben, jetzt davon aus, dass wir im Innenausschuss nach der Anhörung gemeinsam ein Handlungskonzept unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeiten können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Denn eines ist klar: Wir müssen die zivilgesellschaftlichen Akteure besser fördern. Wir brauchen mehr

Geld für Demokratiebildung und für Antirassismustraining. Wir brauchen eine Beratungsstelle für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir sollten das nicht nur mithilfe von Bundesmitteln tun, sondern der Freistaat Bayern muss auch selbst Geld in die Hand nehmen, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern richtig viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders wichtig ist mir in der Aktuellen Stunde die Feststellung, dass wir die Wurzel des Übels anpacken müssen. Das Problem in diesem Fall heißt Rassismus. Die Ausländerfeindlichkeit ist gesellschaftlich anschlussfähig geworden. Die Hetze nimmt online und offline sehr stark zu, und aus Worten werden immer mehr Taten. Wir GRÜNE erwarten ein klares Bekenntnis von allen Parteien gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Aber neben diesem puren Bekenntnis erwarten wir auch eine klare Abgrenzung von rechten und rassistischen Parolen. Dazu gehört, dass man sie nicht selbst verwendet oder sie nicht noch befeuert. Außerdem erwarten wir, dass die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Diese hatte ich vorhin schon skizziert. Das heißt, ich nehme den Impuls auf, den ich aus dem Plenum vernommen habe, dass wir alle ein Interesse daran haben, Rechtsextremismus und Rassismus in Bayern entschieden entgegenzutreten, und freue mich auf die folgenden Debatten im Innenausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Trautner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen in der Tat jeglicher Form von Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschieden entgegentreten. Daher muss dieses Thema auch an unseren bayerischen Schulen präsent sein, und das ist es auch; denn am Austausch und am Dialog führt kein Weg vorbei, weder in unserer globalisierten Welt, die sich immer stärker vernetzt, noch in unserem Land, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion zusammenleben.

Der Titel der Aktuellen Stunde heißt: "Rechtsextremismus konsequent bekämpfen – Handlungskonzept erarbeiten!". Den ersten Teil der Überschrift kann ich noch gut nachvollziehen, den zweiten Teil nicht so

ganz; denn solche präventiven Maßnahmen und ein Handlungskonzept haben wir bereits.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Lieber Herr Kollege Ritter, dass wir das Feld nicht beackern, kann ich nicht erkennen. Herr Kollege Dr. Reichhart hat hierzu bereits viel ausgeführt. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, was wir an unseren Schulen schon leisten. Nehmen wir zum Beispiel die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz, die Ansprechpartner für die gesamte Schulfamilie vor Ort sind. Hier werden Beratungsgespräche geführt, Netzwerke aufgebaut und präventive Arbeit geleistet. Daneben sind das Thema Rechtsextremismus und unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in unseren Lehrplänen wohl unbestritten fest verankert, und das ist gut so. Auch die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem Nationalsozialismus findet nicht nur im Fach Geschichte statt, sondern wird fächerübergreifend kontinuierlich und facettenreich aufgegriffen.

Der Rechtsextremismus und der Umgang mit dem Rechtsextremismus sind an den Schulen regelmäßig Gegenstand von Lehrerfortbildungen. Die Themen Rassismus, politische Bildung und Demokratieerziehung sind mit dem Referendariat keineswegs abgehakt, sondern ziehen sich wie ein roter Faden durch die Lehrerfortbildung. Dabei werden aktuelle und für junge Menschen besonders reizvolle und gefährliche Tendenzen angesprochen. Ich denke dabei zum Beispiel an den Rechtsextremismus beim Fußball.

In diesem Zusammenhang ist an den Schulen auch die Projektarbeit elementar. Bei "Werte machen stark", "Prävention im Team" und "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" findet die entsprechende Auseinandersetzung ebenfalls statt. Nach meinen Informationen haben bereits 362 bayerische Schulen den Titel "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" verliehen bekommen. Das verdeutlicht, wie präsent und erfolgreich dieses Projekt in der Fläche ist. Um diesen Titel zu erhalten, müssen über 70 % der Menschen an der Schule eine Selbstverpflichtungserklärung unterschreiben, in der sie sich dazu bekennen, jeglicher Diskriminierung und jeglichem Rassismus entgegenzutreten sowie sich für langfristige Projekte einzusetzen.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang außerdem, dass unsere Schulen regelmäßig mit neuen Handreichungen zum politischen Extremismus bedient werden. Damit haben wir ein sehr, sehr gutes und wirkungsvolles Handlungskonzept im Bildungsbereich, das rechtsextremem Gedankengut vielschichtig entgegentritt. Der französische Philosoph Helvétius

hat gesagt: "Wer die Intoleranten duldet, macht sich an ihren Verbrechen mitschuldig." Ich glaube, darin sind wir uns einig. Deshalb ist es wichtig und richtig, an den Schulen unseren Kindern und Jugendlichen nicht nur Wissen, sondern auch Werte zu vermitteln sowie Toleranz und ein Miteinander zu lehren. So handeln wir von Anfang an präventiv gegen Extremismus und Rassismus, aber für Zivilcourage.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Situation ist mit Blick auf das Geschehen am letzten Wochenende in Frankreich und darauf, was in den letzten Jahren in Deutschland – auch bei uns in Bayern – in Bezug auf Anschläge auf Flüchtlinge passiert ist, schwierig. Wir müssen hier mit einfachen Antworten sehr vorsichtig sein. Eines dürfen wir jedenfalls nicht tun: Ängste schüren und die Terroranschläge in irgendeiner Art mit der Flüchtlingsproblematik in Verbindung bringen. Das wäre das Allerschlechteste.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre auch unverantwortlich; denn wir wissen, dass wir dadurch gerade die Menschen, vor denen wir warnen, zu weiteren entsprechenden Taten ermutigen und ermuntern, weil dadurch ihre Taten gerechtfertigt werden. Rechtspopulismus kann sehr schnell zu Rechtsradikalismus führen, und das müssen wir vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Die Ideologie des Rechtsextremismus und des Rassismus ist nicht mit einfachen Mitteln zu bekämpfen, sondern ihr ist nur mit langfristigen Handlungskonzepten entgegenzuwirken. Das Stichwort heißt: demokratische Bildung in den Schulen stärken und präventive Maßnahmen auf allen Ebenen einleiten. Das ist besser als populistische Sprüche, mit denen man die Rechtspopulisten und Rechtsradikalen nur noch mehr zu entsprechenden Taten auffordert. Ich habe dies bereits gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Es wurden bereits viele Vorschläge gemacht. Ich möchte hier ausdrücklich sagen: Es ist nicht so, dass in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft und in unseren Schulen nicht viel passiert wäre. Die einzelnen Organisationen sind bereits angesprochen worden. Es gibt seit zehn Jahren das Bayerische

Bündnis für Toleranz mit Sitz in Bad Alexandersbad. Die SPD-Fraktion hat schon einen Preis verliehen; denn diese Organisationen leisten eine hervorragende Arbeit, was die Kooperationen innerhalb der lokalen Bündnisse angeht.

Die Initiative "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" ist bereits von meiner Vorrednerin Frau Trautner angesprochen worden. Auch dieses Projekt habe ich an Schulen mehrfach besucht. Ich kann nur alle Abgeordneten auffordern, über diese 300 Schulen hinweg die genannte Initiative weiter zu fördern; denn da wird über Learning by Doing Vorbildliches geleistet. Dabei treten die Lehrer zusammen mit den Schülern aktiv für die Menschenwürde und gegen Fremdenfeindlichkeit ein. Es wäre gut, wenn hier auch Abgeordnete Partnerschaften übernehmen und diese Sache weiter voranbrächten.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Programm des Bundes "TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN", unterstützt von der SPD und jetzt auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion nochmals mit einer Mittelserhöhung ausgestattet, ist sinnvoll.

Jetzt komme ich zu den Forderungen. Allerdings brauchen wir für Bayern auch ein Gesamt- und Handlungskonzept, um Initiativen zusammenzuführen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Hier möchte ich auch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ansprechen. Durch die Neuaufstellung ist frischer Wind in die Organisation gekommen. Wir haben im Bayerischen Landtag viele Male darüber diskutiert. Ich glaube, dass hier die Richtung in Bezug auf den Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus wieder stimmt. Allerdings müssen wir auch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit mit mehr Personal und besseren Mitteln ausstatten. Das ist notwendiger, als nur entsprechende Reden zu halten. Insofern sind die Staatsregierung und das Kultusministerium aufgefordert, die auf den Weg gebrachten Initiativen aktiv zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich den zahlreichen engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Bayern Dank sagen. Das unterscheidet uns kolossal von der Weimarer Republik – ich habe es bereits angesprochen –, in der es kein solches Engagement der Bürgerinnen und Bürger gab. Wir haben in der letzten Woche in Wunsiedel und in vielen anderen Orten wieder erlebt, dass dann, wenn 100 Rechtsextreme auf die Straße gehen, 1.000

oder 2.000 Bürger dagegen demonstrieren. Dieses gesellschaftliche Engagement müssen wir weiter unterstützen. Deswegen finde ich die Debatte, die wir heute führen, und das Angebot der CSU gut. Aber den Abstimmungen müssen Taten folgen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Freller das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es ist fast auf den Tag genau vier Jahre her, dass eine Reihe von uns Abgeordneten quer durch alle Parteien – GRÜNE, SPD, CSU – einen Brief vom Landeskriminalamt erhielt. Die FREIEN WÄHLER waren damals noch nicht betroffen. Wir erfuhren, dass unsere Namen auf den Listen der Terroristen Mundlos und Bönnhardt standen. Wir alle waren sehr erschrocken. Wir waren noch mehr erschrocken, als wir von den Morden an den Bürgern aus der Türkei, aus Griechenland und an einer Polizistin erfahren haben. Ich sage ganz offen: Das war ein Schrecken, der auch auf Fehler aufmerksam gemacht hat. Eines stelle ich jedoch mit Freude und Dankbarkeit fest: In den letzten vier Jahren haben die zuständigen Minister, insbesondere Innenminister Herrmann, sich des Themas Bekämpfung des Rechtsextremismus intensivst und konsequent angenommen. Das ist für mich vorbildhaft und richtungsweisend. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde und wird tatsächlich hart und ohne Nachsicht durchgegriffen. Es ist das einzig Richtige, sich auch gegen Rechtsextremisten zu wehren. Insofern besteht hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine große Gemeinsamkeit. Rechtsextremismus darf keine Chance haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird sehr viel Präventivarbeit geleistet. In den letzten zwei Tagen war ich deshalb viel unterwegs. Lieber Herr Kollege Huber, am Samstag wurde in Mühldorf an das Grauen des Nazi-Terrors erinnert. Das war ein Durchbruch für eine Gedenkstätte dort. Insgesamt sind über 6.000 Menschen bei dem Bunkerbau gestorben. Gestern Abend hat die Bayerische Landesvertretung in Berlin zusammen mit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten ein Konzert mit animierten Bildern der Künstlerin Esther Glück veranstaltet, mit dem auch im Hinblick auf die Zukunft die Warnung ausgesprochen wurde, dass nie wieder geschehen darf, was in diesem Land geschehen ist. Ich glaube, es ist viel im Gange. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen quer durch alle Parteien, dass Sie helfen.

Eines ist mir jedoch wirklich ein Anliegen. Ich wiederhole: Rechtsextremismus ist Gift. Aber das gilt auch für jeglichen anderen Extremismus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Kollegin Schulze, ich habe eine klare Bitte. Ich formuliere Ihren Satz um: Wir von der CSU erwarten ein klares Bekenntnis gegen jede Form von Extremismus.

(Beifall bei der CSU)

Für mich haben alle Extremisten ein krudes Menschenbild. Für mich sind alle Extremisten intolerant und unbelehrbar. Übrigens leugnen alle Extremisten das Gewaltmonopol einer Demokratie. Deswegen müssen wir das Ziel, den Extremismus zu bekämpfen, gemeinsam verfolgen. Extremismus und Fanatismus machen diese Welt kaputt. Das ist inzwischen zu meiner Lebensüberzeugung geworden. Deshalb appelliere ich an Sie, gezielt gegen alle Extremisten voranzugehen.

In den letzten Tagen wurde über den Lebenslauf von Helmut Schmidt im Fernsehen berichtet. In den Siebziger- und Achtzigerjahren musste er gegen den Linksextremismus, die RAF, kämpfen. Schließlich kam der Rechtsextremismus, den man vielleicht einige Jahre nicht ausreichend beobachtet hat. Jetzt muss man allerdings vor den Gefahren des religiös motivierten Extremismus verdammt Obacht geben.

Liebe Frau Schulze, vor zwei Wochen habe ich euch gebeten, einen Appell gegen Extremismus insgesamt auszusprechen. Ein Teil Ihrer Fraktion hätte mitgezogen, Sie haben es verhindert. Eine Woche später sind wir darüber belehrt worden, wie nötig dies wäre. Der religiös gespeiste Extremismus, den derzeit Frankreich erlebt, steht vor der Haustüre. Sie sagen, die oberste Priorität habe der Rechtsextremismus. Im Augenblick würde ich auch den islamistischen Terrorismus hinzunehmen. Dieser bedeutet für mich eine akute Gefahr, auch für Deutschland und Bayern.

Niemand von uns in diesem Saal hat irgendeinen extremistischen Hintergrund. Kein Einziger von uns hat es nötig, auch nur eine Form extremistischer Denkweise in der Bekämpfung auszuklammern. Wir alle müssen dafür stehen, dass Extremismus, ob rechts, ob links oder religiös begründet, geächtet wird.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Freller. – Jetzt darf ich für die Staatsregierung

Herrn Staatsminister Herrmann das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn unserer Sitzung haben wir der Opfer der verheerenden islamistischen Anschläge in Paris gedacht. Zugleich hat die Staatsregierung heute ein Konzept zur Bekämpfung des islamistischen Terrors beschlossen. Hierfür sollen 300 zusätzliche Stellen und 66 Millionen Euro an Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Wir werden das Hohe Haus bitten, die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Selbstverständlich wird gleichzeitig der Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus mit gleicher Intensität fortgeführt. Wir müssen feststellen, dass Rechtsextremisten aktuell vermehrt versuchen, Sorgen und Ängste in der Bevölkerung im Hinblick auf die große Zahl von Flüchtlingen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Sie nutzen die Situation aus, um ihre rassistischen und fremdenfeindlichen Thesen unter das Volk zu bringen. Dabei müssen wir leider feststellen, dass die Zahlen der Gewaltdelikte gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte ansteigen. Seit Beginn dieses Jahres sind uns – Stand heute – 52 politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte, davon 5 Brandanschläge, bekannt geworden. Die bayerische Polizei und der Verfassungsschutz bekämpfen den Rechtsextremismus ungeachtet aller anderen aktuellen Herausforderungen konsequent.

Frau Kollegin Schulze, die Null-Toleranz-Strategie gegen Rechtsextremismus gibt es bei uns seit Langem und wird auch praktiziert. Den bayerischen Ermittlungsbehörden ist erst im Oktober ein wichtiger Schlag gegen Rechtsextremisten in Oberfranken und Mittelfranken gelungen. Bei einer Durchsuchung von zwölf Objekten wurden unter anderem eine Schusswaffe und weitere gefährliche Gegenstände gefunden. Gegen drei Personen wurden Haftbefehle vollstreckt. Diese Gruppe ordnen wir eindeutig der rechtsextremen Szene zu. Die Aktion zeigt aber auch, dass wir konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Rechtsextremisten und ihr menschenverachtendes Gedankengut vorgehen.

Auch andere Gruppierungen haben die Sicherheitsbehörden fest im Blick. So werden von den vier Pegida-Gruppierungen in Bayern drei vom Verfassungsschutz beobachtet. Dazu zählen seit Längerem der Nürnberger Ableger Nügida seit Ende Oktober Pegida Franken und Pegida München. Damit stelle ich fest, dass die Pegida-Bewegungen in keinem Bundesland in einem derartigen Fokus der Sicherheitsbehörden stehen wie in Bayern. Die rechtsextremistischen Kleinstparteien, DIE RECHTE und DER DRITTE WEG, wer-

den vom Verfassungsschutz beobachtet. Für das Verbot von Parteien ist allerdings das Bundesverfassungsgericht zuständig. Seit der Einstellung der ersten NPD-Verbotsverfahren 2003 dürfte jedem bekannt sein, dass ein solches Verbotsverfahren nicht einfach ist. Schnellschüsse sind das falsche Mittel. Vielmehr sind Qualität und planmäßiges Vorgehen gefragt. Die bayerischen Sicherheitsbehörden arbeiten auch in dieser Sache eng mit den anderen Ländern und dem Bund zusammen. Wir arbeiten nach wie vor mit Nachdruck zunächst einmal auf das NPD-Verbot hin. Vor fünf Wochen ist unser Verbot des Freien Netzes Süd gerichtlich bestätigt worden. Das ist ein wichtiger Erfolg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit dem Jahr 2009 gibt es das Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Darüber haben wir bereits mehrfach diskutiert. Dieses dynamische Konzept legt den Handlungsrahmen des Staates und seiner Behörden gegen rechtsextremistische Umtriebe fest und wird auf der Basis neuer Erfahrungen und aktueller Erkenntnisse stetig weiterentwickelt. Wir haben zuletzt im November 2014 dem Landtag einen ausführlichen aktualisierten Umsetzungsbericht präsentiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch wenn Sie es vielleicht nicht wahrhaben wollen, so sind wir doch ständig an diesem Thema dran. Derzeit sind wir dabei, dieses Handlungskonzept weiterzuentwickeln. So haben wir in diesem Jahr den weiteren Optimierungsbedarf bei den Kommunen, den Landkreisen, den kommunalen Spitzenverbänden und unseren Polizeipräsidien abgefragt. Ein wesentliches Ergebnis dieser Abfrage ist der Wunsch nach einer Intensivierung der sehr gefragten Beratung der Kommunen durch die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus, die sogenannte BIGE. Die BIGE ist der zentrale Ansprechpartner der Staatsregierung für Bürger, Kommunen und Schulen und berät diese im Umgang mit Extremisten. In einer Zeit der zunehmenden Agitation von Rechtsextremisten gegen Flüchtlinge benötigen unsere Kommunen konkrete Hilfestellungen bei der Aufklärungsarbeit und der Information der besorgten Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vor Ort. Hierzu wurde vor Kurzem eine umfassende Personalmehrung beschlossen. Das Personal der BIGE wird um weitere 12 Stellen auf insgesamt 20 Mitarbeiter aufgestockt.

Die Staatsregierung bietet ein umfassendes Aussteigerprogramm zur Deradikalisierung an. Dieses Programm ist bei der BIGE angesiedelt, bietet Rechtsextremisten Hilfen beim Ausstieg aus der Szene an und begleitet sie auf diesem Weg. Mithilfe des Bayerischen Aussteigerprogramms sind bereits gut 100 Personen aus der rechtsextremistischen Szene ausge-

stiegen. Auch Präventions- und Bildungsmaßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sind uns ein wichtiges Anliegen. Exemplarisch seien nur die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz genannt, die im Auftrag des Kultusministeriums an Schulen über neueste Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus oder über aktuelle Ausprägungsformen des Antisemitismus informieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, daraus ergibt sich: Die bayerischen Sicherheitsbehörden führen den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit voller Kraft. Ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Weg unbeirrt weitergehen werden. Wir werden uns mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Extremisten jeder Ausrichtung zur Wehr setzen. "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Das ist unser Auftrag aus dem Grundgesetz. Auch die Würde jedes Ausländers und jedes Flüchtlings, auch solcher, die vielleicht nicht auf Dauer bei uns bleiben dürfen, ist unantastbar. Solange sie hier sind, sind sie gegen jeden Angriff zu schützen. Für die Unterstützung unserer Polizei und aller Sicherheitsbehörden, aber auch wichtiger zivilgesellschaftlicher Kräfte danke ich dem gesamten Landtag sehr herzlich. Ich bitte Sie, dabei auch weiterhin zu helfen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde zu Ende.

Ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

**Zwischenbericht
des Vorsitzenden der Enquete-Kommission
"Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz
Bayern"**

Dazu begrüße ich in der Diplomatenloge sehr herzlich die Sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission, nämlich Herrn Professor Dr. Lothar Koppers, Herrn Dr. Reinhard Paesler und Herrn Dr. Detlev Sträter. Willkommen und danke schön für Ihre Mitarbeit in der Enquete-Kommission.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 60 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das bedeutet, die CSU hat 20 Minuten, die SPD 15 Minuten und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN haben je 12,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 20 Minuten.

Als erstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Kollegen Rüth, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 15. September 2013 war ein guter Tag für Bayern; denn an diesem Tag wurden wichtige und gute Entscheidungen getroffen. An diesem Tag wurden auch Volksentscheide durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit fast 90-prozentiger Zustimmung beschlossen, dass das Thema "Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen" Verfassungsrang erhält und als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wird. Das bedeutet, der Staat muss diesem Staatsziel bei seinen Entscheidungen eine ganz besondere Bedeutung zumessen.

Gleichwertigkeit bedeutet aber nicht Gleichartigkeit. In Bayern gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Die strukturellen, kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen sind sehr verschieden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: In einer Großstadt wie München gibt es eine U-Bahn. In meiner Heimatgemeinde, die 800 Seelen umfasst, gibt es keine U-Bahn. Dennoch müssen wir dafür sorgen, dass die Bewohner der ländlichen Gemeinden mobil sind. Das bedeutet, wir müssen einen guten öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. In meiner Heimatgemeinde gibt es günstige Wohnungen und günstigen Mietraum. In den Großstädten sind die Mieten dagegen teuer, und der Wohnraum ist knapp. - Bei uns gibt es günstige Kinderkrippenplätze in ausreichender Zahl. In großen Metropolen ist dieses Thema eine bedeutende Herausforderung. - Sie sehen also, dass wir es hier mit unterschiedlichen Entwicklungen zu tun haben.

Der Staat muss nicht nur die Mindestvoraussetzungen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen schaffen. Er muss auch dafür sorgen, dass die Menschen in allen Landesteilen Bayerns die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben. Meine Damen und Herren, nach diesem Volksentscheid wurde die Verfassung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Ergebnis dieses Volksentscheides wurde in die Verfassung aufgenommen. Die Fraktionen im Bayerischen Landtag haben sich anschließend auf den Weg gemacht, diese Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" zu gründen, indem sie einen Fragenkatalog erarbeitet und diese Kommission schließlich eingesetzt haben.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Herr Zellmeier, sagte in seiner Plenarrede vom 1. Juli 2014, er habe die Hoffnung, dass die Fraktionen ge-

meinsame Linien finden würden, um dieses Thema voranzutreiben. Herr Kollege Dr. Rabenstein, dem diese Kommission ein wirkliches Herzensanliegen ist, sagte, wir müssten zusammenhalten, es gehe um ganz Bayern. Herr Kollege Muthmann sagte, wir müssten uns auf die Essentials für ganz Bayern verständigen. Herr Kollege Ganserer erklärte, er halte diese Enquete-Kommission für gut geeignet, fraktionsübergreifend Handlungsempfehlungen und Strategien zu entwickeln. Heute, nach einem Jahr, können wir feststellen, dass diese Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Diese Kommission arbeitet vertrauensvoll, sehr offen und sehr gut zusammen. Alle Mitglieder orientieren sich an der Sache.

Ich möchte deshalb allen 13 Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum sagen: Danke für Ihr Engagement und für Ihre Mitarbeit. Ich danke aber auch allen Experten und Sachverständigen. Schön, dass Sie da sind. Sie kommen aus den Bereichen Geografie, Regionalforschung, Geoinformatik, Stadt- und Regionalmarketing sowie Sozialforschung, ländlicher Raum und ländliche Entwicklung, aus der Wirtschaft und von der IHK. Sie sind Experten auf Ihren Gebieten. Mich beeindruckt aber besonders, dass Sie nicht nur theoretische Ideen haben. Bei allen Ihren Anregungen bemerkt man Ihren großen fachlichen Sachverstand. Alle Ihre Vorschläge sind umsetzbar. Sie denken also weiter und prüfen, ob Ihre Anregungen überhaupt machbar sind. Dafür vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, mit diesen Experten und den 13 Abgeordneten haben wir alle relevanten Fachdisziplinen und alle Landesteile abgedeckt. Deshalb können wir eine hervorragende Arbeit leisten.

Wir haben die Arbeit im Oktober 2014 aufgenommen. Damals haben wir gesagt, dass wir in einem Jahr, also heute, einen Bericht abgeben wollen. Wir haben quasi eine Punktlandung erreicht. Wir haben genau ein Jahr gearbeitet und geben heute einen Zwischenbericht ab. Dabei geht es darum, die in diesem Fragenkatalog aufgeführten 110 Fragen zu beantworten.

Wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm absolviert. Bisher haben 11 Sitzungen stattgefunden. Wir hatten Vorbereitungssitzungen und Außentermine. Wir waren im Heimatministerium in Nürnberg, und wir waren in Niederbayern unterwegs. Auch die Fraktionen selbst waren im Land unterwegs. Uns geht es darum, einen Überblick über ganz Bayern zu gewinnen und zu sehen, wo es regionale Besonderheiten gibt. Vor allem war uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, nicht nur mit den Kommu-

nalpolitikern, Landräten und Bürgermeistern. Wir wollten auch mit den Menschen vor Ort und den gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen. Auch die VHS war für uns ein wichtiger Gesprächspartner.

Bei unserem Besuch im Heimatministerium haben wir von Herrn Staatssekretär Füracker einen sehr umfangreichen Bericht bekommen. Er hat uns die Leistungen seines Ministeriums dargestellt und uns gezeigt, wo Handlungsfelder bestehen. Wir konnten feststellen, dass die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern sehr stark abgenommen haben. Das wird an den Arbeitslosenzahlen deutlich. In Niederbayern liegt die Arbeitslosenquote bei 2,9 %, in der Oberpfalz bei 2,9 %, in Unterfranken bei 3,1 % und in Mittelfranken bei 4,1 %. Das heißt, die Zahlen liegen alle sehr nahe beieinander. Die Arbeitslosenquote im Bund ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Schon anhand dieser Zahlen können wir feststellen, dass sich die Wirtschaft in Bayern hervorragend entwickelt hat. Die Unternehmen finden hervorragende Standortbedingungen vor. Die Menschen schätzen die Vorteile des ländlichen Raumes immer mehr, manchmal auch notgedrungen, weil die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mietpreise, auf dem flachen Land günstiger sind als in den großen Städten.

Wir in der Enquete-Kommission müssen dafür sorgen, dass die Entwicklung in Bayern weiter gut verläuft, damit überall gute Lebensverhältnisse vorherrschen; denn wir wissen auch, dass die Geschwindigkeit des Wachstums in Bayern nicht überall gleich ist. Deshalb ist diese Heimatstrategie wichtig. Diese beruht auf fünf Säulen: Strukturentwicklung in ganz Bayern, Nordbayern-Initiative, Behördenverlagerungen, digitale Revolution – Breitbandversorgung - und kommunaler Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, Behördenverlagerungen sind sehr wichtig. Diese Verlagerungen werden über zehn Jahre laufen. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen. Wir im Landkreis Miltenberg bekommen im Finanzamt Obernburg 30 neue Stellen, die dorthin verlagert werden. Das ist ein sehr positives Signal. Die Leute freuen sich und werden optimistischer. Wir bekommen in Miltenberg 30 neue Studienplätze in Kooperation mit den Hochschulen Aschaffenburg und Ansbach. Das sind sehr schöne Entwicklungen. Ich will deutlich machen, dass viel Gutes getan wird, aber immer wieder neue Entwicklungen hineinspielen. Wir waren sehr froh und stolz über diese Zusagen. Dann verkündete die örtliche Sparkasse, dass zehn Zweigstellen geschlossen oder in Automatenzweigstellen umgewandelt werden. Auf der einen Seite gibt es also Freude, auf der anderen Seite eine andere Entwicklung, die so vorher nicht zu erwarten war.

Ganz wichtig ist das Thema Breitbandstrategie. Sie wissen das alle. Es werden 1,5 Milliarden Euro ausgegeben. Die Kommunen erhalten abhängig von der Finanzkraft bis zu 90 % Förderung in Höhe von bis zu 950.000 Euro. Das ist ganz wichtig, um überall gute Voraussetzungen zu schaffen. Wir stellen aber fest, dass einige kleine Gemeinden sich auch mit dem Aufwenden der restlichen 10 % noch schwertun. Auf diese Gemeinden müssen wir ein besonderes Augenmerk richten.

Ein zweiter Außentermin führte uns nach Niederbayern, ins Ilzer Land. Dort hat die Integrierte ländliche Entwicklung hervorragende Arbeit geleistet. Ich will es stichpunktartig erläutern. Wir waren in Grafenau, in Freyung, in Perlesreut und in Passau. Wir konnten dort feststellen, dass die Menschen ein sehr starkes Wir-Gefühl entwickelt haben. Es gibt dort kein Kirchturmdenken. Man arbeitet auf kommunaler Ebene sehr eng zusammen. Man versucht dort, die Zukunft auf Basis der natürlichen Lebensgrundlagen, der heimatischen Verbundenheit und der kulturellen Identität zu gestalten. Mich hat besonders beeindruckt, dass man dort versucht, den Kontakt zu jungen Menschen zu halten, wenn diese, beispielsweise nach der Schule, zum Studieren oder Arbeiten wegziehen. Man will versuchen, die Leute im Laufe ihres Lebens zurückzuholen, und hält deshalb via Internet Kontakt. Ich denke, das ist eine gute Sache, die man vorantreiben sollte. Wenn die jungen Leute nämlich irgendwann ein Haus bauen wollen, wissen sie, dass in Niederbayern günstige Bauplätze zu bekommen sind, oder sie schätzen die dortigen guten Möglichkeiten bei der Kinderbetreuung.

Wir waren in Grafenau, einer Kommune, die sehr stark vom Tourismus geprägt ist. Dort gibt es mittlerweile weniger Schnee. Das heißt, Langlauf ist nicht mehr so oft möglich. Deshalb hat man sich dort auf den Weg gemacht, alternative touristische Angebote zu schaffen. Ein Erfolgsschlager ist GUTi. GUTi ist das Gäste-Umweltticket. Dieses Gäste-Umweltticket hat zu einer starken Auslastung der Waldbahn geführt. Die Gastronomie und die Beherbergungsbetriebe waren anfangs sehr skeptisch. Mittlerweile gibt es sehr viele positive Rückmeldungen aus diesem Bereich. GUTi hat sich sehr gut angelassen. Wichtig ist auch, dass man dort die Unterkünfte online buchen kann. Die Rad- und Wanderwege sind alle über GPS abrufbar. Das Internet ist hier also ein Segen.

Nun kommen wir aber gleich wieder zur Konfrontation mit den Nachteilen des Internets. Ein Bürgermeister sagte uns, immer dann, wenn Amazon seinen Umsatz steigert, führt das dazu, dass bei uns zwei Geschäfte schließen. Das Internet ist also eine Chance, aber

auch eine Herausforderung. Diese beiden Pole haben wir immer wieder wahrgenommen.

Wir haben festgestellt, wie wichtig die Bildungseinrichtungen sind. Da kann Niederbayern eine sehr gute Qualität vorweisen. - Wir haben festgestellt, dass es dort ein sehr großes West-Ost-Gefälle gibt. Landshut beispielsweise gehört fast schon zum Großraum München. Dort gibt es andere Voraussetzungen als beispielsweise in den Kommunen nahe der tschechischen Grenze. Ganz spannend ist eine Aussage des Regierungspräsidenten gewesen. Er sagte: Niederbayern hat fast so viele Einwohner wie München, aber die Fläche ist dreißigmal so groß. Daran kann man erkennen, wie groß die Herausforderungen für die Schaffung von Gleichwertigkeit sind.

Meine Damen und Herren, aktuell sind wir in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Der Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Gemeindetag, dem Städtetag, dem Landkreistag und dem Bezirkstag, ist uns sehr wichtig, weil sie die Experten sind, die am besten wissen, was vor Ort getan werden muss.

Die Sitzungen der Enquete-Kommission sind laut Geschäftsordnung eigentlich nichtöffentlich. Wir versuchen aber immer, die Öffentlichkeit herzustellen. Es geht bei den Sitzungen um die Vorbereitung von politischen Initiativen. Wir möchten sehr offen und sehr öffentlich diskutieren. Wir haben bisher rund ein Drittel der Sitzungen öffentlich durchgeführt. Ich denke, das ist eine gute Quote. Wir glauben, dass die Öffentlichkeit und die Verbände wissen sollten, was wir alles machen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Wir werden die Spitzenverbände jetzt wieder einladen. Sie werden Vorschläge machen, wie sie sich die künftige Finanzausstattung vorstellen. Ich will festhalten, dass die Spitzenverbände meiner Meinung nach mit der Finanzausstattung im Großen und Ganzen zufrieden sind. Es könnte immer ein bisschen mehr sein. Das ist klar. Aber ich denke, sie sind sehr zufrieden. Wir haben ja einige Dinge eingeführt. Ich nenne die Stichworte Demografiefaktor, Mindestinvestitionspauschale, Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

Natürlich gibt es auch große Herausforderungen. Ich nenne das Stichwort Wohnungsbau, insbesondere in den Städten, und das Thema Flüchtlinge mit allen seinen Herausforderungen. Ganz wichtig ist mir das Thema der Sanierung von Hallen- und Freibädern. Unsere Hallen- und Freibäder sind in die Jahre gekommen. Wir müssen da etwas tun. Wir müssen ein Sonderprogramm auflegen. Wir werden das noch

spezifizieren. Dabei geht es auch um die Themen Gesundheit und Jugendsport. Ich denke, da müssen wir mal genauer hinschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Beifall bei der SPD! – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Herr Kollege Güller, Sie wissen: Die wichtigen Anträge sind dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission überlassen. – Es gibt natürlich auch Gemeinden mit massivem Strukturwandel und mit einem Rückgang der Einwohnerzahl.

Meine Damen und Herren, wir werden auch aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung das Thema Flüchtlinge bei allen Fragestellungen berücksichtigen. - Wir werden im neuen Jahr auch eine intensive Diskussion mit den Jugendverbänden führen. Wir wollen hören, wo die Jugend der Schuh drückt. Sie werden sich ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände aktiv einbringen.

Meine Damen und Herren, wir sind alle gespannt, was am Ende des Tages an Lösungen und Handlungsempfehlungen auf den Tisch kommt. Sie müssen keine Angst haben: Es wird nicht zu nichtssagenden Ergebnissen kommen. Der Kollege Muthmann – er ist jetzt leider nicht da – hat irgendwann gesagt, es darf kein 800-seitiger Bericht entstehen, an dessen Erstellung mehr Leute mitgewirkt haben, als ihn dann lesen werden. Das wird nicht passieren. Wir werden unsere Forderungen kurz und knackig darlegen. Wir haben jetzt noch die Themen Lebens-, Arbeits-, Wohnbedingungen, Wirtschaft, Infrastruktur und medizinische Versorgung mit allen Beteiligten zu diskutieren. Wir wollen alle Erfahrungen und Sichtweisen aufnehmen. Das wird im Jahr 2016 geschehen. Im Jahr 2017 werden wir unseren Abschlussbericht erstellen.

Meine Damen und Herren, eine ganz wichtige Frage ist noch nicht beantwortet: Kann man gleiche Lebensverhältnisse messen? Gibt es einen Indikator, um Gleichwertigkeit zu messen? - Es gab schon andere Kommissionen. Es gibt zu diesem Thema viel Literatur. Es gibt in der Tat gewisse Messgrößen, mit denen man versucht, das zu erfassen. Aber all diese Messgrößen sind in gewisser Weise unscharf. Das ist nicht so wie beim Hundertmeterlauf, bei dem man stoppt und dann die genaue Zeit hat, sondern es ist eher wie beim Turnen, wo man Haltungenoten vergibt. So ähnlich ist es hier auch.

Diese Kenngrößen wurden individuell festgelegt und gewichtet. Von daher liegt darin eine gewisse Unschärfe. Ich bin aber der Meinung, dass wir gewisse Kenngrößen brauchen. Diese müssen definiert wer-

den. Entscheidend ist, dass wir diese Kenngrößen auf Regionen zuschneiden und über einen längeren Zeitraum im Auge behalten, weil wir dann erkennen können, wie sich eine Region entwickelt. Wenn eine Kenngröße unscharf war – dann ist die Kenngröße immer unscharf -, es aber einen Trend und ein Ergebnis gibt, kann man daraus erforderliche Handlungen ableiten. Wie schwer die Vergleichbarkeit ist, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Nehmen wir als Beispiel die Krankenhausversorgung. Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus, oder braucht er zwei Krankenhäuser? Muss jedes Krankenhaus mit dem öffentlichen Personennahverkehr innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein? Gibt es eine Gesundheits- oder Krankenquote? – Sie sehen, wie schwer es ist, dafür eine genaue Größe herauszuarbeiten. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir eine bestimmte Kenngröße finden müssen.

Meine Damen und Herren, schon jetzt wird deutlich, dass es drei große Themen gibt, die für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission und auch für Bayern von großer Bedeutung sind. Zum einen geht es um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Überall, wo Arbeitsplätze sind, wo Menschen Arbeit haben, siedeln sich Menschen an. Es entstehen Gebäude und Infrastruktur. Dabei müssen wir auch schauen, dass dies in Bayern überall gut funktioniert.

Gestatten Sie mir, dass ich auch meine Region Unterfranken anführe. Die Region Bayerischer Untermain gehört zum Großraum Rhein-Main, zum Großraum Frankfurt. Ich bin darüber froh, dass die Frau Wirtschaftsministerin vor wenigen Wochen in unserer Region eine Außenstelle von "Invest in Bavaria" eröffnet hat. Wir hatten diese Woche Besuch vom südkoreanischen Parlamentspräsidenten. Wenn man von Südkorea aus auf Deutschland blickt, blickt man zuerst einmal auf Frankfurt, weil der dortige Flughafen international ist. Deshalb appelliere ich an Sie, für den Münchner Flughafen richtige und gute Entscheidungen zu treffen. Ein Flughafen ist ganz wichtig für die Entwicklung einer Region. Deshalb ist es gut, dass wir in Unterfranken die Außenstelle von "Invest in Bavaria" haben; denn Arbeitsplätze bedeuten auch Wohlstand.

Ganz wichtig sind Bildungs- und Wissenschaftsangebote im ländlichen Raum. Damit können wir uns sehen lassen. Die Behandlung des Themas Bildung und Wissenschaft war sehr erfreulich. Wir haben gesehen, dass wir auf diesem Gebiet vieles erreicht haben.

Ganz wichtige Themen sind Infrastruktur und Mobilität. Damit meine ich die klassische Infrastruktur wie Straßen, Schienen, Zug, Taxi, Sammeltaxi, Rufbusse

etc., aber auch das Breitband. Ganz wichtig ist für die Infrastruktur und Mobilität das Dorf- und Vereinsleben. Wir haben in Bayern eine hervorragende Struktur von Vereinen wie Feuerwehren, Musikvereine, Sportvereine oder kulturelle Vereine. Darauf können wir stolz sein. Viele junge Menschen treten in diese Vereine ein und leisten zum Beispiel für ihre Gemeinde den Feuerwehrdienst ab. Wir alle kennen aus dem bayerischen Fernsehen den schönen Satz: "Da bin i dahom". Deshalb müssen wir auch in diesem Sinne wirken, weil das Vereinsleben auch Heimatidentität stiftet, und müssen auch das Vereinsleben im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, ich bin optimistisch, dass wir am Ende unserer Arbeit wichtige Impulse setzen können. Bayern hat große Potenziale, die es weiter zu nutzen gilt. Abschließend möchte ich Herrn Regierungsdirektor Heigl und Frau Wasowski danken, die uns vonseiten des Amtes immer hervorragend unterstützen. Danke sagen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die beim Abschlussbericht noch gefordert sind und zeigen werden, was sie können. Sie alle haben fleißig mitgeschrieben. Es gibt auch viele Protokolle. Ich danke deshalb auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stenografischen Dienstes. Ich danke auch der Staatsregierung, die uns umfangreich mit Material versorgt hat. Stellvertretend nenne ich Herrn Dr. Seitz. Herr Dr. Seitz, Sie haben ein schwieriges Amt, Sie haben es super gemacht. Ihr Minister ist auch da. Ich glaube, Herr Dr. Seitz hat Potenzial für höhere Aufgaben. Er macht das sehr gut. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Dr. Rabenstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Ein Zwischenbericht soll ein kritischer Rückblick sein. Wir werden feststellen, was gut gelaufen ist. Für mich ist ein Zwischenbericht aber auch immer ein Blick in die Zukunft. Was können wir verbessern? Was können wir in dieser Enquete-Kommission noch besser auf den Weg bringen? Diese Analysen unserer Arbeit haben summa summarum zweierlei gezeigt: Mit dem ersten positiven Ergebnis fange ich an. Es läuft in Bayern gut. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern läuft es gut. Allerdings müssen wir auch feststellen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Das

heißt, wir haben nach wie vor deutliche Defizite, vor allem wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Regionen. Deswegen gibt es sowohl in der Enquete-Kommission wie auch in der gesamten Politik noch sehr viel zu tun. Wir müssen uns stark anstrengen, damit wir das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auch wirklich erreichen.

Was wurde bisher gemacht? - In den ersten Sitzungen haben wir darüber diskutiert, was überhaupt gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen sind. Wie werden sie definiert? Schnell ist dabei klar geworden, dass wir in Bayern keine gleichartigen Regionen wollen. Jede Region ist anders geprägt, nicht nur landschaftlich, sondern auch kulturell und geschichtlich. Es gibt unterschiedliche Bräuche und Dialekte und natürlich auch regionale Spezialitäten, auf die jeder und jede stolz sind. Das ist auch gut so. Gerade diese Vielfalt macht den Reiz von Bayern aus. Das sagen auch wir Sozialdemokraten ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwertig ist etwas anderes als gleichartig. Zusammen mit den Experten haben wir den Terminus "räumliche Gerechtigkeit" in den Mittelpunkt gestellt. Jeder Bürger soll in seiner Gemeinde oder seiner Stadt die Chance erhalten, sich vor Ort zu verwirklichen. Er soll nicht gezwungen werden, in andere Regionen, nämlich in Metropolregionen, zu ziehen, um ein sicheres Auskommen zu haben. Dieser Umzug, diese Umstrukturierung insgesamt ist für beide Teile von Nachteil. Zum einen kommt es durch solche Umzüge zur Entvölkerung von Orten mit allen Nachteilen. Die Orte werden dadurch einfach unattraktiv. Zum anderen entsteht in den Ballungs- und Boomregionen ein Wachstumsdruck. Das führt ebenfalls zu großen Problemen.

Ich möchte es plakativ an drei Beispielen erläutern. Das erste Beispiel: In München und seinem Umland explodieren die Immobilienpreise. Die Mieten sind für viele Normalverdiener kaum mehr zu bezahlen. In anderen Teilen Bayerns stehen viele Häuser leer. Leere Schaufenster – ich habe es am Anfang nicht geglaubt, aber es wird gemacht – werden dekoriert, um das triste Bild eines Ortes einigermaßen zu kaschieren.

Das zweite Beispiel: In den Metropolregionen ist der Verkehr kaum mehr zu bewältigen. In München soll und muss eine zweite S-Bahn-Stammstrecke gebaut werden. Die Experten und der Oberbürgermeister sind deswegen gerade zu Gesprächen in Berlin; denn dieses Projekt kostet die Kleinigkeit von zwei bis drei Milliarden Euro. In anderen Räumen, nämlich in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, wie sie so schön heißen, kann der ÖPNV kaum mehr finan-

ziert werden. Bus- und Bahnverbindungen werden eher reduziert.

Das dritte Beispiel: In vielen Orten Nordostbayerns mussten und müssen Schulen schließen, weil die Schülerzahlen drastisch zurückgehen. Die Schulgebäude stehen dann leer. Die Kommunen werden aber doppelt belastet, einmal weil sie für ihre Schüler keine Schule mehr haben, zum anderen können sie mit dem Gebäude oft nichts mehr anfangen. Auf der anderen Seite hat die Stadt München laut "Süddeutscher Zeitung" vom Oktober 2015 berechnet, dass in den nächsten 15 Jahren neun Milliarden Euro für Schulneubauten ausgegeben werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht doch keinen Sinn!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss es Ziel der Enquete-Kommission sein, Bayern wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Nach wie vor haben wir ein Bayern der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. In den Boomregionen ist Bayern ein Sprinter mit Rückenwind. In den benachteiligten Gebieten ist es ein Läufer, der immer noch einen Klotz am Bein hat. Dann wundert man sich darüber, dass die beiden nicht gleichzeitig ins Ziel kommen.

(Beifall bei der SPD)

Der Heimatbericht der Staatsregierung – Herr Söder, aufgepasst! – zeichnet ein sehr positives Bild. Die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern haben stark abgenommen - so steht es in Ihrem Vorwort, sehr geehrter Herr Minister. Wir wissen alle miteinander, dass unser Minister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, wie er sich nennt, oft übertreibt.

(Widerspruch bei der CSU)

Deswegen haben wir die Zahlen natürlich genauer angeschaut. Ein Experte der Enquete-Kommission – wir haben die Experten schon gelobt -, Herr Dr. Sträter, der die Parlamentsdebatte hier mit verfolgt, ist zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da schau her!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das Bruttoinlandsprodukt in Bayern. Es ist ein wichtiger Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Heimatbericht werden ausgerechnet die Jahre 2006 und 2012 verglichen. Man kommt dann zu dem Ergebnis, dass es im ländlichen Raum in diesem Zeitraum vorwärtsgegangen ist: Wir haben dort eine Steigerung von 22 %. Im Verdichtungsraum waren es lediglich 17,9 %. Logisch,

daraus schließt man: Der ländliche Raum hat deutlich aufgeholt. – Doch wie heißt es so schön? – Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast, wobei ich nicht unbedingt sagen will, dass die Zahlen gefälscht worden sind. Aber man hat eben gerade die günstigsten Zahlen verglichen. Wer lediglich zwei Jahre vergleicht, um daraus einen Trend abzuleiten, macht es sich zu einfach;

(Beifall bei der SPD)

denn – jetzt kommt der politische Teil, und der ist sehr kompliziert – betrachtet man die Entwicklung in den letzten Jahren, kann man feststellen, dass sich der Abstand im Jahr 2008 zwar verringert hat; das stimmt. Er ist von 11 % auf 7,7 % zurückgegangen, aber das liegt an der Wirtschaftskrise. Die Schere ist 2011 und 2012, als es wieder wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat, erneut deutlich auseinandergegangen; da ist der Abstand auf 8,6 % gestiegen.

Wenn wir einmal im Abstand von 20 Jahren vergleichen, kommen wir ebenfalls zu einem ganz anderen Ergebnis. So heißt es in der angesprochenen Studie – ich zitiere: Die Trendlinie zeigt, dass von einem Anstieg des Anteils des ländlichen Raums am gesamt-bayerischen Bruttoinlandsprodukt keine Rede sein kann, im Gegenteil. Sie zeigt, dass der Anteil des ländlichen Raums sogar gesunken ist. – Die Schere geht also leider nicht zusammen. Das wurde übrigens auch bei der Anhörung der Enquete-Kommission mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich deutlich zum Ausdruck gebracht. Herr Dr. Dirnberger als Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, der die Gesamtentwicklung wie kaum ein anderer kennt, äußerte wörtlich: "Wir nehmen im Augenblick nur wahr, dass die Schere zwischen Strukturschwäche und Strukturstärke immer noch auseinandergeht." Recht hat er, und deswegen müssen wir hier deutlich andere Akzente setzen, als es bisher gemacht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind schon ganz wichtige Ergebnisse der Enquete-Kommission. In der Stellungnahme im Rahmen der Anhörung wurde übrigens auch deutlich, dass die kommunalen Spitzenverbände trotz einer Erhöhung der Finanzausweisungen mit der Gesamtentwicklung keineswegs zufrieden sind. Hier wurden auch das Konnexitätsprinzip – da gibt es eigentlich nur Kritik -, der kommunale Finanzausgleich und die Stabilisierungshilfen, die insgesamt begrüßt werden, angesprochen. Wir müssen eben schauen, dass neue Mittel dazukommen und dass nicht nur umverteilt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss, und ich habe natürlich – wie könnte es anders sein – auch noch einige kritische Anmerkungen: Erstens. Trotz großen Aufwands ist die öffentliche Resonanz auf die Arbeit der Enquete-Kommission meiner Meinung nach bescheiden und noch zu gering. Wir sollten deshalb diskutieren, ob die Sitzungen nicht insgesamt und grundsätzlich öffentlich gestaltet werden sollten. – Zum Zweiten sollten wir noch zielgerichteter arbeiten. Wir sollten uns wirklich überlegen, welche konkreten Forderungen wir haben. Das Unverbindliche steht mir hier noch viel zu stark im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Gerade bei der letzten Anhörung der kommunalen Spitzenverbände haben wir gesehen, wie wichtig es ist, mit den Betroffenen zu diskutieren. Auch das sollten wir noch verstärken. Das heißt, die betroffenen Verbände und Vereine müssen noch intensiver eingebunden werden. Ich hoffe, dass uns das gerade beim Thema Jugend gelingt. Das haben wir nach der Winterpause als Erstes auf dem Plan.

Aber natürlich möchte ich auch einiges positiv erwähnen. Insgesamt entwickelt sich die Arbeit in der Enquete-Kommission gut, und ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit auch bis zum Ende gut und zielorientiert bleibt. Dann, wenn der Bericht erarbeitet wird, wird es nämlich noch spannend; wir kennen das von anderen Ausschüssen. – Dem Vorsitzenden danke ich recht herzlich für seine souveräne Art, die Sitzungen zu führen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allen Abgeordneten der CSU und auch der anderen Parteien möchte ich ebenfalls danken. Aber gegenüber den CSU-Mandatsträgern sei mir doch die Anmerkung erlaubt, dass ich noch mehr erwarte und mir wünsche, dass Sie noch mehr Vorschläge einbringen, um das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht mein Dank auch an die Experten; sie sind wirklich eine Bereicherung, weil sie Sachverstand von außen einbringen und auf dem Weg zum Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse unabhängig von irgendwelchen politischen Richtungen gute Impulse geben. Mein Dank gilt auch Herrn Heigl vom Landtagsamt; das ist schon angesprochen worden. Man merkt, Herr Heigl, Ihre große, jahrzehntelange Erfahrung im Landtag; sie tut uns allen entsprechend gut. Ich möchte auch den Mitarbeitern in den Fraktionen recht herzlich danken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Tatsache, dass dieses Ziel in der Bayerischen Verfassung steht, und die Einsetzung der Enquete-Kommission – das soll noch einmal erwähnt werden – gehen auf Initiativen der SPD zurück.

(Beifall bei der SPD)

Sonst sagt man immer, als Opposition bringt man nicht so viel auf den Weg. Hier ist uns das, glaube ich, wirklich einmal gelungen. Und es ist Bewegung in das Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gekommen. Wir haben auch gemerkt, dass viele Interessierte gespannt warten, welche Ergebnisse wir erzielen. Nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin und in anderen Bundesländern schaut man auf unsere Enquete-Kommission; denn die Probleme sind in ganz Deutschland und vor allem in den neuen Bundesländern extrem. Deswegen hoffe ich, dass wir hier vorankommen. In einem reichen Land wie Bayern muss es das Ziel sein, Vorreiter zu sein

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und den anderen Regionen zu beweisen, dass sich alle Landesteile positiv entwickeln können, ohne dass einer abgehängt wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Rabenstein hat gerade ausführlich begründet, dass das Staatsziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern zu fördern, nicht von ungefähr kommt und es in der Tat erhebliche Unterschiede in den Strukturen, in den Bedingungen, auch in den Chancen in den Regionen Bayerns gibt. Zahlen hin oder her, die statistischen Belege für die eine oder andere Haltung sind schon gewürdigt; ich will das an dieser Stelle nicht wiederholen. Es lohnt sich allemal, für dieses Ziel zu arbeiten. Durch die Einsetzung der Enquete-Kommission sind wir dazu jetzt in besonderer Weise verpflichtet.

Was wollen wir, welches Ziel haben wir uns gesetzt, was wollen wir nicht? – Wir wollen am Ende der Kommissionsarbeit kein dickes, buntes Buch präsentieren, das womöglich mehr Autoren als Leser hat. Wir waren uns vor allem darin einig, dass wir nicht Hunderte von Seiten produzieren wollen, kein dickes Kompendium

das Ergebnis sein soll, sondern dass wir ein nicht nur wissenschaftlich geprägtes Werk brauchen. Wir sind dann erfolgreich, und unsere Aufgabe ist dann erfüllt, wenn wir eine praktische Handlungsanleitung, eine Empfehlung für die Politik entwickeln, wie wir gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herstellen können.

Nach einem Jahr der Arbeit ist heute Zwischenbilanz zu ziehen und zu fragen, wie weit wir sind. – Ich bin nicht ganz so optimistisch wie unser Vorsitzender Kollege Rüth. Ich meine, wir sind noch nicht weit genug.

Der Landtag hat der Kommission 110 Fragen aus den verschiedensten Fachgebieten zur Bearbeitung mit auf den Weg gegeben, die wir natürlich – das möchte ich sagen – alle pflichtgemäß behandeln und bearbeiten werden. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen müssen wir durchaus feststellen, dass sie nicht alle zielführend sind. Der Fragenkatalog ist auch ein Stück weit lückenhaft. Das haben wir mittlerweile erkannt. Insbesondere die Erwartungen der Ballungsräume werden in den Fragen unzureichend beleuchtet. Gleiches gilt für die Erwartungen der Jugend; auch dieser Aspekt kommt zu kurz. Ich befürchte, dass die Vielzahl der Fragen und Facetten ein Stück weit den Blick auf das große Ganze erschwert.

Zunächst will ich aber auch das Positive betonen, die Art und Weise der Sitzungsleitung und die Atmosphäre. Ich sage herzlichen Dank an die beiden Vorsitzenden, auch an alle Kollegen über Parteigrenzen hinweg. Das lässt eine durchaus ergebnisoffene Diskussion zu und ermöglicht es, die Dinge weiterzuentwickeln. Ebenso darf ich den externen Experten herzlich danken; auch deren Input ist, wie wir sehen und feststellen, unverzichtbar. Eine Kommission allein aus Abgeordneten wäre ein großes Wagnis, das nicht von Erfolg gekrönt sein könnte.

Enttäuscht bin ich – das will ich an dieser Stelle sagen – von der Rolle der Vertreter des zuständigen Heimatministeriums. Sie beantworten lediglich Fragen und nehmen allenfalls eine passive Rolle als Beobachter ein. Ich hätte mir ein konstruktiveres und kreativeres Mitwirken gewünscht, einen konstruktiveren Input. Kooperation sieht anders aus. Ich habe eher das Gefühl, dass uns die Kollegen des Ministeriums mit der Sorge hinsichtlich einer unangemessenen Einmischung in ihre exekutiven Kompetenzen und Möglichkeiten beobachten.

Zwischenbilanz zu ziehen, heißt für mich zu sagen: Viele handfeste Ergebnisse haben wir bislang noch nicht erreicht. Auch die Anhörung der externen Experten habe ich nicht immer als zielführend empfunden, weil der zentrale Aspekt, um den es uns immer gehen

sollte, nämlich wie wir Gleichwertigkeit erreichen, oftmals durch fachspezifische Betrachtungen ein Stück weit überdeckt wurde. Deswegen fällt meine Zwischenbilanz eher etwas nüchterner aus als die, die der Vorsitzende gerade vorgetragen hat.

Wir haben aber eine zweite Halbzeit. Jetzt ist die Frage in den Blick zu nehmen, was wir in dieser zweiten Halbzeit noch leisten müssen. Ich glaube, dass wir uns nach wie vor mit der Begriffsklärung befassen müssen, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind. Wir sollten dabei nach Möglichkeit zu einem Konsens kommen. Niemand im Bayerischen Wald will die gleichen Lebensverhältnisse und Verkehrsverhältnisse wie beispielsweise in München am Stachus. Gleichwertigkeit ist beschrieben worden als ein Stück Gerechtigkeit, als Chancengleichheit, auch mit subjektiven Komponenten angereichert. Wir müssen weiter der Frage nachspüren, wie wir zu einer Definition der Gleichwertigkeit auch unter Würdigung solcher subjektiver Komponenten kommen können. Der Vorsitzende hat es gesagt: Messbar wird das im eigentlichen Sinne nicht sein. Wir werden uns im weiteren Prozess aber schon damit befassen müssen, wie wir die Dinge definieren und wie wir sie steuerbar machen können.

Das geht natürlich nicht allein auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen, vielleicht auch in den Regionen. Zuerst ist es notwendig, eine Übersicht über die jeweilige aktuelle Lage zu erhalten. Deswegen ist die Erhebung relevanter Daten geboten: aus dem Bereich der Infrastruktur, der Breitbandversorgung, der Bildung, der Gesundheit, der Wohnraumversorgung, der verkehrlichen Bedingungen, des ÖPNV. Das alles sind wichtige Fragen; es ist angesprochen worden.

Ich glaube, es ist auch eine wesentliche Aufgabe der Kommission, dass wir uns darauf einigen, welche dieser unzähligen Daten geeignete Indikatoren darstellen, um festzustellen, ob die Gleichwertigkeit gegeben ist oder an anderer Stelle nachgesteuert werden muss, weil noch Unterschiede bestehen, die nicht tolerabel sind.

Schließlich erwarte ich von der Kommission Vorschläge, wo und unter welchen Voraussetzungen welches staatliche Handeln angezeigt ist auf der Grundlage welcher erhobenen Daten und unter Würdigung der Einschätzungen der Regionen. Es wird unverzichtbar sein, die Regionen, die Menschen, die Verantwortlichen dort zu beteiligen und dann Vorschläge zu machen, welches staatliche Handeln angezeigt ist.

Das wird kein Konditionalprogramm sein können in dem Sinn, dass dann, wenn das eine vorliegt, das andere automatisch zu veranlassen wäre. Wir sollten

aber schon ein strukturiertes, ein nachvollziehbares Verfahren zur Klärung, Begründung und Bewertung, nicht zur Messung, verschiedener Fragestellungen erreichen wie beispielsweise der, wo wir Negativabweichungen in den verschiedensten Bereichen haben. Wir FREIE WÄHLER streben das in diesem Prozess an. Kollege Rabenstein hat darauf hingewiesen, dass es diese Abweichungen in Bezug auf die Themen Verkehr und Wohnraum zwischen den Ballungsräumen genauso wie zwischen verschiedenen ländlichen Regionen geben kann. Wir stehen vor den Fragen, ab wann Negativabweichungen nicht tolerierbar sind, ob die Probleme gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Region lösbar sind und welche Instrumente dabei zum Einsatz kommen sollen. Ich halte es für unsere wichtigste Aufgabe in der zweiten Halbzeit, ein strukturiertes Verfahren und eine für alle Regionen transparente Handlungsanleitung zu entwickeln.

Neben der Einigkeit über das operationalisierbare Verfahren sollten wir auch Einigkeit darüber erzielen, inwieweit eine Reform des Zentrale-Orte-Systems notwendig ist. Daneben gilt es, die Kompetenzen und die Pflichten von Kommunen und anderen regionalen Handlungseinheiten bei der Begleitung dieses Prozesses zu klären. Wir werden uns sicherlich auch mit der Frage angemessener Regionalbudgets bzw. einer angemessenen Finanzausstattung der regionalen Handlungseinheiten, auch der Kommunen, befassen müssen.

Letzter Punkt: Wir kommen hoffentlich – das ist ein Vorschlag, der mittlerweile auch der Kommission vorliegt – in Weiterentwicklung des von der Staatsregierung so ungeliebten Raumordnungsberichts zu einem Gleichwertigkeitsbericht als Grundlage für wiederkehrende Bestandsaufnahmen und regelmäßige Neujustierungen staatlichen Handelns. Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herzustellen ist keine einmalige oder punktuelle Aufgabe, sondern ein Dauerprozess. Dafür brauchen wir keine weiteren dicken, bunten Papiere; davon gibt es in der Landesplanung und anderswo schon genug. Wir brauchen auch keine Fachplanungsdebatten, sondern ein knackiges, überfachliches, koordinierendes Gesamtwerk im Sinne einer Anleitung für staatliches Handeln. Das sollte unser Ziel sein. Insoweit ist noch Erhebliches zu leisten.

Dem Dank an die Beteiligten, insbesondere an die Begleiter seitens des Ministeriums und des Landtagsamtes, Herrn Seitz, Herrn Heigl und Frau Wasowski, schließe ich mich gern an. Auch auf ihre Unterstützung zählen wir sehr, wenn es darum geht, das alles noch zu packen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Ganserer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich dem Dank meiner Vorredner an die Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtagsamtes für die hervorragende Zuarbeit anschließen. Die Arbeitsatmosphäre ist gut. Die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. Die Zuarbeit der Experten ist hervorragend. Das alles kann ich bestätigen.

Ich komme aber zu einem anderen, differenzierteren Zwischenbericht, als ihn der Vorsitzende der Kommission, Herr Kollege Rüth, gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz kommunalen Finanzausgleichs, trotz Regionalförderung und trotz Heimatministerium entwickeln sich die Regionen unterschiedlich, in Teilen sogar entgegengesetzt. Wenn einzelne Regionen immer reicher, andere aber von der Entwicklung abgehängt werden, dann droht ein Riss durch die Gesellschaft zu entstehen. Deswegen war es richtig, dass wir die Enquete-Kommission eingesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch was ist unter "gleichwertigen Lebensverhältnissen" zu verstehen? Sollen wir ein Mindestmaß an Versorgungseinrichtungen, zum Beispiel Krankenhäusern, vorgeben, oder sollen wir die Gleichwertigkeit lieber am Output – wie Lebenserwartung und Gesundheitszustand – bemessen? - Eine klare Antwort haben wir in der Kommission noch nicht gefunden, weshalb wir uns dem Bereich zunächst philosophisch angenähert haben. Die Experten haben dabei den, wie ich finde, sehr guten Begriff "räumliche Gerechtigkeit" geprägt. Daran wird deutlich, dass es nicht um eine gleichmachende Politik geht, sondern darum, dass die Menschen, egal in welchen Regionen Bayerns sie leben, gleiche Chancen haben und fair behandelt werden. Am Ende der Arbeit muss aber klar sein, anhand welcher Parameter wir das Erreichen des Ziels der Gleichwertigkeit bewerten können.

Doch bei ihrer Arbeit musste die Kommission immer wieder feststellen, dass ausreichende und verlässliche Untersuchungen bzw. Daten zur Beurteilung der räumlichen Unterschiede fehlen. Ohne umfassendes Wissen über das Ausmaß der Unterschiede ist es nicht möglich, geeignete Strategien und Handlungs-

empfehlungen zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zu entwickeln.

Die Kommission machte aber auch deutlich, dass der auf Hochglanzpapier gedruckte "Heimatbericht" ganz sicher keine geeignete Grundlage ist. Er stellt lediglich den Versuch dar, mit Taschenspielertricks die Konturen der Unterschiede zu verwischen. Herr Kollege Rabenstein hat das schon am Beispiel der Wirtschaftsleistung – Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner – gezeigt. Aber auch eine isolierte Betrachtung der Arbeitslosenzahl zeichnet ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Es ist doch so, dass in den benachteiligten Regionen die Menschen seit Jahrzehnten abwandern, sodass fast niemand mehr da ist, der dort noch Arbeit sucht.

Ich möchte das selbstkritische Bild, das Herr Muthmann gezeichnet hat, durchaus bestätigen. Auch ich sehe es nicht als zielführend an, bei jedem Thema stur an dem Fragenkatalog festzuhalten. Ich gebe ein Beispiel. Eine Frage lautet:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden können?

Die Debatte hat gezeigt, dass wir mittlerweile in allen Regionen einen Überhang an offenen Ausbildungsplätzen haben. Das Problem ist nicht mehr die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen, sondern die Herausforderung besteht darin, überhaupt geeigneten Nachwuchs bzw. geeignete Fachkräfte zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufschlussreicher als das Papier des Heimatministeriums wäre der Raumordnungsbericht. Dieser hätte eigentlich schon im Jahr 2013 vorgelegt werden müssen. Auf die Anfrage meiner Kollegin Claudia Stamm, wann die Staatsregierung ihrer Berichtspflicht nachzukommen gedenke, antwortete sie, dass die Verzögerung in Ausschreibungen für Satz und Druck der Broschüre begründet sei.

Der Bericht ist kurz vor der Sommerpause in Papierform lediglich den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zur Verfügung gestellt worden. Aufgrund der geringen Druckauflage können die Fraktionen keine weiteren Exemplare erhalten. Dies zeigt für mich deutlich, dass die Staatsregierung den Raumordnungsbericht nicht veröffentlichen wollte, bevor das Pamphlet "Heimatbericht" vorgelegt worden ist.

Auch wenn sich im Raumordnungsbericht ebenfalls jede Menge Prosa wiederfindet, so zeigt er doch zahl-

reiche Fehlsteuerungen der Landesplanung auf. Der Flächenverbrauch ist nach wie vor viel zu hoch. Eine Ursache wird in der kommunalen Konkurrenz um die Ansiedlung von Gewerbegebieten gesehen.

Gleichzeitig ist das Angebot an Gewerbeflächen weit höher als die Nachfrage. Ohne der notwendigen Debatte über die Konsequenzen des Raumordnungsberichts vorzugreifen, möchte ich doch schon an dieser Stelle feststellen, dass wir daraus Schlüsse für die Landesplanung ziehen müssen. Die Lockerung des Anbindegebots kann jedenfalls nicht die Antwort auf den zunehmenden und zügellosen Flächenfraß sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Experten in der Kommission haben deutliche Kritik an der Landesplanung geübt. Das LEP ist in den vergangenen Jahren zunehmend zusammengestutzt und durch ein unkoordiniertes Nebeneinander von Aktionen der Ministerien ersetzt worden. Stattdessen brauchen wir einen Masterplan zum Ausgleich der räumlichen und regional unterschiedlichen Entwicklung. Dafür benötigen wir eine starke Landes- und Regionalplanung mit leistungsfähigen Institutionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade die Regionalplanung in Bayern ist weder personell noch finanziell in der Lage, eine koordinierende und moderierende Funktion angemessen auszufüllen. Es zeigt sich, dass wir die Träger der Regionalplanung in ihrer Rolle als Organisatoren der Regionalentwicklung deutlich stärken müssen werden.

Zum Punkt Behördenverlagerung. Diese wird zwar in Teilen als sinnvolles Symbolhandeln betrachtet, jedoch wird der Sinn einiger Entscheidungen hinterfragt. Welchen Beitrag zur Strukturpolitik und zur Förderung strukturschwacher Regionen leistet zum Beispiel die Verlagerung des Eichamtes München in den Münchner Speckgürtel nach Fürstenfeldbruck? - Mir erschließt sich diese Entscheidung nicht.

Bei allem dürfen wir nicht die Probleme und Herausforderungen der Städte vergessen. Zum Beispiel führt die Stadt Nürnberg seit Jahren traurig die Statistik der Arbeitslosenzahlen an. Sie hätte deswegen auch strukturpolitische Unterstützung verdient. Deswegen ist es für mich nicht sinnvoll, Behördenstellen von Nürnberg nach außen zu verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr aufschlussreich war für mich das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Es hat mir gezeigt - die Vertreter von Gemeindegtag und Städtetag haben es deutlich gemacht -, dass die Bürger im Ge-

gensatz zum Kommunalrecht nicht zwischen freiwilligen Leistungen und sogenannten Pflichtaufgaben unterscheiden. Dass das Wasser aus der Leitung kommt und Straßen ordnungsgemäß instand gesetzt werden, wird als gegeben vorausgesetzt. Vielmehr bestimmen der Umfang und die Qualität der erbrachten sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Unterhalt von Schwimmbädern oder das kulturelle Angebot die Lebensqualität eines Ortes.

Doch leider Gottes sind viele Kommunen mittlerweile nicht mehr in der Lage, ihre Schwimmbäder zu unterhalten. In den letzten Jahren haben 43 kommunale Schwimmbäder schließen müssen. 65 Schwimmbädern droht die Schließung, weil sich die Kommunen den Unterhalt nicht mehr leisten können.

Bei den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde deutlich, dass in den strukturschwachen Regionen viele Kommunen aufgrund ihrer Finanzschwäche nicht mehr in der Lage sind, im Zuge freiwilliger Leistungen in die sogenannten weichen Standortfaktoren ausreichend zu investieren, und dass es der kommunale Finanzausgleich auch nicht mehr zu richten vermag.

Spannend wird für mich in diesem Zusammenhang die Debatte um die Frage, wie kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden kann, vor allem wenn man sieht, wie die Staatsregierung in den letzten Monaten zahlreiche millionenschwere Investitionen in kulturelle Großprojekte – Konzertsaalneubauten in München und Nürnberg – angekündigt hat, aber es immer noch an einem gesamt-bayerischen und regional ausgewogenen Kulturkonzept fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission tagt, so sehen es die Regeln des Landtags vor, grundsätzlich nichtöffentlich. Dabei betont der Einsetzungsantrag:

Bayerns Stärke sind seine Menschen. Ihnen in jeder Region Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen, ist das Ziel bayerischer Politik.

Das macht für mich deutlich – da bin ich ganz beim Kollegen Rabenstein –, wir dürfen uns in der Kommission nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen auch nach draußen blicken. Zweifelsohne gibt es in allen Landesteilen in Bayern sehr viele Menschen, die mit vielen Initiativen ihre Region, ihre Dörfer lebenswert erhalten. Mit denen müssen wir ins Gespräch kommen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diese Initiativen weiter stärken können, welche

Hilfen und Handreichungen sie seitens der Politik brauchen.

Ich halte es für eine gute Entscheidung, dass wir mit der Kommission auch nach draußen gehen und Vor-Ort-Termine wahrnehmen. Insbesondere von der Anhörung der Jugendverbände erwarte ich mir noch sehr wertvolle Impulse für die weitere Arbeit.

Deshalb möchte ich nach mehr als einem Jahr der Arbeit in der Enquete-Kommission zusammenfassend feststellen: Es war notwendig und richtig, die Kommission einzurichten und zusammen fraktionsübergreifend Handlungskonzepte und Strategien zur Erreichung des Verfassungsziels zu erarbeiten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich wollte ich nicht reden, weil eine Enquete-Kommission eine reine Aufgabe des Landtags ist. Nachdem mir in den Beiträgen aber der eine oder andere Punkt aufgefallen ist, möchte ich ein paar Sätze dazu sagen.

Zunächst einmal danke ich der Kommission selbst. Ich weiß, Enquete-Kommissionen sind nicht von vornherein ein reines Medienspektakel; man sieht es auch ein bisschen an der Präsenz hier. Das sind Parteitage und Ähnliches mehr, aber weniger Enquete-Kommissionen. Ich habe selber einmal für meine Fraktion ein oder zwei Jahre lang eine Enquete-Kommission geleitet – sie hieß "Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend", das war eine andere Zeit –, deswegen weiß ich, was für eine schwierige Aufgabe das ist. Ich möchte allen, die da mitarbeiten, ein ganz herzliches Dankeschön für den Fleiß, für das Engagement, für den Ideenreichtum sagen und ganz besonders dem Vorsitzenden Berthold Rüth, der auch mit uns in enger Zusammenarbeit steht. Ein herzliches Dankeschön für die hervorragende Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir gedacht – wir sind ja als Heimatministerium sozusagen das staatliche Pendant zur Enquete-Kommission –: Was machen eigentlich die anderen Bundesländer, wenn es um Strukturfragen geht? Wie findet die Diskussion woanders statt? Finden in anderen Bundesländern, wo es schwierige Strukturfragen gibt, solche Debatten überhaupt statt? Gibt es dort

derartige Initiativen wie bei uns? Lautet die Empfehlung, sich in diesen Regionen mit dem ländlichen Raum positiv zu beschäftigen, oder lautet im Gegenteil die Botschaft: Wenn ihr mehr wollt, dann zieht am besten in die Stadt?

Unserer Erfahrung nach gibt es kein Bundesland, das so engagiert wie Bayern den ländlichen Raum als gleichwertigen Zukunftsraum definiert, ihn nicht abkanzelt, sondern tatsächlich glaubt, dass die kulturelle Identität des Landes eben nicht nur in den Großstädten liegt, sondern gerade auch im ländlichen Raum.

Darum, meine Damen und Herren, ist das, was Bayern macht, ob die Enquete-Kommission, ob der Landtag oder ob die Staatsregierung, in Deutschland eine Benchmark für den ländlichen Raum. Wir wollen den ländlichen Raum stärken, und wir werden ihn stärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens, die Zahlen des Heimatberichts stimmen selbstverständlich. Denn sie sind im Ministerium zusammengestellt und ordentlich bewertet worden; sie sind vom Jahr 2006 ausgegangen, weil es das Zahlenmaterial des vorhandenen Monitorings war, das sich da ergeben hat. Im Heimatbericht werden übrigens nicht nur die positiven Seiten beleuchtet, sondern ganz bewusst auch die Herausforderungen. Natürlich entwickelt sich die Bevölkerung in Bayern demografisch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Wir haben in der Tat Ballungsräume, die enorm wachsen, die eher Probleme mit ihrer Beschleunigung haben, und wir haben umgekehrt ländliche Räume, die nicht die gleiche Dynamik aufweisen.

Keiner darf sich täuschen: Es ist nicht wahrscheinlich, dass wir eins zu eins die Lebensverhältnisse anpassen. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt nicht, dass alles gleich sein muss. Aber es muss gleiche Chancen geben. Keiner möchte die Mietpreise von München überall im Lande haben. Es geht darum, Chancen zu haben. Der ländliche Raum muss Chancen bekommen, meine Damen und Herren, und darf nicht vergessen werden. Das ist die Zukunftsperspektive, die wir erarbeiten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Das alles müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass der ländliche Raum nicht nur alimentiert werden darf, sondern aus eigener Kraft stark und attraktiv für junge Menschen werden soll. Das ist die Aufgabe.

Nun zu drei oder vier Punkten, die angesprochen wurden. Ich habe ständig gehört, die kommunalen Spitzenverbände seien entsetzt, tief enttäuscht über den

kommunalen Finanzausgleich. Das würde mich wundern. Abgesehen davon, dass sie ihn selbst mit verhandelt und abgeschlossen haben, ist er national im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre einer der stärksten und wuchtigsten Signale, die man den Kommunen setzen kann. Der Freistaat Bayern zahlt nicht nur bei der Unterbringung von Asylbewerbern in einer kommunalfreundlichen Form, die in Deutschland ihresgleichen sucht, sondern wir sind auch bei der Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ein Land, das wie kein anderes Kommunen beteiligt. Dass wir das in Bayern tun, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Rekord-FAG: 8,56 Milliarden Euro. Durch die Steuerschätzung sind noch einmal 111 Millionen Euro dazugekommen. Die Umverteilung, die wir jetzt im FAG von Groß zu Klein beschlossen haben, umfasst fast 80 Millionen Euro. Hinzu kommen die Stabilisierungshilfen, die jetzt auf 120 Millionen Euro angewachsen sind. Sie sind übrigens in meiner Amtszeit als Idee definiert, um strukturschwachen Regionen zu helfen. Wenn man beobachtet, wie sie beispielsweise bei Ihnen in Oberfranken aufgenommen werden, Herr Dr. Rabenstein, oder wie sie in der Oberpfalz oder in Niederbayern oder in anderen Bereichen aufgenommen werden, dann stellt man fest: Man wartet dort jedes Jahr auf die Verkündung, ob es Stabilisierungshilfen geben kann. Sie sind nämlich ein wichtiges Element der Stütze und der finanziellen Architektur von demografiegeplagten Gemeinden. Wir halten deshalb an ihnen fest. Ich sage Ihnen noch eine Zahl dazu. Seit ich Finanzminister bin, haben wir durch die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung strukturschwacher Gemeinden den kleinen und strukturschwachen Gemeinden insgesamt 900 Millionen Euro mehr gegeben. Welches Land kann das vorweisen, meine Damen und Herren? – Das kann nur der Freistaat Bayern vorweisen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von einer Gleichwertigkeit der Chancen reden, dann haben Sie ein Thema ausgelassen. Das hat mich gewundert; denn es ist ein Thema, das im ganzen ländlichen Raum eine Rolle spielt, und zwar das Thema Digitalisierung. Genauso wichtig wie die Infrastruktur der normalen Straßen ist die digitale Infrastruktur. Wenn heute ein Unternehmen sich irgendwo ansiedeln will, dann fragt es nach der Straßenverbindung. Das Unternehmen fragt aber auch, wie der Anschluss an das schnelle Internet ist. Auch wenn junge Leute sich ansiedeln, gehört wie der Anschluss an Wasser und Strom der Anschluss an das schnelle Internet dazu.

Als wir hier in Bayern gemeinschaftlich die Aufgabe übernommen haben, den ländlichen Raum in den Mittelpunkt zu stellen, da drohte tatsächlich eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land. Wir haben diese Situation noch nicht ganz überwunden, aber mit unserem einzigartigen Programm - ich glaube, dass es von allen akzeptiert und von den Kommunen gut angenommen wird - können wir es schaffen, im ländlichen Raum die gleiche digitale Qualität zu entwickeln, die wir in den Großstädten haben. Mittlerweile sind 92 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren. Woche für Woche werden Förderbescheide erteilt. Insgesamt wurden schon 5.500 Glasfaserleitungen verlegt. Das entspricht zweimal dem Umfang Bayerns, wenn ich das einmal sagen darf. Wir bewegen uns in allen Regionen Bayerns, gerade aber in den strukturschwachen Gebieten, mit Siebenmeilenstiefeln dahin, dass alle Gemeinden in Bayern Anschluss an das schnelle Internet haben. Ich prognostiziere, das wird Ende des Jahres 2017, Anfang des Jahres 2018 so weit sein.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Wir wollen das Bundesprogramm nutzen, um auch die Stellen weiter auszubauen, die noch nicht abgedeckt worden sind. Ich sage hier einmal, auch wenn das vielleicht etwas unvorsichtig ist: Der Prozess muss auch noch darüber hinausgehen. Unser Ziel ist es nämlich nicht nur, jede Gemeinde oder aber den größten Teil einer Gemeinde anzuschließen, sondern unser Ziel ist es, dass irgendwann einmal jeder Haushalt einen Anschluss an das Glasfasernetz hat. Die anderen Bundesländer sind da weit hinterher. Wir aber, meine Damen und Herren, sind mit starken Verfahren und mit starken Kommunen gut aufgestellt. Für den ländlichen Raum ist das Breitbandprogramm eine echte Zukunftschance. Mein Dank geht an die Gemeinden, dass sie es nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Arbeitsplätze will ich Folgendes sagen: Ganz abgesehen vom LEP gibt es immer eine komische zweiseitige Argumentation. Einerseits soll viel passieren, andererseits soll eigentlich nichts geschehen. Da wird gefordert: Wir brauchen mehr Wirtschaft im ländlichen Raum, damit sich Leute ansiedeln. Aber gleichzeitig heißt es: Bitte, bitte, bitte keine Fläche antasten. Wie sollen wir das denn machen? – Der ländliche Raum braucht Entwicklungsperspektiven. Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen kann nicht allein das Privileg von Großstädten sein. Es kann nicht sein, dass das LEP am Ende eine wirtschaftliche Ansiedlung eher verhindert und damit auch die Chance, dass der ländliche Raum sich entwickelt, verhindert.

(Florian von Brunn (SPD): 18 Hektar Flächenverbrauch in Bayern!)

Wir brauchen deshalb auch eine Veränderung des LEP. Wir werden das Anbindegebot mit den bekannten Stellen erleichtern. Wir werden das nicht für die großen Einzelhandelsmärkte tun, weil wir um die Situation wissen. Für das Handwerk, für das Gewerbe muss doch die Chance bestehen, sich an großen Straßen anzusiedeln. Das muss auch interkommunal gehen, wenn zwei Gemeinden sich zusammentun. Bei Freizeit- oder Kultureinrichtungen muss es doch ein bisschen mehr Luft zum Atmen geben. Man kann den ländlichen Raum doch nicht beleben, wenn man ihm gleichzeitig die Luft abschneidet. Deshalb werden wir das LEP an dieser Stelle ändern.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Wie viele ungenutzte Gewerbeflächen haben wir denn in Bayern?)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich auch sagen, was wir machen. Eine Empfehlung, die ich sehr schätze, lautet: Wirtschaft ja, beispielsweise durch die Erleichterung von Ansiedlungsoptionen. Aber nicht nur das. Wir haben in Nord- und in Südbayern bewusst insgesamt über 100 Hochschulprojekte gefördert und auf den Weg gebracht. Diese Projekte werden jetzt noch durch eine Reihe von Dezentralisierungsideen der Hochschulen ergänzt. Das bietet die riesige Chance, dass selbst kleinere ländliche Räume den Wissenschafts- und Technologietransfer nutzen können. Das sind Projekte, für die weit über eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2018 zur Verfügung steht. Diese Gelder werden helfen, die Infrastruktur vor Ort so zu gestalten, dass junge Leute im ländlichen Raum bleiben und nicht nach München, Nürnberg, Erlangen oder Augsburg ziehen müssen. Das ist die Zukunftsoption: Mit Technologie, mit Hochschulideen, mit Innovationen dafür sorgen, dass junge Leute zu Hause studieren, zu Hause bleiben und damit ihre Heimat behalten können. Das ist eine Philosophie, die es wirklich nur in Bayern und sonst nirgendwo gibt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ganserer ist konsequent, wenn er die Behördenverlagerungen geißelt. Eure große Skepsis gegenüber Behördenverlagerungen vor allem aus München heraus bestand schon immer. Meine Damen und Herren, ich möchte es einmal so sagen: Wir haben hier im Landtag schon andere Konzepte beschlossen. Wir haben auch schon Konzepte einer Behördenkonzentration beschlossen. Aber heute kämpft der eine oder andere Abgeordnete um eine Servicestelle, beispielsweise in Passau oder auch bei der Wasserwirtschaft, selbst dann, wenn es nur um vier oder fünf Stellen geht und um die Frage, ob die bleiben oder nicht.

Manchmal gibt es Diskussionen, die sich um Fragen wie die folgenden drehen: Ist das notwendig? Muss man sich den Ärger machen? – In den ländlichen Räumen entscheiden aber manchmal gerade die kleinen Infrastruktureinrichtungen der Behörden, ob ein Ort seine zentrale Funktion behält. Sie entscheiden, ob sich daneben beispielsweise Ärzte ansiedeln, ob die Schule bleibt und ob jemand an kleinstrukturierten Räumen Interesse findet. Sie entscheiden, ob diese Räume attraktiv bleiben, sodass die Menschen dort bleiben. Die Behördenverlagerung, die wir in Angriff nehmen, an der über 3.000 Personen beteiligt sind, ist ein gewaltiges Projekt. Ich habe keine davon betroffene Region erlebt, die sich nicht dafür interessiert hätte.

Wir befinden uns in einem Prozess. Jedes der Ministerien ist auf dem Weg. Wir suchen die Gebäude, wir prüfen die Strukturen. Es haben Personalgespräche stattgefunden. In keiner einzigen der Regionen wurde gesagt: Das brauchen wir eigentlich nicht, lassen wir das doch lieber in München, dort ist es am besten aufgehoben. – Meine Damen und Herren, wir stärken München, wo es nur geht, dass hier keine Missverständnisse entstehen. Es kann aber nicht sein, dass am Ende nur München gestärkt wird und der ländliche Raum nicht. Wir müssen beides tun. Mit der Behördenverlagerung schaffen wir es aber zum ersten Mal, dass Regionen attraktiv werden, in denen keine Hochschule ist und auch nicht das große Lager eines Automobilunternehmens. Wir nehmen die staatliche Aufgabe wahr, die Infrastruktur vor Ort mit den Mitteln, die wir haben, zu stärken. Neben Geld, neben der Digitalisierung ist die dritte Möglichkeit die Verlagerung von Behörden, weil dann nicht nur Arbeitsplätze dorthin wandern, sondern meist werden auch Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Es wird gebaut, es wird investiert, es findet Leben statt. Die Folgewirkungen der Behördenverlagerungen sind deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. Ich sage Ihnen, das war ein wichtiger Schritt auf einem Weg, den wir fortsetzen werden.

(Beifall bei der CSU)

Jede neue und gute Idee ist willkommen. Albert Füracker und ich sind ziemlich viel im Land unterwegs. Wir haben mit unzähligen Bürgermeistern Gespräche geführt und versucht zu ermitteln, was wir noch brauchen. Unser Eindruck ist, dass wir insgesamt gesehen auf einem guten Weg sind. An einigen Stellen kann man immer noch mehr machen, das ist ganz natürlich. Jeder wird immer sagen: Ein bisschen mehr Förderung ist noch besser. Alles andere würde mich wundern, und es würde auch dem Charakter einer guten Interessenpolitik widersprechen, wenn ein

Bürgermeister sagen würde, er ist so zufrieden, dass er nichts mehr braucht.

Was wir tun, ist im Hinblick auf die Grundphilosophie der Heimatstrategie sehr gut. Ich glaube, lieber Berthold Rüth, das ist auch eure Grundphilosophie. Wir überlegen, was man tun kann, um den ländlichen Raum aus sich heraus zu stärken. Wir wollen den Bürgermeistern mehr Möglichkeiten geben, selbstständig zu agieren. Sie sollen nicht nur auf die Zuschusseritis warten. Sie sollen vielmehr eigenverantwortlich ihr Gemeindeleben gestalten. Sie sollen nicht nur darauf warten, bis ein Referatsleiter in München am grünen Tisch vielleicht gnädig sein Okay gibt. Die Bürgermeister, vom Volk gewählt, müssen die Chance haben, eigenständig im Land zu operieren. Meine Damen und Herren, die Bürgermeister würden doch andernfalls das Ziel ihres Auftrags verfehlen.

(Beifall bei der CSU)

Wir glauben deshalb, dass wir miteinander auf einem ordentlichen Weg sind. Lassen Sie uns weiter diskutieren. Neben der Flüchtlingsthematik ist es vielleicht die zentralste und spannendste Aufgabe der Staatsregierung. Diese Aufgabe wird auch nicht in ein oder zwei Jahren entschieden sein. Sie wird sich auch nicht mit einem Beschluss mehr oder weniger lösen lassen. Auch wenn wir jetzt 300 Millionen mehr geben, ist sie nicht gelöst. Vielmehr müssen wir an dieser Thematik weiterhin mit großem Engagement arbeiten. Ich nenne noch einen Vergleich. Wie bei der Digitalisierung, bei der nationale Experten fragen, wie wir das machen, wird der Diskussionsprozess bei allen anderen Konzepten, die wir derzeit anstoßen und bei denen sich Experten ebenfalls hervorragend einbringen, weitergehen. Dies ist ein dynamischer, kein statischer Prozess. Daher wird es auch nicht einfach einen Abschlussbericht geben, sondern dies bleibt die Kernaufgabe des Staates. Wir wollen uns ihr stellen.

Wir bedanken uns herzlich für die gute Zusammenarbeit. Im Heimatministerium ist immer Platz für die Enquete-Kommission und Zeit für ein gutes Gespräch. Ich wünsche der Enquete-Kommission auch im nächsten Jahr Gutes und bin gespannt, wie einheitlich die einzelnen Dinge ausfallen werden. Ich weiß, wie das ist. Das Schwierigste ist der Abschlussbericht, lieber Berthold. Viel Erfolg und viel Freude dabei, den Abschlussbericht konsensfähig zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen

liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und Tagesordnungspunkt 2 ist erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Interpellation der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern
(Drs. 17/6592)**

Ich eröffne die Aussprache. Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die interpellierende Fraktion das erste Wort. Dies ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als erster Redner hat Herr Abgeordneter Ludwig Hartmann das Wort. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Schutz der Alpen benimmt sich die CSU-Regierung wie ein Skifahrer in der Berghütte: große Reden schwingen, aber draußen nach dem ersten Meter gleich auf dem Hosboden landen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstwahrnehmung und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Es gab immer vollmundige Ankündigungen zum Schutz unserer Bergwelt, aber Taten sind in den letzten zehn Jahren so gut wie gar nicht wahrnehmbar gewesen.

Im Zuge des deutschen Vorsitzes der Alpenkonvention bis Herbst 2016 wurde von CDU/CSU- und SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag der Antrag mit dem Titel "Die Alpen-Vielfalt in Europa – Ziele der Alpenkonvention voranbringen und nachhaltig gestalten" eingebracht. Viele hübsche Worte sind darin zu finden, viele schöne Beschreibungen, aber von konkretem Handeln ist man meilenweit entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gute Politik misst sich nicht an schönen Worten, sondern an konkretem Handeln. Wir haben die Interpellation zum Thema Schutz der Alpen nach zehn Jahren erneut gestellt, um einen Zwischenbericht zu erhalten und zu erfahren, ob irgendetwas besser geworden ist. Man kann dies in ein paar Bereichen zusammenfassen und muss ganz ehrlich sagen, dass sich in diesen Bereichen in den letzten zehn Jahren hier in Bayern so gut wie gar nichts verbessert, sondern vieles noch deutlich verschlechtert hat. Die Verantwortung für den Schutz der Alpen braucht man gar nicht nach Berlin zu schieben. Hier ist Bayern ganz konkret in der Pflicht und hat die Verantwortung, den völkerrechtlichen Vertrag konkret umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mit einem Themenbereich beginnen, der auch vom Finanzminister gerade angesprochen worden ist. Das ist der Flächenverbrauch. In den hochsensiblen Gebieten unseres Alpenraums hat sich der Flächenverbrauch für die Siedlungs- und Verkehrsflächen von 1992 bis 2013 um 5.335 Hektar erhöht. Man kann es auch anders ausdrücken: Dies sind 7.500 Fußballfelder bzw. das ist einmal die Fläche vom Starnberger See, die rein im Alpenbereich neu benötigt worden ist. Das ist deutlich zu viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch nach der gerade getroffenen Aussage von Minister Söder kann man nur von einem hemmungslosen Flächenfraß der Politik dieser Staatsregierung sprechen. Es ist wirklich hemmungslos, wie Sie mit dem wertvollen Gut Boden in diesem Land umgehen.

Ich möchte einen weiteren Bereich nennen und es damit noch einmal unterstreichen: Wir sind uns sicher alle darin einig, dass die Alpen zu den sensibelsten Gebieten in Bayern gehören. Man kann es eigentlich kaum glauben: In den letzten zehn Jahren wurde im Alpenbereich kein einziges neues Naturschutzgebiet ausgewiesen. Zehn Jahre sind eine verdammt lange Zeit, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Vor zehn Jahren hatten Sie noch eine Zweidrittelmehrheit. Auch das ist verdammt lange her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir von den Naturschutzgebieten zu den Landschaftsschutzgebieten. Ihre diesbezügliche Antwort in der Interpellation ist geradezu manipulativ. Das Landschaftsschutzgebiet Inntal-Süd wird als neu geschaffen dargestellt. Fakt ist aber, dass Sie das alte Landschaftsschutzgebiet durch eine neue Verordnung sogar noch um 650 Hektar verkleinert haben. Das wird dann als neuer Erfolg verkauft. Das ist wirklich zum Schämern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich die Zahlen insgesamt anschaut, so ergibt sich, dass die Landschaftsschutzfläche in Bayern im Alpenbereich in den letzten Jahren de facto um 900 Hektar zurückgegangen ist. Das lässt sich nicht mit dem Naturschutzprotokoll der Alpenkonvention in Einklang bringen. So kann das wirklich nicht weitergehen.

Die Beantwortung der Interpellation hat uns leider auch deutlich gezeigt, dass der Erhalt und der Schutz unserer einzigartigen bayerischen Landschaft nicht auf der politischen Agenda dieser Staatsregierung

stehen. Sie nehmen weder Rücksicht auf die Natur noch auf den Wirtschaftszweig Tourismus in den Alpen. Ich weiß, dass Sie es kaum noch hören können, aber wenn Sie sich die Zahlen, beispielsweise jene des Tourismusverbandes, anschauen, erkennen Sie: Der Sommertourismus in den Alpen nimmt zu. Das Bedürfnis, die schöne Natur, die einmalige Landschaft, die Ruhe zu genießen und Erholung zu finden, ist der Hauptgrund für diesen Tourismus in den Alpen. Gerade diesen Bereich, der wirklich von unserem Naturwunder Alpen lebt, zerstören Sie mit jedem Eingriff für ein absurdes Wettrüsten der Skigebiete. Jedes Jahr geht es ein Stück weiter, und das alles angeheizt durch Steuermillionen für immer neue Schneekanonen und neuen Skiliftbau. Dieser Umweltvandalismus – so muss man es wirklich nennen – schreitet in immer sensiblere Gebiete voran. Die Interpellation zeigt ganz deutlich, dass Sie in der letzten Zeit bei immer mehr neuen Beschneiungsanlagen eine Umweltverträglichkeitsprüfung gebraucht haben. Sie greifen in immer sensiblere Gebiete ein, und das alles – man kann es nur so deutlich sagen – für ein Tourismuskonzept, das langfristig in Bayern keine Zukunft hat. Es ist absolut unstrittig, dass der Klimawandel, also der Temperaturanstieg, in den Alpenregionen doppelt so schnell voranschreitet wie im Durchschnitt. Das heißt, die Zukunft des Wintersports wird nicht in Bayern liegen. Hier sind wirklich neue Konzepte gefragt. Darauf geben Sie keinerlei Antworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann es sich so vorstellen: Die CSU-Staatsregierung baut in Bayern mit Steuermillionen eine Sackgasse immer weiter aus, anstatt den Weg in die Zukunft zu weisen.

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen und habe an Sie, Frau Ministerin Scharf, eine dringliche Bitte. – Der CSU-Fraktionsvorsitzende Kreuzer hat ja leider gerade den Saal verlassen. Ich muss Sie wirklich bitten, standhaft zu sein und dabei zu bleiben, dass wir die Schutzzone C erhalten und dass die Skischaukel am Riedberger Horn nicht umgesetzt wird. Sollte es dazu kommen, können Sie die Alpenkonvention im wahrsten Sinne des Wortes in die Tonne treten. Wenn Sie dort das Fass aufmachen, verstoßen Sie in vielen Bereichen gegen die Konvention. Sie müssen Ihren CSU-Kolleginnen und Kollegen wirklich ins Gewissen reden und Ihnen deutlich machen, dass das dort nicht umgesetzt werden kann.

Zusammenfassend kann man sagen: Ein völkerrechtlicher Vertrag, der fast 25 Jahre alt ist, wird von der Staatsregierung eigentlich nur als reine Feiertagscharta angesehen, als ein Dokument, das man gerne aus der Schublade nimmt, um Umweltverbände zu

beruhigen. Unsere Alpenlandschaft wird hingegen in keiner Weise geschützt und erhalten.

Wir fordern die Staatsregierung auf, die Alpenkonvention endlich ernsthaft und konsequent in Bayern umzusetzen. Dies ist ihre Aufgabe. Zehn Jahre hat man vertan. Jetzt ist es wirklich Zeit zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Beißwenger von der CSU das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich muss in meiner Rede einiges, was Herr Hartmann gesagt hat, richtigstellen. Die Alpen brechen nicht zusammen. Es wird einiges getan.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie wir alle wissen, sind die Alpen der größte Natur- und Kulturraum Mitteleuropas. In acht Staaten prägen sie Landschaft und das Leben der dortigen Bevölkerung. Zudem ziehen sie mit ihrer einzigartig faszinierenden Landschaft Erholungssuchende aus der ganzen Welt an. Die Alpenkonvention wurde zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung dieser Region mit ihren klimatischen, ökologischen und naturräumlichen Besonderheiten beschlossen.

Gemeinsam mit allen anderen Alpenstaaten leisten wir in Deutschland, besonders in Bayern, unseren Beitrag. In sogenannten fachlichen Protokollen wird zu einzelnen Fachbereichen festgelegt, welche konkreten Schritte zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen ergriffen werden sollen. Die Themen der acht Protokolle umfassen verschiedene Sachbereiche wie Berglandwirtschaft, Naturschutz, Landschaftsplanung, Bergwaldtourismus, Bodenschutz, Energie, Verkehr, Entwicklung und Raumplanung.

Über alle Protokollbereiche hinweg können wir festhalten: Bayern hält sich nicht nur an die Bestimmungen der Konvention, sondern leistet auch einen aktiven Beitrag bei der Umsetzung sowohl in materieller Hinsicht als auch durch seine Beteiligung in den Gremien.

(Beifall bei der CSU)

Den Vorsitz der Alpenkonvention hat aktuell Deutschland inne. Das bayerische Umweltministerium unterstützt das Bundesumweltministerium während der zweijährigen deutschen Präsidentschaft in der Alpen-

konvention. In den letzten Jahren wurden im bayerischen Landesentwicklungsprogramm explizit Verweise auf die Alpenkonvention aufgenommen.

Was wir hierzu sicherlich nicht brauchen, sind neue Protokolle, etwa für Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung oder Kultur sowie zusätzliche nationale Vollzugsregelungen. Hierfür gibt es teilweise entsprechende EU-Richtlinien. Außerdem hat hierzu ein Vergleich im Jahr 2006 gezeigt, dass die einzelnen Bestimmungen der acht Durchführungsprotokolle in Deutschland bereits hinreichend Entsprechungen im innerstaatlichen Recht finden. Was wir aber sehr wohl in den Vordergrund stellen müssen, ist Folgendes: Wir müssen die Kernanliegen besser vermitteln und umsetzen, anstatt neue und zusätzliche rechtliche Regelungen zu schaffen.

Bayern bringt gegenüber dem zuständigen Bundesumweltministerium wie auch in den Alpenkonventionsgremien stets zum Ausdruck, dass nur mit einer stärkeren Umsetzungsarbeit durch konkrete Maßnahmen vor Ort und durch eine bessere Einbindung der Kommunen und der Bürger eine höhere Akzeptanz erzielt werden kann. Bayern hat sich in den Alpenkonventionsgremien erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Überprüfungsberichte zur Einhaltung der Konventionsbestimmungen alle zehn statt alle zwei Jahre erstellt werden; es soll schließlich am Ende ein Mehrwert für die Umwelt herauskommen und nicht nur dicke Akten und bürokratische Strukturen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Die Frage war, was man dafür tut. Deshalb sage ich jetzt etwas zu den Förderaktivitäten und den Investitionen der Staatsregierung. Natur- und Umweltschutz zieht sich seit vielen Jahrzehnten wie ein roter Faden durch die bayerische Politik. Am 8. Dezember 1970 hat der Bayerische Landtag die Gründung des Bayerischen Staatsministeriums für Umweltfragen und Landesentwicklung beschlossen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es war nicht nur das erste Umweltministerium Deutschlands, nicht nur das erste in Europa, sondern das erste Umweltministerium weltweit. Unsere Staatsregierung behält diesen Weg der Nachhaltigkeit bei, wie man an den vielfältigen finanziellen Fördermaßnahmen und Investitionen zugunsten des Alpenraums sieht. Es sind einige ehemalige Umweltminister anwesend, außerdem unsere aktive Umweltministerin. Ich erinnere mich daran, wie ich mit Marcel Huber in Sonthofen das Moor besucht habe. Überall hat man gesehen, was mit diesen Mitteln getan worden ist.

In den Bereichen Hochwasserschutz, Alm-/Alpwirtschaft, ökologischer Landbau, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflege, Schutzwaldsanierung, Schutzwaldpflege, Waldumbau, Biomasse, Ausbau ÖPNV und so weiter – gilt unser Dank nicht nur Umweltministerin Ulrike Scharf, sondern auch und vor allem unserem Landwirtschaftsminister Helmut Brunner für die Unterstützung der Berggebiete. Ich erinnere mich gut an die Verhandlungen zum letzten KULAP, in denen der Minister immer Wert darauf gelegt hat, dass man die Berggebiete unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Der bayerische Alpenraum gehört zu einem Schwerpunktgebiet für Fachprogramme des Naturschutzes. In ganz Bayern entfallen allein ein Viertel der Ausgaben für den Vertragsnaturschutz und 80 % für den Erschwernisausgleich auf Feuchtflächen auf die Gebietskulisse der Alpenkonvention.

Das Engagement im Naturschutz zeigt sich auch in zahlreichen Artenhilfsprogrammen. Wir wissen alle, in den vergangenen Jahren sorgte die natürliche Zuwanderung vereinzelter, ehemals auch in den bayerischen Alpen heimischer Großsäuger, Wölfe und Bären, für mediale Furore.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Stoiber hat ihn abgeschossen!)

Für den Umgang mit Interessenkonflikten, die durch Wildtiere verursacht werden können, hat die Staatsregierung ein Wildtiermanagement etabliert.

(Florian von Brunn (SPD): Und der Landwirtschaftsminister will wolfsfreie Zonen!)

Dieses Management berücksichtigt die speziellen Ansprüche der Menschen und der Wildtiere, die in einer Region leben, gleichermaßen. Das soll insbesondere der Verbesserung der Akzeptanz dienen. In diesem Zusammenhang tourt auch die Ausstellung "Die großen Vier – vom Umgang mit Bär, Wolf und Luchs" durch ganz Bayern.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist jetzt Heuchelei!)

Es gibt den "Ausgleichsfonds Große Beutegreifer", der mit Unterstützung des Bayerischen Naturschutzfonds Landwirten Schäden ersetzt, die durch die streng geschützten Wildtiere Bär, Wolf und Luchs verursacht werden.

Darüber hinaus haben das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium im Jahr 2010 einen Präventionsfonds eingerichtet, der insbesondere für Herden-

schutz- und Präventionsmaßnahmen zur Verfügung steht. Ziel ist die Erprobung von Maßnahmen im Bereich des Herdenschutzes sowie eine mögliche finanzielle Förderung und Beratung. Der Fokus der Herdenschutzmaßnahmen liegt auf der Abwehr der großen Beutegreifer. Hierbei kommen vor allen Dingen Elektrozäune sowie die Beratung zum Thema Herdenschutzhund zum Einsatz.

Dazu darf ich etwas aus der Praxis sagen als Alpbesitzer und Bergbauer, als Mensch, der in der Region lebt und auch im Naturschutz tätig ist, da ich mich seit Jahren bis heute um aussterbende Nutztiere kümmerge, und der selbst Eigentümer eines solchen Herdenschutzhundes war. Das klingt alles gut, und die Beratung ist auch wichtig. Aber die Gefahr kommt auf einmal nicht mehr allein vom Wolf; denn wenn der Herdenschutzhund im Kaukasus eingesetzt wird oder in den Pyrenäen, weitab von den Menschen, ist das eine andere Sache. Wenn wir ihn aber bei uns im dicht besiedelten Gebiet einsetzen, wird die Herde nicht nur vor Wölfen geschützt, sondern vor allem, was der Hund vermeintlich als Angreifer feststellt. Das geht leider so weit, dass mein Hund auch einmal einen Wanderer apportieren wollte.

(Zurufe von der SPD)

Von daher müssen wir einfach bedenken, dass es hierbei immer wieder Probleme gibt.

(Zuruf von der SPD: Das passiert in der Stadt auch!)

– Das ist mehr als bellen. Aber Sie können gerne einmal vorbeikommen. Ich bin da nicht zu hören.

Die Alpen sind ein Beispiel für eine vom Menschen geformte Umwelt. Ihre Landschaft ist im Laufe von Jahrhunderten durch die Präsenz von Menschen und die damit einhergehenden sozialen, kulturellen und, nicht zu vergessen, auch wirtschaftlichen Aktivitäten entstanden. Eine besondere Bedeutung haben die Almen und Alpen. Ohne die Bewirtschaftung durch Generationen von Alm- und Alpbauern, ohne ständige Pflege und regelmäßiges Beweiden würde ein Großteil der Flächen verfallen, verheiden, das heißt, sie würden zuwachsen und verbuschen. Die Biodiversität im Alpenraum wird durch die alpwirtschaftliche Nutzung gefördert.

Umso mehr freut es mich, dass in den letzten zehn Jahren, also dem Zeitraum, in dem sich angeblich alles so verschlechtert haben soll, auf keiner der 1.400 Almen oder Alpen die Bewirtschaftung der Flächen aufgegeben wurde. Hierzu haben unter anderem auch Maßnahmen zur Förderung des Wegeausbaus,

aber auch wegeunabhängige Maßnahmen zur Erleichterung der Bewirtschaftung beigetragen.

Alm- und Alpwirtschaft stehen nicht nur für Brauchtum und Tradition, unsere aktiven Alpbauern erfüllen unverzichtbare wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Aufgaben. Gleichzeitig verzichten sie hierbei auf so manchen Komfort, den der moderne Mensch sonst so gern für sich beansprucht. Nicht ohne guten Grund ist im Protokoll "Berglandwirtschaft" der Alpenkonvention auf die besonders erschwerten Lebens- und Produktionsbedingungen hingewiesen worden, unter denen die Landwirte in den Berggebieten tätig sind. Genau diesen Bergbauern möchte ich hier auch für die naturnahe und landschaftspflegende Bewirtschaftung besonders danken. Ihnen verdanken wir viel.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Auch die Förderung der Zucht und Haltung gefährdeter einheimischer Nutzierrassen ist uns wichtig. Neben der Bewahrung der Bestände ist es ein wesentliches Ziel, die Populationen wieder zu vergrößern. Bei den vom Aussterben bedrohten Nutzierrassen hat sich die Zahl der geförderten Tiere bei Rindern und Pferden in den letzten zehn Jahren verzehnfacht; auch bei Schafen ist die Tendenz positiv.

Zum Erhalt der genetischen Vielfalt bei Kulturpflanzen werden im KULAP verschiedene Maßnahmen angeboten. In der Regel leisten alle Grünlandmaßnahmen einen Beitrag. Erwähnenswert sind hier der Erhalt artenreicher Grünlandbestände sowie die Mahd von Steilhangwiesen.

Zum Klimawandel generell: Der Klimawandel und seine Folgen sind ein globales Phänomen. Häufige Starkregen-Ereignisse können hier beispielsweise zu Überschwemmungen, Felsstürzen und Murenabgängen führen. Der Freistaat Bayern stellt den Gemeinden nicht nur Informationen über Naturgefahren zur Verfügung, sondern es werden Gefahrenhinweiskarten für Georisiken erstellt.

In den kommenden zehn Jahren soll in den Hochwasserschutz kräftig investiert werden. Ein Drittel der geplanten Ausgaben kann der natürlichen Gewässerentwicklung und der Renaturierung zugeordnet werden. In allen drei Regionen, die von der Alpenkonvention betroffen sind, im Allgäu, im Oberland und in Südostbayern, sind Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen festgelegt. In diesem Zusammenhang kommt nicht nur dem Bergwald eine besondere Aufgabe zu. Das Protokoll betont seine Rolle als wirksamster, wirtschaftlichster und landwirtschaftsgerechtester Schutz gegen Naturgefahren

sowie seine Bedeutung, Kohlendioxid klimawirksam zu binden und für einen regionalen Klimaausgleich zu sorgen.

Darüber hinaus werden auch die Sicherung der Erholungsfunktion des Waldes sowie seine Funktion als Quelle erneuerbarer Rohstoffe genannt. Gerade der Rohstoff Holz hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch einen Hinweis auf die aktuelle Verbissituation im Bergwald. Die Zahlen hat unser Landwirtschaftsminister Brunner erst vor 14 Tagen vorgestellt. Der Verbiss ist bei Buche und Tanne um circa 20 %, bei der Fichte um ein Viertel zurückgegangen. Ich möchte hier explizit den Jägern und Waldbesitzern für die gute Zusammenarbeit danken. Die Entwicklung seit 2012 zeigt, dass im Bergwald die Verbissituation durch das gute Miteinander stark verbessert wurde.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD):
Das ist Schönfärberei!)

Der Erhalt eines funktionsfähigen Schutzwaldes ist zentraler Baustein der bayerischen Klimaanpassung. Zwischen 2005 und 2014 wurden zur Sanierung des Schutzwaldes bei leicht steigender Tendenz der Sanierungsflächen 27,8 Millionen Euro eingesetzt.

Nur kurz zum Thema Tourismus und Flächennutzung: Die Alpen sind neben Lebens- und Wirtschaftsraum natürlich auch ein attraktives Ziel für Touristen, und zwar im Sommer wie im Winter. Wir legen immer Wert darauf, dass es sich um einen nachhaltigen und verträglichen Tourismus handelt. In unterschiedlichen Genehmigungsverfahren wird sowohl auf die Umweltverträglichkeit als auch auf die Weiterentwicklung des touristischen Angebotes geachtet, ohne die Belange der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit außer Acht zu lassen. Vieles trägt zu einem naturverträglichen Tourismus bei. Es werden nicht nur Veranstaltungen wie die Bayerntour unterstützt, sondern es gibt mittlerweile auch ein Bayernnetz für Radler und Hotels wie zum Beispiel die Explorer-Hotels, die ausschließlich regenerative Energien verwenden.

Ein wesentlicher Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung ist auch flächensparendes und bodenschonendes Vorgehen. Das wurde bereits erwähnt. Seit 2007 findet im zweijährigen Turnus beispielsweise das Bayerische Flächensparforum statt, und zwar war es 2013 in Sonthofen und 2015 in Bad Reichenhall. Das LEP verfügt mit dem Alpenplan über ein Instrument, das die Flächenansprüche für die Infrastrukturen, für die ökologischen Schutzzwecke, für touristische Ansprüche, für die Abwehr von Naturgefahren sowie für

den Schutz des Menschen zu einem angemessenen Ausgleich bringt.

Zur Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen und Kommunen will ich am Ende nur noch kurz sagen: In den letzten Jahren hat die Unterstützung der Kommunen sehr stark zugenommen. Ich möchte insbesondere die Kooperation mit dem Gemeindeförderungswerk "Allianz in den Alpen" hervorheben. "Austauschen, anpacken und umsetzen" ist der Leitgedanke dieses Netzwerkes.

Darüber hinaus fördert der Freistaat Aktivitäten von Nicht-Regierungsorganisationen, zum Beispiel im Rahmen des Landesförderprogramms oder mithilfe geeigneter EU-Förderprogramme. Ein besonderes bayerisches Anliegen ist dabei, die Arbeit stärker umsetzungsorientiert auszurichten und vor allem so zu gestalten, dass die Konvention vor Ort insbesondere auf kommunaler Ebene auf mehr Akzeptanz stößt. Dies erfordert es, die Alpenkonvention stärker als integrativen Gestaltungsrahmen zu nützen, statt stets ihren einschränkenden Charakter als Rechtsvorschrift zu betonen. Die bayerischen Alpen dürfen nicht zu einem Gebiet mit Betretungsverbot werden, das die Menschen ausschließt; denn es ist immer noch ihre und unsere Heimat.

(Florian von Brunn (SPD): Wer will das denn?)

Mir persönlich ist es wichtig, die Bewohner der Region mitzunehmen. Die Bewohner leben schließlich in, mit und von der Region, und nur mit ihnen zusammen wird die Alpenkonvention mit Leben erfüllt und positiv wahrgenommen. Es sind genau diese Menschen und ihre Vorfahren, die den Alpen ihr unvergleichliches Gesicht gegeben haben. Wir haben es nämlich in großen Bereichen nicht mehr mit einer Natur-, sondern mit einer Kulturlandschaft zu tun. Ich will hierzu abschließend Artikel 4 aus dem Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention im Bereich der Berglandwirtschaft zitieren:

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass insbesondere in den Berggebieten die Landwirtschaft im Laufe der Jahrhunderte die Landschaft geprägt und ihr historischen Charakter sowie kulturellen Wert verliehen hat. Die Landwirte sind deshalb auch in Zukunft aufgrund ihrer multifunktionalen Aufgaben als wesentliche Träger der Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft anzuerkennen und in die Entscheidungen und Maßnahmen für die Berggebiete einzubeziehen.

Es geht hier um ein Miteinander statt um ein Gegeneinander. Ich will das Ganze ausdehnen; denn es geht hier nicht nur um die Bauern, sondern um die ganze

Bevölkerung, die in den Alpen lebt. Auch der Tourismus ist für deren Existenz bedeutend – auch für die Existenz der Landwirte; das sage ich in aller Deutlichkeit, weil auch der Alm- oder Alpbauer seine Buttermilch und seine Brotzeit verkauft. Auch er braucht den Tourismus. Die Bevölkerung ist hier das Salz der Berge, und sie prägt sie weiter. Deren Wille muss gehört werden.

Der Kollege ging eben auf Grasgehren und das Riedberger Horn ein. Er hat versucht, die Ministerin unter Druck zu setzen. Das Ganze geht sowohl mit der Alpenschutzkonvention als auch mit dem Bodenprotokoll konform. Das wollen wir hier festhalten.

Ich danke ausdrücklich auch unserem Vorsitzenden des Arbeitskreises Umwelt, Herrn Dr. Otto Hünnerkopf, der zusammen mit dem Arbeitskreis der Fraktion das Gebiet besucht hat, damit wir es uns in Ruhe anschauen und uns ein Bild von der Situation machen können.

Wir haben eben gehört: Egal, wo die Menschen leben, sie sollten gleichbehandelt werden. Das war auch Ziel der Enquete-Kommission. Deshalb müssen die vor Ort lebenden Menschen gehört und muss unterschieden werden; denn die Forderungen stammen nicht von irgendwelchen anonymen Bergbauern, sondern die Bergbauern sind involviert und haben untergeschrieben, dass sie das Ganze unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Es fehlt diesen Menschen an Existenzmöglichkeiten, wenn der Tourismus nicht fortentwickelt werden kann und darf.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ein Rückschritt und keine Fortentwicklung!)

– Das sagen Sie. Ich sage Ihnen, was in der Alpenkonvention steht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, Sie schreien laut, aber deshalb wird es nicht wahrer. In der Alpenkonvention steht ausdrücklich, dass man einen gelenkten Tourismus will. Ich lade Sie alle ein, an einem Neuschnee-Morgen auf das Riedberger Horn zu kommen. Sie werden sehen, dass Skitourengeher und Schneeschuhwanderer sozusagen schon mit der Stirnlampe die Alpenzone C erschlossen haben. Ihr Quellgebiet der Birkhühner ist also nicht mehr unberührt.

(Florian von Brunn (SPD): Der Lift macht es dann besser?)

Deshalb ist ein gelenkter Tourismus auch für die Natur immer besser. Über Angleichungsmaßnahmen können wir immer noch reden. Wir werden auf große Zustimmung stoßen, wenn wir dort ein Betretungsverbot erlassen, wo die Natur ihren Teil an sich nehmen kann. Das Zielangleichungsverfahren klingt furchtbar bürokratisch, meint aber etwas ganz Einfaches: Unter gewissen Umständen ist es möglich, von der strengen Grenzziehung der Schutzkorridore im bayerischen Alpenraum abzuweichen, wenn ein entsprechendes öffentliches Interesse besteht. Das wird man in Ruhe darstellen. Aber wenn Sie vor dem Klimawandel warnen, muss man ganz klar sagen: In dem Gebiet, über das wir reden, gibt es Schnee ohne Ende. Das heißt, das nicht fortzuentwickeln, wäre eine Schande.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, ich lade Sie ausdrücklich ein, mit mir hinzugehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Ich lade Sie ein, dass wir das Gebiet auch einmal zu Fuß erschließen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das kann ich selber ohne Sie! – Allgemeine Heiterkeit)

Da ziehen wir unsere Wanderschuhe an, gehen zusammen hoch und schauen, wie es dort aussieht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kamm, Zwischenrufe sind erlaubt, aber Zwischenschreie nicht.

Eric Beißwenger (CSU): Danke, Herr Präsident. Ich schreie zurück. – Ich halte es für ganz vermessen, eine Entscheidung, die dort von allen Kommunalparlamenten mit Bürgermeistern mitgetragen wird, einfach zu übergehen. Das halte ich für etwas ganz Respektloses. Das hat mit der Alpenkonvention nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, dass das alles nicht die massive Relevanz hat, zu der es hochgespielt wird. Ich muss ganz klar sagen: Die Alpen würden nicht zusammenbrechen, wenn da eine Bergbahnverbindung käme. Aber das Verfahren läuft. Es wird in Ruhe geprüft und dann entschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Kollege Hartmann hat sich zu einer Zwischenbe-

merkung gemeldet. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Danke für Ihre Ausführungen. Gerade haben Sie gesagt, dass es massenweise Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung gäbe, in welche die Kommunen eingebunden werden, die Sie als wichtige Akteure im Alpenschutz erwähnt haben. Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es die Staatsregierung im Rahmen der Beantwortung gerade mal geschafft hat, vier ganze Projekte in zehn Jahren aufzuführen? Ist das nicht etwas wenig? Das sind vier Projekte in zehn Jahren für alle Kommunen am Alpenrand. Das verkaufen Sie als Erfolg. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich das Gefühl habe, Sie haben das nicht gelesen. Oder geben Sie sich mit vier Projekten in zehn Jahren zufrieden?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das steht halt auf dem Papier, das er vorgelesen hat!)

Das ist wirklich lächerlich und erbärmlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Beißwenger, Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Hartmann, was soll ich dazu sagen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Das ist ganz einfach. Die Antwort könnte Sie vielleicht verunsichern. Wir könnten jetzt stundenlang über die Gesamtzahl der Projekte reden. Das wäre überhaupt kein Thema. Die Alpen haben sich fortentwickelt. Glauben Sie mir das, ich lebe da.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "DER SPIEGEL" widmete den Alpen im Jahr 1977 eine Titelgeschichte. Es ging um die Situation nach dem massiven Ausbau des Tourismus in den Sechziger- und Siebzigerjahren. Bayerns Gebirge erscheine "Millionen von Bundesbürgern zwar immer noch als Idyll voller Enzian und Edelweiß, Almenrausch und Alpenglühen, wo der Wildbach rauscht und der Förster im Silberwald pirscht". Aber die Alpen seien bedroht von den Folgen des Massentourismus, von Zersiedlung

und Landschaftszerstörung. In derselben Ausgabe legte der Fernsehjournalist und Naturschützer Horst Stern den Finger auf die Widersprüche: "Erst geht die Kuh, dann geht der Gast – wen soll man da noch melken?"

Unter Ministerpräsident Goppel und mit Max Streibl als erstem Umweltminister eines deutschen Bundeslandes wurde 1972 der Bayerische Alpenplan verabschiedet. Im Jahr 1984 fasste der Bayerische Landtag seinen Bergwaldbeschluss. Im Jahr 1989 verabschiedeten die Alpenstaaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf der ersten Alpenkonferenz in Berchtesgaden die Berchtesgadener Resolution, die Grundlage für die spätere Alpenkonvention. Der Abschluss der Alpenkonvention war ein wichtiger Schritt zum Schutz der Alpen. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute diskutieren, wo Bayern bei der Umsetzung dieser Konvention steht.

Die Alpen mit ihren traditionellen Erwerbs- und Lebensformen waren und sind prägend für Heimat und Gesellschaft. An dieser Stelle wundere ich mich, dass der Heimatminister dieser Debatte nicht beiwohnt.

(Zurufe von der CSU: Der ist doch da!)

- Er sitzt da hinten. Das ist wunderbar, umso mehr freuen wir uns. – Der Naturraum Alpen ist eine Schatzkammer der Natur und ein Menschheitserbe. Die bayerischen Alpen sind die artenreichste Region des Freistaats. Viele Pflanzenarten gibt es nur in den Alpen. Das Gleiche gilt für viele Tierarten. Viele der Arten- und Lebensräume der Alpen sind in den Anhängen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie - und der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt und stehen damit unter besonderem Schutz.

In Sonntagsreden und Hochglanzprospekten betont die Staatsregierung gerne die Bedeutung der Alpen. In Wirklichkeit mangelt es in Bayern jedoch an einer Alpenpolitik, die der Alpenkonvention wirklich ausreichend Rechnung trägt. Das zeigt sich symbolhaft schon daran, dass im Bayernplan der CSU das Wort "Alpen" nicht ein einziges Mal auftaucht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Mit dem Protokoll "Naturschutz und Landschaftspflege" zur Alpenkonvention hat sich Deutschland verpflichtet, die alpine Natur und Landschaft zu schützen, zu pflegen und, wo notwendig, wiederherzustellen. Das Protokoll schreibt vor, bei Planungen die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Bei Eingriffen müssen sowohl die direkten als auch die indirekten Einwirkungen überprüft werden. Nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen dür-

fen nur unter sehr restriktiven Bedingungen zugelassen werden. Die Realität in Bayern ist eine andere. Die Genehmigungspraxis bei Projekten, die erheblich in die Natur eingreifen, ist mehr als lasch. Im Zweifel gilt doch: Der Investor hat Vorrang. Das ist doch die Realität.

Die Probleme beginnen bei unzureichenden Unterlagen und enden bei der fehlenden Durchsetzung und Kontrolle von Auflagen und Ausgleichsmaßnahmen. So muss die Regierung in der Antwort auf die heute aufgerufene Interpellation einräumen, dass bei allen seit 2006 durchgeführten FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen kein einziges Vorhaben wegen erheblicher Beeinträchtigung abgelehnt wurde. Artikel 11 des Protokolls "Naturschutz und Landschaftspflege" verpflichtet die Vertragsparteien, Schutzgebiete nicht zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Nach Möglichkeit sind auch neue Schutzgebiete auszuweisen. In den letzten zehn Jahren wurde aber nur ein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Herr Kollege Hartmann hat bereits ausgeführt, dass dies nach dem Prinzip "aus Alt mach Neu" geschieht. Netto wurden mindestens 900 Hektar an Flächen aus bestehenden Landschaftsschutzgebieten herausgenommen. Ein neues Naturschutzgebiet wurde überhaupt nicht ausgewiesen. Nebenbei bemerkt: Der Landkreis Miesbach würde sich als einziger Alpenlandkreis ohne Naturschutzgebiet mit dem Rotwandgebiet durchaus aufdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Es scheint sogar, dass die Entwicklung in die gegenteilige Richtung geht. Herr Kollege Beißwenger, am Riedberger Horn soll ein neuer Verbindungslift zwischen den Skigebieten Balderschwang und Grasgehren in der Schutzzone C des Bayerischen Alpenplans in einem rutschanfälligen Gebiet gebaut werden. Das hat das Landesamt für Umwelt festgestellt. Das steht in klarem Widerspruch zum Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Dabei wird in Kauf genommen, dass ein wichtiger Bestand des streng geschützten Birkhuhns, von dem es in Bayern nur noch rund 300 Brutpaare gibt, gefährdet wird und ein FFH-Gebiet mit großen Biotopflächen betroffen ist. Zudem soll Bergwald gerodet werden. Das steht im Widerspruch zum Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags, der Rodungen für neue Freizeiteinrichtungen verbietet.

Sie haben das Argument angeführt, es handle sich um das schneesicherste Gebiet Bayerns – Bayerisch-Sibirien. Ich frage Sie: Warum sind dann eine künstli-

che Beschneuerung sowie ein großes Beschneigungsbecken geplant?

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, was am Riedberger Horn passiert, markiert in Wirklichkeit einen Wendepunkt. Mit Macht werden neue Präzedenzfälle geschaffen und wird Profit vor Natur gestellt. Haben die Alpenkonvention, der Bayerische Alpenplan, der Bergwaldbeschluss und der Alpenschutz insgesamt für Staatsregierung und CSU-Fraktion noch irgendeine Bedeutung?

Ein wichtiges Thema, das aus unserer Sicht zu wenig Beachtung findet, ist der Klimawandel in den Alpen. Durch die Klimaerwärmung werden sich die Grenzen der Verbreitungsgebiete vieler Arten verschieben. Arten mit höheren Temperaturansprüchen dehnen bereits heute ihr Areal aus. Dazu zählen zum Beispiel invasive Arten. Gleichzeitig kommt es zu einem Rückgang oder sogar zu einem Verschwinden von kältezeigenden und kontinentalen Arten. Besonders gefährdet sind Tier- und Pflanzenpopulationen mit beschränkten Ausbreitungsmöglichkeiten und kleinen oder fragmentierten Arealen. Ein Naturschutz, der sich auf kleinflächige isolierte Schutzgebiete beschränkt, kann den damit verbundenen Verlust an Biodiversität nicht ausgleichen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es erforderlich, gerade in den Alpen einen großräumigen Biotopverbund zu schaffen. Bestehende Schutzgebiete müssen gegebenenfalls erweitert und neue Schutzgebiete ausgewiesen werden, wo neue Lebensräume entstanden sind oder entstehen. Gerade für den Prozessschutz müssen deutlich größere Flächen zur Verfügung gestellt werden. Es müssen weitere Naturwaldreservate im Bergwald geschaffen werden, wie es der Artikel 10 des Bergwaldprotokolls der Alpenkonvention fordert. Der Anteil von nur 0,6 % an der Bergwaldfläche in Bayern reicht dafür nicht aus.

Das Bergwaldprotokoll fordert ausdrücklich die Begrenzung der Schalenwildbestände auf ein Niveau, das eine natürliche Verjüngung von Bergwäldern ohne besondere Schutzmaßnahmen – das betone ich besonders – ermöglicht. Das aktuelle Forstliche Gutachten, das auch Herr Kollege Beißwenger zitiert hat, zeigt, dass immer noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Durchsetzung des Grundsatzes "Wald vor Wild" spart im Übrigen dem Steuerzahler hohe Summen für Anpflanzungen, Wildschutzzäune und Lawinenverbauungen. Außerdem wird die Artenvielfalt gesichert und erhöht.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die künstlich beschneite Fläche in den bayerischen Alpen hat sich in den letzten zehn Jahren auf 723 Hektar verdoppelt. Diese Entwicklung wird durch die Staatsregierung angetrieben, die den Weg in diese Sackgasse vor dem Hintergrund des Klimawandels auf Kosten des Steuerzahlers immer weiter ausbaut.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau der künstlichen Beschneigung wird durch den Freistaat über die Seilbahnrichtlinie und, zusammen mit dem Bund, über die Spitzensportförderung gefördert. Mit der Änderung der Grundsätze für die Genehmigung von Beschneigungsanlagen im Jahr 2005 wurden die gesetzlichen Vorgaben deutlich gelockert. Die Ausführungen sind jetzt, lassen Sie mich das so formulieren, vor allem Kann- und Soll-Bestimmungen, die in der Realität auch noch flexibel ausgelegt werden.

Bei den zahlreichen Beispielen, vom Berchtesgadener Land bis in das Allgäu, ergibt sich fast überall das gleiche Bild: Rodung von Berg- und teilweise Schutzwald, Zerstörung von Biotopen und ein immer größerer Umgriff der künstlichen Beschneigung. Aus meiner Sicht ist das am besten in Garmisch-Partenkirchen sichtbar. Die dortigen Skigebiete und mit ihnen die künstliche Beschneigung wurden in den letzten 15 Jahren massiv ausgebaut, insbesondere für die Ski-WM 2011. Für den Aus- und Neubau der Kandahar-Strecke wurden mehr als 20 Hektar Bergwald gerodet und Almwiesen planiert. Der Ausbau und die Verbreiterung der FIS-Piste mit den damit verbundenen Erdarbeiten führten zu massiven Erosionserscheinungen und Hanglabilitäten.

Wegen des immensen Verbrauchs wird Wasser aus dem Tal aus alten Tiefenbrunnen auf den Berg gepumpt und bei zu hohen Temperaturen auch noch künstlich gekühlt. Im Winter 2010/2011 wurde während der Ski-WM durch die massive Beschneigung ein Verbrauchsrekord erreicht. 350.000 Kubikmeter Wasser wurden für die künstliche Beschneigung eingesetzt.

Tatsächlich haben sich aber die Investitionen in die Wintersport-Infrastruktur für Garmisch-Partenkirchen offensichtlich nicht gelohnt. Der Ort ist hoch verschuldet. Unter dem früheren Bürgermeister wurden sogar die rund 200 Sozialwohnungen verkauft; stattdessen wurde in Schneekanonen investiert. Der Aus- oder Neubau künstlicher Beschneigungsanlagen hat aber auch schwerwiegende Umweltauswirkungen. Besonders negativ wirken die Maßnahmen oberhalb der Baumgrenze, wo die Vegetation besonders sensibel ist. Aber auch darunter gibt es erheblich negative

Konsequenzen. Die schweren Erdarbeiten ziehen sich vom Tal bis zur Bergstation und zerstören die Alpenvegetation.

Das Ziehen von Gräben, die Verlegung von Leitungen und Pistenplanierungen führen zusammen mit dem Kunstschnee, der viel mehr Wasser enthält als der natürliche Schnee, zu einem völlig veränderten Wasserablauf und damit vielfach zu Erosionen. Der enorme Wasserbedarf für die Beschneigung verändert den gesamten Wasserhaushalt am Berg, weit über das Skigebiet hinaus, mit fatalen Auswirkungen auf die Natur. Da das Wasser für die Beschneigung meist viel nährstoffreicher ist als natürlicher Schnee, verändert sich die Zusammensetzung der Vegetation. Das ist das Ende der natürlichen und standortüblichen Flora. Ein drastischer Rückgang der Artenvielfalt und der Verlust seltener Pflanzen ist häufig die Folge. Das widerspricht aber dem Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention, das darauf abzielt, ökologische Bodenfunktionen qualitativ und quantitativ langfristig zu erhalten.

Auch die Tierwelt wird durch den Bau gestört und beeinträchtigt, am Tag durch den Betrieb und in der Nacht durch die Pistenpräparierung. Interessanterweise wird der Ausbau der künstlichen Beschneigung von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. In einer bundesweiten Umfrage von "ZEIT ONLINE" im Januar 2015 lehnten dies bundesweit 56 % der Befragten ab. In Bayern waren es sogar 61 %. Die Menschen kommen nämlich in ihrer Mehrzahl nicht zum Skifahren nach Bayern. Sie suchen vielmehr Naturerlebnisse, Ruhe und Erholung. Nach einer Befragung der Fachhochschule Kempten betreiben nur 20 % der Gäste im Allgäu Wintersport. In Oberbayern sieht es ähnlich aus: In Garmisch-Partenkirchen kommen 60 % der Gäste im Sommer. Mehr als 70 % - manche Studien sprechen sogar von mehr als 85 % - betreiben kein Alpin-Skifahren.

Die für das Bundesumweltministerium" erstellte Studie "Reiseanalyse 2014 – Nachfrage für nachhaltigen Tourismus" kommt zu dem Ergebnis: "Es gibt in Deutschland eine beträchtliche Nachfrage nach umweltfreundlichen und nachhaltigen Urlaubsangeboten - aber kein ausreichendes Angebot". Auch im Tourismus-Protokoll der Alpenkonvention werden eine nachhaltige touristische Entwicklung und umweltverträglicher Tourismus gefordert. Leider ist das bayerische Wirtschaftsministerium offensichtlich nicht bereit, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Stattdessen wird gebetsmühenhaft die Bedeutung der Wintersportindustrie betont, ohne dass diese Behauptung anhand von handfesten Zahlen erläutert wird, zum Beispiel durch die Darstellung, wie viele sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze, nicht prekäre

Beschäftigungsverhältnisse, tatsächlich am alpinen Skibetrieb hängen.

Dabei gibt es in Bayern viele gute, sogar hervorragende Ansätze auf kommunaler Ebene und auf Landkreisebene. Dort passiert das, was die Staatsregierung vermissen lässt. In der Ramsau wurde zum Beispiel das erste Bergsteigerdorf in Deutschland gekürt, eine Auszeichnung, die der Deutsche Alpenverein gerade vergeben hat. Ein weiteres Beispiel sind die Alpine Pearls, zum Beispiel die Gemeinden Bad Reichenhall und Berchtesgaden mit ihrem guten öffentlichen Verkehrskonzept. Außerdem nenne ich das Ökomodell Achenal und die Aktion des Alpenvereins "So schmecken die Berge".

Gerade die Verbindung von Tourismus, Naturschutz, extensiver Landwirtschaft und regionaler Direktvermarktung ist ein Erfolgsrezept für mehr Touristen und einen Wertschöpfungs-Spillover in andere Bereiche wie Landwirtschaft, Gastronomie und Gewerbe. Die Gemeinde Werfenweng im Salzburger Land bietet ein hervorragendes Beispiel für ein nachhaltiges und klimafreundliches Verkehrskonzept. Dafür gibt es aber auch in Deutschland Vorzeigeprojekte wie das Konzept "Bad Hindelang PLUS" oder die KönigsCard im Naturpark Ammergauer Alpen, die nicht nur die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs ermöglicht, sondern auch das Entleihen von Fahrrädern und Pelelecs.

Trotzdem ist ein weiterer Ausbau des umwelt- und klimafreundlichen Verkehrs für die Ferienregionen in den Alpen überfällig. Auf vielen Strecken reicht die Kapazität schlicht nicht aus; gerade an den Wochenenden sind die Bahnen und Busse überfüllt. Vor allem müssen mehr landkreisübergreifende Busangebote geschaffen werden. Ganz oben steht auch das Thema der Fahrradmitnahmemöglichkeiten in Bussen und Bahnen.

Fazit: In Bayern fehlt es an einer nachhaltigen Alpenpolitik, die sich an der Alpenkonvention orientiert.

(Beifall bei der SPD)

Das wird für mich an der Genehmigungspolitik deutlich, bei der die Natur das Nachsehen hat und die Ausnahme zur Regel gemacht wird. Das wird auch an dem von der Staatsregierung gezielt geförderten massiven Ausbau der künstlichen Beschneidung ohne Rücksicht auf Verluste sowie am Unwillen oder der Unfähigkeit, nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus ausreichend zu fördern, deutlich. Es wird schließlich an den Defiziten deutlich, den Naturraum Alpen ausreichend auf den Klimawandel vorzubereiten. Deswegen danke ich den GRÜNEN für ihre Interpellation. Ich hoffe, die Staatsregierung wird die heuti-

ge Debatte zum Anlass nehmen, ihre Politik in diesem Bereich grundsätzlich zu überdenken und deutlich mehr für den Schutz der Alpen zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Alpenvereins, des Vereins zum Schutz der Bergwelt, des Landesbundes für Vogelschutz, der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA Deutschland und von Mountain Wilderness bedanken. Ein herzliches Dankeschön gilt auch den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr Engagement zum Schutz der bayerischen Alpen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Streibl vom BÜNDNIS 90, nein, von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

(Heiterkeit)

Wenn man nach links schaut, kommt man schnell zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Heute hat er eine grüne Krawatte an!)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Deswegen müssten wir auch mehr in der Mitte sitzen. Dort sitzen aber welche, die eigentlich mehr nach links gehören würden. – Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Ministerin Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um das Thema Alpen geht, wird es oft irrational, sentimental oder unangemessen großwahn-sinnig. Entweder wird die Natur verklärt und romantisiert, oder es geht um gigantische Luxusprojekte, die geplant werden müssen, oder es geht um eine kitschige Almhüttengaudi. Das Bemerkenswerte dabei ist jedoch, dass die Aussagen dazu meist von Leuten kommen, die nicht im Alpenraum leben, sondern irgendwo außerhalb in Ballungszentren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Natur und Wildnis möchte ich eines festhalten: Eine Natur in ihrem eigentlichen Sinn und ihrer eigentlichen Definition, nämlich als vom Menschen unberührte Landschaft, haben wir im bayerischen Alpenraum seit vielen Jahren nicht mehr. Der Alpenraum ist eine von Menschenhand geschaffene Kulturlandschaft. Die ersten Siedler kamen bereits im dritten Jahrtausend vor Christus. Sie machten sich zuerst die oberen Hanglagen oberhalb der Waldgrenze nutzbar,

wo heute mancher Stadtmensch nur noch mit der Seilbahn hinaufkommt.

Zu Schaffung von Weideflächen wurden Brandrodungen durchgeführt. Die Menschen drangen in die mittleren Hanglagen vor und schließlich in die Täler, wo heute unser Siedlungsraum ist. Ich halte somit fest: Der Alpenraum ist Kulturlandschaft und vor allem Lebensraum für über 1,3 Millionen Menschen in Bayern. Die Menschen, die dort leben, stehen vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel wird die gesamte Region mittel- bis langfristig massiv verändern. Es geht nicht vorrangig darum, dass dann noch genügend Schnee für den Wintersport fällt. Es geht darum, dass die Menschen, die dort leben, auf die Gefahren, die der Klimawandel mit sich bringt, vorbereitet und vor ihnen geschützt werden, und darum, den Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum Alpen als Heimat für die Menschen, die dort leben, zu erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Alpenkonvention ist, wie wir heute schon gehört haben, ein völkerrechtlicher Vertrag. Die Staatsregierung betont in ihrer Vorbemerkung zur Interpellation, die Alpenkonvention solle mehr als Gestaltungsrahmen denn als Rechtsvorschrift gesehen werden. Dann werden seitenlange Loblieder gesungen, wie man welche Vorschrift schon erfolgreich umgesetzt hat. Aber das ist doch gar nicht das Thema, meine Damen und Herren. Wir sollten nicht darüber diskutieren, wie ein jeder von uns dieses komplexe Vertragswerk auslegt, sondern wir sollten uns um die Menschen kümmern, die letztlich betroffen sind, nämlich die Menschen, die in den Alpen leben. Ich werde das Gefühl nicht los, dass es den meisten hier gar nicht darum geht, für die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, den Lebensraum zu erhalten, zu gestalten und zu schützen, sondern eher darum, wie man für natursehnsüchtige Stadtmenschen die ideale Erholungslandschaft schafft, wie man Freizeitsportlern das beste Spektakel bieten kann oder wie man für die Naturfreaks eine seit Jahrtausenden nicht mehr existierende Wildnis wiederherzustellen versuchen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Alles Unterstellung!)

Die Alpen sind anscheinend für jeden da, aber nicht für die Menschen, die dort leben. Das muss man auch mal festhalten. - Im Rahmen der Alpenkonvention gibt es einige Projekte, die angestoßen wurden und die durchaus eine sinnvolle Bereicherung für die Bevölkerung darstellen. Ein besonderes Beispiel ist hierbei die Schaukäserei in Ettal, die nicht nur für Gäste und Touristen da ist. Auch viele Einheimische kaufen dort ihre Lebensmittel wie Butter, Käse und Joghurt ein,

weil sie wissen, wo diese Produkte herkommen, weil sie wissen, dass die Milch vom Nachbarhof kommt, und weil sie dort schmackhafte, hochwertige Lebensmittel bekommen.

Es gibt weitere positive Entwicklungen in der Region, die uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen. Die lokalen Dialekte als Träger von Kultur und Identität galten bis weit in die 1990er-Jahre als etwas Minderwertiges. Heute sind aber auch die jungen Leute wieder stolz darauf, dass man hört, wo einer herkommt. Sie kommen nach der Ausbildung oder dem Studium gerne wieder zurück in ihre Heimat, gesetzt den Fall, sie finden dort Arbeit und können sich eine Wohnung oder einen Baugrund leisten. Es findet also eine Art Identitätswandel statt. Junge Menschen wünschen sich einen Bezug zu ihrer Region, zu dem Ort, wo sie herkommen und aufgewachsen sind. Das gibt ihnen Halt in einer Welt, die uns zunehmend aus den Fugen gerät.

Nun komme ich zum Ökoplan Alpen. Zuerst spreche ich ein Lob aus: Der Ökoplan Alpen ist nicht so abstrakt wie das europäische Pendant EUSALP. Aber trotzdem besteht eher der Verdacht, dass wir nur viel Papier für den Ökoplan Alpen produzieren und Arbeitsgruppen gründen. Ob das am Schluss eine gesunde Entwicklung des Alpenraums fördert, mag dahingestellt bleiben. Ich möchte mich heute auf diesen Ökoplan Alpen konzentrieren. In Abschnitt 1, "Lebensgrundlage Boden sichern", heißt es: Der Flächenverbrauch soll reduziert werden, zum Beispiel durch flächensparendes und bodenschonendes Bauen. - Das klingt schön, ist aber nach meiner Meinung substanz- und inhaltslos. Meine Damen und Herren, eigentlich geht es doch darum, wer bei uns in den Bergen noch bauen kann. Wie kommen Einheimische überhaupt noch zu bezahlbarem Baugrund? - Da wäre zum Beispiel die Erbpacht ein Ansatzpunkt. Herr Finanzminister, da könnten Sie mal zuhören. Gerade die Erbpacht, die jetzt in vielen Fällen ausläuft, könnte Einheimischen wieder die Möglichkeit geben, in der Heimat zu leben und zu bauen, wenn man diese Verträge verlängern und nicht auf dem freien Markt irgendwelchen Norddeutschen anbieten würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Grundbesitz ist nämlich eine elementare Säule unserer Lebenswelt, egal ob in den Alpen oder anderswo auf diesem Planeten. Grundbesitz ist ein Familiengut, das unter Menschen vererbt wird, die in eine Familie, in eine Eigentumskultur, hineingeboren werden. Diese fühlen sich dadurch verantwortlich, und zwar nicht nur für den eigenen Grund, sondern auch für die Nachbarn, für die Lebensbedingungen vor Ort, für die Erwerbsmöglichkei-

ten und für die Landschaft vor ihrer Haustür, kurz gesagt, für ihre Heimat. Wer Grundbesitz hat, fühlt sich einer Gemeinde, einer Region, einer Gemeinschaft zugehörig. Meine Damen und Herren, das sind elementare Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die Gemeinden im Alpenraum nur noch Wochenenddomizile für Stadtmenschen sind - -

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie etwas gegen Stadtmenschen? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn es zu viele sind!)

- Wir haben nur etwas dagegen, wenn sie gescheit daherreden und meinen, uns belehren zu müssen, wie wir zu leben haben. Wenn die Einheimischen täglich vier Stunden pendeln müssen, verliert man die Wurzeln, die Basis, die für eine Gemeinschaft nötig ist.

(Florian von Brunn (SPD): Am Ende sind die Stadtmenschen noch evangelisch!)

Meine Damen und Herren, es folgt Abschnitt 2: "Lebensgrundlage Wasser sichern".

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weihwasser!)

Die Karstgebiete sind unsere wichtigsten Trinkwasserspeicher im Alpenraum. Im Ökoplan steht, wir wollen die Schadstoffquellen von Fließgewässern reduzieren. Das hört sich gut an, aber es stellt sich natürlich die Frage, wo wir hinwollen; denn wir hier gehören zu den glücklichen Bewohnern dieses Planeten, die ihr Wasser aus der Leitung trinken können.

Der Großteil der Landwirte, zum Beispiel in den Landkreisen Miesbach und Bad Tölz, die im Trinkwasser-einzugsgebiet der Stadt München wohnen und arbeiten, hat in den letzten Jahren auf ökologische Erzeugung umgestellt. Die Nebenerwerbslandwirte im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wirtschaften zwar auf dem Papier meist nicht ökologisch. In der Praxis aber wirtschaften diese Grünlandbetriebe ökologisch-extensiv und damit wirklich ökologisch. Viele Wiesen in diesen Gebieten werden aufgrund ihrer Hanglage auch heute noch mit der Hand gemäht. Dort entstehen artenreiche Magerrasen mit der höchsten Artenvielfalt.

Das leitet zu Abschnitt 3 über: "Biodiversität erhalten". Meine Damen und Herren, auch wir, die FREIEN WÄHLER, sind dafür, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Es stellt sich nur die Frage, wie wir das am

besten bewerkstelligen. Die häufig geforderte Ausweisung von großflächigen Totalreservaten ist für uns keine Lösung; denn auch diese Form der Naturnutzung – nichts anderes stellt das dar: die Nutzung der Alpen als Ausgleichsraum für ein intensiv genutztes und dicht besiedeltes Zentraleuropa - wird von außen bestimmt, nicht von den Menschen, die in den Alpen leben.

Meine Damen und Herren, die Fachleute kennen die Studie "BIOTREE" – 100 –, die von Forschern des Max-Planck-Instituts durchgeführt wurde. Das Ergebnis dieser Studie ist für manchen Naturschützer schwer verdaulich; denn die wichtigste Erkenntnis dieser Studie ist, dass die größte Artenvielfalt im bewirtschafteten Forst herrscht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das ist leider eine Fehlinterpretation!)

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass man gerade beim Schutz der Bergwälder und der Pflege der Bergwälder und der Schutzwälder den Mitarbeitern unserer Bayerischen Staatsforsten gratulieren und diese loben muss; denn wenn man zum Beispiel den bayerischen Staatsforst im Graswang-Gebiet anschaut, der sich seit über 180 Jahren im Staatsbesitz befindet, stellt man fest, dass dort keine einzige Art verloren gegangen ist. Das ist im Grunde das, was Sie unter einer Wildnis verstehen; aber das ist Kulturbergwald. Zur Information für Urwaldverfechter: Die größte Gefahr für die Artenvielfalt ist nicht die Bewirtschaftung des Waldes, sondern der Klimawandel. Dieser Herausforderung sollten wir uns viel stärker stellen. Dies wäre wichtiger als das hier diskutierte Thema.

Wir kommen zum nächsten Abschnitt: "Umweltbildungsarbeit verstärken". Dazu muss man sagen: Wer soll hier von wem gebildet werden? Für wen bauen wir das aus? Wer wird in die Bildungsarbeit eingebunden? Werden die Leute, die dort leben, die die Landschaft nutzen, pflegen und schützen, wie die Förster, die Jäger und die Landwirte, eingebunden? - Diese müssen eingebunden werden. Für wen bauen wir das Ganze aus? Bauen wir es für die Naherholer, für die Touristen, die zu uns kommen, die eine romantische Natursehnsucht stillen wollen, aus? Oder sollen wir es nicht lieber für unsere Kinder ausbauen, für unsere nächste Generation, damit diese wieder lernt, was Natur ist? - Früher hatte man mal Heimat- und Sachkundeunterricht,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Den gibt es heute noch!)

bei dem man in die Natur hinausgegangen ist und gelernt hat, was ein Bergwald ist und welche Funktionen

dieser Wald erfüllt und dass er kein Urwald ist, sondern ein Arbeitsplatz, ein Stück Kulturlandschaft, ein Rohstofflager, ein Lebensraum und ein Schutzwald, der für die Menschen, die im Tal leben, unverzichtbar ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit bekommt man ein Bewusstsein für die Umwelt und die Natur, und das auch auf recht kostengünstige Art und Weise. Man muss nicht für Millionen ein Naturinformationszentrum auf hohen Bergespitzen bauen, wo schöne Hochglanzbilder von Tieren und Pflanzen hängen, die man draußen in der Natur am Berg auch sehen kann, wenn man einfach nur rausgeht.

(Florian von Brunn (SPD): Wir brauchen beides!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch Initiativen, die in die richtige Richtung gehen. Ein wichtiger Träger dabei sind die Landfrauen im Bayerischen Bauernverband. Sie vermitteln in Eigeninitiative ohne staatliche Aufforderung Kindern Werte. Sie vermitteln den Kindern, wo was wächst, wie man die Lebensmittel verarbeitet und Mahlzeiten und Essen herstellt. Dabei geht es nicht darum, zukünftige Hausfrauen oder Hausmänner zu erziehen. Nein, es geht um die Vermittlung von Werten, die unsere Gesellschaft tragen. Es sind Werte wie das Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln, das Bewusstsein für die Arbeit, die hinter diesen Lebensmitteln steht, und das Bewusstsein für den Boden, auf dem die Grundprodukte wachsen. Diese Werte müssen vermittelt werden, meine Damen und Herren.

Zu den Veränderungen des Klimas: Dass das Klima sich verändert, sehen wir. Dass der Klimawandel in den letzten 20 Jahren gravierende Ausmaße angenommen hat, erkennen wir, wenn wir auf die Zugspitze gehen, uns den Schneeferner-Gletscher anschauen und dann Bilder, wie es vor 80 Jahren war. In den Bergen sind wir extremen Gefahren ausgesetzt, Gefahren durch Lawinen- und Murenabgänge, durch Felsstürze, Schlammlawinen und Felsbrocken, die aus der Bergwand brechen und ganze Hänge zum Rutschen bringen. Das sind die Herausforderungen für eine Alpenkonvention, für einen Alpenplan. Wir müssen die Menschen und deren Lebensraum schützen. Damit haben wir sehr viel Arbeit vor uns. Die müssen wir anpacken.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Versuchen Sie bitte nicht, den Alpenraum als Versuchslabor für den Klimawandel zu nutzen. Man muss etwas tun und darf nicht nur einfach studieren und schauen, wie die Menschen im Alpenraum mit den Gefahren fertig werden. Es liegt sehr viel Arbeit vor uns. Deshalb wäre es

schön, wenn die Bayerische Staatsregierung ein paar Gänge zulegen würde. Dieser Alpenraum muss es uns wert sein. Mit dem Alpenraum würde ein großes Stück an Identität, Heimat und auch an Natur verloren gehen. Eines muss man klar sagen: Der bayerische Alpenraum ist zuerst eine Kulturlandschaft und ein Lebensraum. Er ist keine unberührte Wildnis, aber auch kein Freizeitpark. Er ist Heimat für die Menschen, die dort leben.

(Florian von Brunn (SPD): Und Naturraum! Beides!)

Diesen Lebensraum müssen wir so gestalten, dass die Menschen dort leben und ihr Lebensglück finden können und nicht gezwungen werden wegzuziehen. So viel auch zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern.

Es gibt viel zu tun. Wir dürfen uns von den schönen Bildern der Berge, der Seen, der Hirsche und der Rehe nicht täuschen lassen. Das alles ist schön, aber davon kann man nicht runterbeißen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Man muss diesen Raum auch für die Menschen, die dort leben, erhalten, damit sie ihr Auskommen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Einen Moment bitte. Abgeordneter Steiner hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Streibl, Sie haben vorhin angesprochen, dass es für unsere Einheimischen immer schwieriger wird, in unseren Alpengemeinden zu bleiben. Ich darf Sie daran erinnern, dass es Ihr hochgeschätzter Herr Vater war, der in den 1970er-Jahren als bayerischer Umweltminister – ich war bei diesem Kongress schon als Schüler zugegen – dieses Problem in Angriff genommen hat. Er hat für die Einheimischen die sogenannten Einheimischenmodelle entwickelt. Das, was wir jetzt mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen machen, ist die Fortsetzung dieses Programms. Wir schaffen mit Einheimischenmodellen bezahlbaren Baugrund. Das wurde im sogenannten Traunsteiner Modell und im sogenannten Weilheimer Modell erfolgreich realisiert. Zwischenzeitlich sind diese erfolgreichen Modelle über den ganzen Alpengürtel verteilt. Eine erfolgreiche Baulandpolitik betreiben maßgeblich auch unsere Kommunalpolitiker. Das dürfen Sie nicht vergessen. Daran sollten Sie sich erinnern.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege, ich vergesse das nicht. Es ist gut, dass diese Projekte schon sehr früh angestoßen worden sind. Wir dürfen uns aber nicht nur in diesen Projekten ergehen. Bei der Staatsregierung stelle ich leider momentan fest, dass sie mehr vom Erbe der Vorväter lebt, als dass sie eigene Initiativen ergreift und überlegt, wie man Zukunftsperspektiven für die Menschen schaffen kann. Die Realität ist, dass immer mehr Menschen aus dem Alpengebiet wegziehen, weil sie dort einerseits keine Arbeit mehr finden und andererseits unheimliche Schwierigkeiten haben, an einen Baugrund oder eine Wohnung zu kommen. Hier muss wirklich gehandelt werden. Wir dürfen die Probleme nicht schönreden oder gesundbeten. Derjenige, der aus dem Alpengebiet wegzieht, weil er woanders studiert oder arbeitet, kommt meistens erst in der Rente oder der Pension zurück. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir dürfen nicht einfach sagen, früher haben wir etwas Gutes gemacht. Wir müssen auch heute Gutes tun, heute handeln, in die Zukunft weisen und neue Projekte auflegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist dann der Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ebenfalls dem Dank an die Verbände für ihr Interesse anschließen. Zusätzlich möchte ich hier auch den Bund Naturschutz begrüßen, den Sie bei Ihrer Aufzählung vergessen haben. Offensichtlich hat das Interesse der Staatsregierung am Zustand des Bergwaldes in den letzten Jahren weit stärker abgenommen als die Schadensmerkmale an unseren Waldbäumen. 2012 wurde das Stichprobenraster für die Kronenzustandserhebung von 8 x 8 auf 16 x 16 erweitert. Seit 2012 ist für die Staatsregierung eine gesicherte statistische Aussage über den Zustand des Bergwaldes nicht mehr möglich. Herr Brunner, ich finde das höchst bedauerlich, weil über Jahrzehnte hinweg die Waldschäden bei allen Waldbäumen im Alpenraum am höchsten waren.

Gerade jetzt, nach dem extrem trockenen Jahr, nach dem Hitzesommer, wäre es mit Sicherheit höchst aufschlussreich, Aussagen darüber treffen zu können, wie unsere Waldbäume in den einzelnen Regionen auf diese Trockenheit und den Hitzesommer reagiert haben. Probleme lassen sich nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass ich die Daten nicht mehr erhebe. Deshalb werden wir diese Debatte bei der Aussprache über den Waldzustandsbericht weiter fortsetzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

57 %, also mehr als die Hälfte der 250.000 Hektar der Wälder im bayerischen Alpenraum sind als Schutzwald ausgewiesen. Die Bedeutung des Schutzwaldes für die Menschen, die im Tal leben, wird im Zuge des Klimawandels mit Sicherheit noch weiter zunehmen. Seit den 1980er-Jahren ist der Freistaat Bayern bei der Schutzwaldsanierung aktiv. Allein in den letzten zehn Jahren sind 28 Millionen Euro in die Sanierung investiert worden. Diese Leistung wollen wir ausdrücklich anerkennen.

Sorge bereitet mir aber, dass trotz dieser Kraftanstrengungen die Schutzwaldsanierungsflächen seit 1978 von 8.800 Hektar auf mittlerweile 14.000 Hektar gewachsen sind. Das heißt, 10 % unserer Schutzwälder sind mittlerweile ein Sanierungsfall. Noch schlimmer ist, dass sich die Zustands- und Erfolgsbewertung auf diesen Schutzwaldsanierungsflächen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat. 2004 sind noch 70 % der Sanierungsflächen als gut oder zufriedenstellend bewertet worden. Zwischen 2011 und 2013 ist dieser Wert auf 56 % gesunken. Auf knapp der Hälfte der Sanierungsflächen sind die Schutzwaldsanierungsziele nicht oder nur unzureichend und eingeschränkt zu erreichen. Sehr geehrter Herr Minister Brunner, ich muss mich schon fragen, was hier in den letzten Jahren falsch gelaufen ist, damit diese Erfolgsbewertung so abgenommen hat. Die Tanne mit ihren Pfahlwurzeln ist mit Sicherheit einer der Grundpfeiler eines stabilen Bergmischwaldes. Ihr Anteil am Bergwald hat aber leider Gottes zwischen 1986 und 2012 von 7,5 % auf 6,9 % abgenommen.

Sehr geehrter Herr Kollege Beißwenger, Sie haben das Verbissgutachten zitiert. Allerdings müssten Sie die richtigen Stellen zitieren. Bei Pflanzen unter 20 Zentimetern haben wir noch einen Tannenanteil von über 15 %. Wenn die Bäume dann 80 Zentimeter hoch sind, sind die Tannen bis zu einem Anteil von 5 % zurückgebissen worden. Das heißt: Nach wie vor findet ein Tannensterben statt, diesmal halt von unten. Für einen zukunftsgerichteten, stabilen Bergwald, der den Herausforderungen des Klimawandels trotzen kann, müssten wir den Tannenanteil eigentlich deutlich erhöhen. Da reicht es nicht mehr, die Verbissbelastung nur festzustellen, sehr geehrter Herr Brunner; hier müssen Sie endlich reagieren. Es ist kein Zustand mehr, dass die Verbissbelastung der Tanne nach wie vor viel zu hoch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

189 Hektar gerodeter Fläche, also knapp die Hälfte der Rodungsfläche in den letzten zehn Jahren, gehen auf das Konto der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft

verursacht damit dreimal so viele Eingriffe in den Bergwald wie der Bereich Freizeit und Erholung. Bei der Debatte über die Eingriffe in den Bergwald war der Skitourismus Hauptangeklagter. Aber die jetzt vorliegenden Zahlen wecken bei mir den Verdacht, dass einer der Schuldigen bisher noch nicht auf der Anklagebank Platz genommen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um die Bedeutung des Schutzwaldes noch einmal zu unterstreichen, haben wir unter Nummer 7 die Zahl der Murenabgänge abgefragt. Wir wollten auch die Schadenshöhe wissen. In den letzten acht Jahren gab es 21 Mureneignisse, bei denen Straßen verschüttet worden sind. Doch zur Schadenshöhe schweigt die Staatsregierung leider. Ich finde es schon komisch, dass die Staatsregierung nicht weiß, wie viel die Reparatur ihrer eigenen Straßen kostet. Ich glaube, Sie wollen hier die Schadenshöhe verschweigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit sind wir schon beim nächsten Thema, dem Verkehr. Gemäß den allgemeinen Verpflichtungen aus der Alpenkonvention sind die Belastungen und Risiken aus dem Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein erträgliches Maß zu senken; das soll unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs auf die Schiene erfolgen. – Wie sieht es denn nun mit der Verkehrspolitik der Staatsregierung im Alpenraum aus? – Trotz dieser Verpflichtungen aus der Alpenkonvention lässt sich die Verkehrspolitik der Staatsregierung im Alpenraum leider nicht von der im restlichen Bayern unterscheiden. Für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans sind allein 18 Fernstraßenprojekte für den Alpenraum angemeldet worden. Aber mit diesen Straßenbauorgien werden Sie nicht zu einer Verkehrsverlagerung beitragen. Im Gegenteil: Sie leisten dem Flächenverbrauch weiter Vorschub. Die Verantwortung für die Verlagerung des Güterverkehrs wird auf den Bund abgeschoben. Dabei bräuchten wir ganz dringend Initiativen aus Bayern, um den Alpentransit im Bereich Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Da bräuchte es auch Initiativen wie die Alpentransitbörse, die aber von der Staatsregierung nur als Langfrist-Projekt betrachtet wird.

Und beim ÖPNV, dem öffentlichen Personennahverkehr, liefert die Staatsregierung dann eine Bankrotterklärung. Da heißt es: "Da die Fahrplanangebote vor allem auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung zugeschnitten sind, existieren Verkehrsangebote oftmals nur unter der Woche und zu den Schulzeiten." – Ja, Herr Beißwenger, wenn Sie die Bevölkerung mitnehmen wollen, müssen Sie erst einmal die Busse fahren

lassen, mit denen die Bevölkerung mitgenommen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Gerade im Bereich ÖPNV brauchen wir Mobilitätsangebote, die wirklich die Mobilitätsbedürfnisse -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

Markus Ganserer (GRÜNE): - der ganzen Bevölkerung abdecken. Da sollte sich die Staatsregierung einmal ein Beispiel an Südtirol nehmen. – Zusammenfassend muss man sagen: Im Hinblick auf den Klimawandel nimmt die Bedeutung des Bergwaldes zu; hier müssen wir mehr investieren. Wir müssen aber auch die CO₂-Emissionen im Bereich Verkehr deutlich senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als nächste Rednerin bitte ich Frau Staatsministerin Scharf zum Rednerpult.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt sehr viel zum Thema Alpenkonvention gehört. Manches war richtig, manches möchte ich richtig stellen. Ich versuche jetzt einmal, mit der Beantwortung von drei Fragen etwas Struktur und einen Überblick zu schaffen.

Erstens will ich feststellen, wo wir in der Alpenkonvention heute stehen. – Zweitens möchte ich auf die Frage eingehen, wie wir die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt zusammenbringen. Bei einigen Redebeiträgen ist mir das Bemühen um die Bedürfnisse der Menschen, die in diesen Regionen der Alpen leben, vollkommen abgegangen. – Die dritte Frage ist dann, welche Rolle dabei unsere Kommunen spielen. Lassen Sie mich zunächst aber an den Dank anschließen, den Sie, Herr von Brunn, Herrn Mair vom Alpenverein stellvertretend für all die Repräsentanten der Vereine und Verbände, die sich im Naturschutz engagieren, ausgesprochen haben. Herzlichen Dank für Ihr Engagement! – Ich fand es auch sehr schön, dass Sie geklatscht haben, als sich der Kollege Beißwenger bei den Bergbauern für ihre Leistungen bedankt hat. Herzlichen Dank dafür.

Zum ersten Punkt: Wo stehen wir heute mit der Alpenkonvention? – Es ist schon angesprochen worden. Deutschland hat jetzt für zwei Jahre, 2015 und 2016, die Präsidentschaft in der Alpenkonvention inne: Bayern ist maßgeblich an der Umsetzung beteiligt. In der

Alpenkonvention verpflichten sich die Vertragsparteien zum Erhalt des Natur- und Lebensraums Alpen. Vor allen Dingen verpflichten sie sich zu einer ganzheitlichen Politik. Das ist mir sehr wichtig; denn dieser ganzheitliche Ansatz betrifft in den Alpen den Natur-, den Kultur-, den Lebens-, aber auch den Wirtschaftsraum von fast 14 Millionen Menschen. Die Alpen sind ein attraktives Tourismusziel für rund 120 Millionen Menschen, die jährlich in die Alpen kommen.

Mit der Alpenkonvention bringen wir die Interessen der Menschen mit den ökologischen Bedürfnissen des Alpenraumes in Einklang. Hier haben wir ein ganz besonderes Ziel: Wir wollen in der deutschen Präsidentschaft mitgestalten; wir wollen vor allen Dingen mehr Praxisbezogenheit und sehr viel weniger Papier. Was wir definitiv nicht brauchen können, sind neue Protokolle etwa in der Abfallwirtschaft, in der Kultur, in der Luftreinhaltung oder gar zusätzliche Vollzugsregeln über die Vorschriften der Alpenkonvention hinaus. Was wir aber wollen – darauf komme ich zum Schluss noch einmal anhand konkreter Beispiele zu sprechen –, ist eine stärkere Einbindung der Kommunen in die Aktivitäten der Konvention. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass wir nur so die Menschen vor Ort erreichen und nur so die erforderliche Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen gewinnen.

Ich sage schon auch mit Stolz auf Bayern: Auf unsere Initiative hin wird 2016 eine europäische Strategie für den Alpenraum gestartet, mit der wir der Alpenkonvention eine zusätzliche Plattform geben. Wir verschaffen auch der deutschen und europäischen Alpenpolitik eine noch stärkere bayerische Handschrift. Warum ist uns das so wichtig? – Diese Frage kann ich mit einem Satz beantworten: Weil in den Alpen fast alle Themen der bayerischen Umweltpolitik vorkommen, angefangen vom Klimaschutz bis hin zum Hochwasserschutz, von der biologischen Vielfalt der Landschaft, auch der alpinen Natur- und Kulturlandschaft, bis hin zum Ressourcenmanagement. Das heißt für die Umsetzung: Überregionaler Alpenschutz und regionale Notwendigkeiten müssen aus meiner Sicht Hand in Hand gehen.

Das lässt sich am Beispiel Klimawandel ganz besonders gut darstellen und ablesen. Er wirkt sich nämlich erstens im gesamten Alpenraum aus; zweitens hat er ganz konkrete Konsequenzen vor Ort. Ich nenne hier als Beispiel, wie wir uns anpassen, den Hochwasserschutz. Hier geben wir sehr viel Geld für die Sicherheit der Menschen aus. Wir alle wissen, dass extremere Niederschläge und Abflüsse schon jetzt das Hochwasserverhalten unserer Flüsse und Wildbäche verändern. Deshalb werden wir in den kommenden zehn Jahren im bayerischen Alpenraum rund 350 bis

400 Millionen Euro in den Hochwasserschutz investieren. Ein Drittel davon fließt in die natürliche Gewässerentwicklung bzw. in die Renaturierung.

Wir stellen unseren Gemeinden Informationen über Naturgefahren zur Verfügung; wir erarbeiten die Gefahrenhinweiskarte für Georisiken, für Gefährdungen wie Steinschläge und Rutschungen. Und wir haben – darauf bin ich ganz besonders stolz – einen Wildbachbericht fertiggestellt, der Bestand und Handlungsbedarf für 50.000 Schutzeinrichtungen an unseren bayerischen Wildbächen aufzeigt. 90 % dieser Wildbäche befinden sich in den Alpen. Sie alle haben von uns diesen Wildbachbericht zugestellt bekommen. Ich hoffe, Sie haben schon mal reingeschaut. Im ersten Teil ist ein sehr allgemeiner Bericht enthalten. Im zweiten Teil finden Sie eine Vielzahl von Daten, sortiert nach Landkreisen. Ich bin sicher, dass Sie sich dort wiederfinden können. Ein weiterer Baustein der bayerischen Klimaanpassungspolitik ist der Erhalt des funktionsfähigen Schutzwaldes. Herr Kollege Ganseger, es ist nicht die Frage, sollen wir sanieren oder sollen wir nicht. – Wir haben zwischen 2005 und 2014 für die Schutzwaldsanierung 27,8 Millionen Euro eingesetzt. In allen drei von der Alpenkonvention betroffenen Planungsregionen, nämlich der Planungsregion 16, dem Allgäu, der Planungsregion 17, dem Oberland, und der Planungsregion 18, Südostoberbayern, sind Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen festgelegt.

Herr Heimatminister, auch das Landesentwicklungsprogramm 2013 enthält Festlegungen zur Verminderung der Risiken durch Hochwasser. Meine Damen und Herren, an über 2.100 Kilometern unserer Flüsse sind mittlerweile Überschwemmungsgebiete vorhanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bodenschutz und der Arten- und Naturschutz gehören auch zu den Prioritäten in der Alpenkonvention. Hier ist mir wichtig zu betonen, dass der bayerische Alpenraum ein Schwerpunktgebiet im Rahmen der Fördergebiete des Naturschutzes ist. Herr Kollege Beißwenger hat es erwähnt, aber ich wiederhole es gerne: 25 % aller bayerischen Ausgaben im Vertragsnaturschutz entfallen auf die Gebietskulisse der Alpenkonvention. Wenn Sie es jetzt noch konkreter wollen: Das sind 37 Millionen Euro, die wir in 2015 im Vertragsnaturschutz ausgeben, übrigens 8 Millionen Euro mehr als im Jahr 2014.

Beim Erschwernisausgleich, lieber Helmut Brunner, entfallen 80 % der gesamten Kosten auf die Feuchtfelder. Ich glaube, diese beiden Zahlen spiegeln sehr deutlich wider, was wir machen.

Ich darf das Engagement noch um viele wichtige Dinge ergänzen: Artenschutzprogramme. Wir haben über 100, die sehr erfolgreich sind. Ich nenne nur die Programme für den Schwarzstorch oder den Weißstorch. Wir hätten diese Arten nicht mehr ohne Artenschutzprogramme.

Beim Netz unserer Schutzgebietsbetreuer gilt mein besonderer Dank meinem Vorgänger Dr. Marcel Huber. Ohne sein Engagement könnten wir die Schutzgebietsbetreuer nicht weiter beschäftigen. Wir können das dank unseres Naturschutzfonds.

Ich nenne die immer größer werdende Zahl von Fischaufstiegsanlagen und die internationale Kooperation im Netzwerk Alpiner Schutzgebiete unter Federführung Bayerns, ganz konkret unter Federführung des Nationalparks Berchtesgaden. Last but not least nenne ich die Erklärung des ersten grenzüberschreitenden Naturparks, der Nagelfluhkette, seit dem Berichtszeitraum 2005.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine bayerische Maxime, die ganz klar lautet, die Menschen und ihren Lebensraum zusammenzubringen; die Menschen und ihr Lebensraum gehören zusammen. Wir müssen den ebenso einmaligen wie sensiblen Lebensraum Alpen so erhalten, dass auch die kommenden Generationen in Sicherheit und Wohlstand leben können. Mit dem Erhalt unserer Almen und Alpen sind wir auf dem richtigen Weg. Hier bitte ich auch sehr aufmerksam zuzuhören: In den letzten zehn Jahren wurde auf keiner der 1.400 Almen und Alpen die Flächenbewirtschaftung aufgegeben. Auf diesen Erfolg können wir ganz besonders stolz sein, lieber Helmut Brunner.

(Beifall bei der CSU)

Dazu tragen die Förderung des Wegeausbaus mit 7,8 Millionen Euro seit 2005 und weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Bewirtschaftung bei.

Ein weiterer Erfolg: Im Jahr 2014 wurden über 15 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen im bayerischen Berggebiet nach den Kriterien des ökologischen Landbaus gemäß der EG-Öko-Verordnung bewirtschaftet – 15 %!

Bei den vom Aussterben bedrohten Nutztierassen hat sich die Zahl der geförderten Tiere bei den Rindern und Pferden und auch bei den Schafen in den letzten Jahren verzehnfacht, meine Damen und Herren. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können, die das Ergebnis einer ganz gezielten verantwortlichen Politik sind.

Diese Verantwortung spiegelt sich auch in unserem bayerischen Weg wider, wenn es um den nachhaltigen Tourismus geht. Wir unterstützen Gemeinden, die dem Prinzip "Immer schneller, immer höher, immer weiter" nicht folgen wollen. Das wird ganz deutlich an der Auszeichnung des ersten Bergsteigerdorfes Ramsau. Wir fördern den nachhaltigen Tourismus, zum Beispiel durch die Zertifizierung von wanderfreundlichen Hotels und Gaststätten, aber auch durch unsere BayernTourNatur.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist aber nicht sehr viel!)

– Herr von Brunn, das sind 7.000 Veranstaltungen in einem guten halben Jahr, die in Bayern stattfinden. Ich empfehle Ihnen die BayernTourNatur für Ihre Freizeitgestaltung.

(Zuruf: Überwiegend Ehrenamtliche!)

– Das ist richtig, aber wir unterstützen es trotzdem sehr intensiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Anfang gesagt, mir ist wichtig, dass wir die Kommunen an der Seite haben. Wir bekommen die Akzeptanz nur, wenn wir die Kommunen vor Ort mit im Boot haben. Seit der letzten Interpellation im Jahr 2005 haben wir die Unterstützung der Kommunen und nichtstaatlichen Organisationen stark ausgebaut. Ich nenne die Kooperation mit dem Gemeindeforum "Allianz in den Alpen", in dem 31 bayerische Gemeinden Mitglied sind; übrigens hat eine bayerische Gemeinde den Vorsitz. Ich nenne den Verein "Alpenstadt des Jahres", in dem bayerische Mitglieder zu finden sind; ich nenne aber auch die Unterstützung von Kommunen, die besonders in der Alpenkonvention aktiv sind, Gemeindeentwicklung, Klimaveranstaltungen, in Benediktbeuern erst im Oktober, um nur zwei Beispiele zu nennen, und ich nenne die Förderung von Projekten nichtstaatlicher Organisationen im Sinne der Alpenkonvention. Wir unterstützen die CIPRA. Ich nenne das Ökomodell Achenal, die Jugendparlamente in Rosenheim und Sonthofen, um aufzuzeigen, wo wir aktiv sind. Dies zeigt, meine Damen und Herren: Die bayerische Handschrift ist sehr sichtbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Naturheimat ist wirklich allen Einsatz wert. Wir tun ihr aber keinen Gefallen, wenn wir sie unter eine Käseglocke stellen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann bleibt der Käse aber länger frisch!)

Aus meiner Sicht ist das Ziel ganz klar: Naturheimat weiterentwickeln im Einklang von Mensch und Umwelt. Die Alpen sind keine No-go-Area, also kein Ge-

biet, in dem gar nichts mehr möglich ist. Viele natur-schutzfachlich hochwertige Flächen hätten sich ohne den Menschen gar nicht erst entwickelt. Ich denke an die extensive Landwirtschaft.

Mein Credo lautet eindeutig: die Natur erhalten, sie verantwortungsvoll nutzen, mit Augenmaß weiterentwickeln und gleichzeitig mehr aus unseren Naturschätzen machen. Gerade beim nachhaltigen Tourismus haben wir hier alle Möglichkeiten. Das beweist der Naturpark Nagelfluhkette im Allgäu, das beweist aber auch das Ökomodell Achenal im Chiemgau, das ich vorher schon erwähnt habe, und das beweist das Bergsteigerdorf Ramsau.

Wir brauchen noch mehr davon. Wir brauchen das Gespür für unsere Naturschätze. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen uns in den Kommunen verankern. Wir brauchen den gemeinschaftlichen Willen zur Gestaltung unserer Heimat, besonders unserer Alpenheimat. Um diese gemeinschaftliche Gestaltungsleistung darf ich Sie hier im Hohen Haus alle sehr herzlich bitten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir sind uns offensichtlich zumindest auf der verbalen Ebene einig, dass der umweltverträgliche, der sanfte Tourismus in Bayern gefördert werden muss. Sie haben zuletzt die Naturparke angesprochen. Da gibt es ganz erhebliche Finanzierungsdefizite; der Verband der Naturparke klagt darüber. Ich wollte Sie fragen: Wird es vonseiten der Staatsregierung in absehbarer Zeit mehr Mittel geben, und wie viel wird das sein, was die Naturparke und damit auch der umweltverträgliche Tourismus in Bayern bekommen?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Wir haben die Mittel für die Naturparke insbesondere jetzt auch im Nachtragshaushalt 2016 erhöht. Wir haben den Vertretern der Naturparke klar signalisiert, dass wir uns um mehr Unterstützung im nächsten Doppelhaushalt bemühen. Sie wissen alle, dass wir eine Gesamtverantwortung für den Haushalt haben. Ich sehe, dass wir die Naturparke unterstützen müssen, insbesondere auch im Hinblick auf eine Erweiterung und auf Neugründungen. Ich hoffe sehr, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die Mittel aufzustoßen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Erste Lesungen

zu einem Gesetzentwurf und einem Abkommen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Tagesordnung sind der zur Überweisung anstehende Gesetzentwurf und das Abkommen mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Der Gesetzentwurf und das Abkommen werden damit den benannten Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Staatsregierung

auf Zustimmung zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 17/7548)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Ich darf noch darauf hinweisen: Nach der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Als ersten Redner bitte ich den Kollegen Dorow zum Rednerpult.

Alex Dorow (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 23. März 2014 die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien des ZDF für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht verlangt insbesondere, dass der Anteil staatlicher und staatsnaher Mitglieder ein Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des jeweiligen Gremiums nicht übersteigt.

Lassen Sie mich die wichtigsten Punkte des nun neu ausgearbeiteten Siebzehnten Staatsvertrags zur Än-

derung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, wie es korrekt heißt, zusammenfassen. Worum geht es?

Staatliche bzw. staatsnahe Mitglieder müssen mittels einer Inkompatibilitätsregelung von den staatsfernen Sitzen ausgeschlossen werden. Dies war bisher nicht der Fall. Ein Beispiel: Der Kollege Dr. Bernd Fabritius könnte nicht mehr als Vertreter des Bundes der Vertriebenen dem Fernsehrat angehören, da er zudem Mitglied des Deutschen Bundestages ist.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wurden bisher separat betrachtet.

Das Gericht fordert zudem, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft in den Gremien auch widerspiegelt und dass einer Versteinerung der Gremienbesetzung effektiv entgegengewirkt wird.

Weiterhin wird gefordert, dass Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt werden. Dieser Anspruch sollte – erlauben Sie mir die Anmerkung – insbesondere von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt als selbstverständlich angesehen werden.

Zu guter Letzt wird vom Bundesverfassungsgericht eine hinreichende Transparenz der Gremienarbeit gefordert.

Die Rundfunkkommission der Länder hat nach ausgiebigen Verhandlungen einen entsprechenden Entwurf des ZDF-Staatsvertrags vorgelegt. Da während der frühzeitigen Beteiligung der Länder, die eingebunden waren, keine Einwände erhoben wurden, ist der Vertrag am 18. Juni 2015 von den Ministerpräsidenten unterzeichnet worden.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem Änderungsvertrag in seiner vorliegenden Form können wir zustimmen und damit den Reformprozess vorantreiben. Ich nenne die wichtigsten Punkte.

Zuallererst: Der Fernsehrat wird von 77 Mitgliedern auf 60 Mitglieder verkleinert. Besonders wichtig ist der Hinweis, dass die Zahl der Sitze der staatlichen und staatsnahen Vertreter auf 20 beschränkt wird. Hiermit wird die Drittelvorgabe des Bundesverfassungsgerichts eingehalten.

Die 16 Vertreter der Landesregierungen bleiben erhalten. Die Bundesregierung gibt einen Sitz ab und hat somit künftig zwei statt drei Sitze. Die kommunalen Spitzenverbände sind künftig ebenfalls nurmehr mit zwei Sitzen statt wie vorher mit dreien vertreten. Außerdem werden diese nun den staatlichen und staatsnahen Vertretern zugerechnet. Das bedeutet im Klartext: Ein Vertreter des Deutschen Landkreistages wird künftig fix, ein Vertreter des Deutschen Städteta-

ges und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes rollierend vertreten sein.

Die vielleicht einschneidendste Änderung ist, dass politische Parteien künftig keine eigenen Vertreter mehr entsenden; bisher waren dies zwölf.

Der Block der staatsfernen Verbände bleibt überwiegend erhalten. Lediglich Ver.di, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger sind künftig jeweils mit einem Sitz statt wie bisher mit zwei Sitzen vertreten.

Künftig soll außerdem eine Ländergruppe gebildet werden, in der den Ländern bestimmte Bereiche fest zugeordnet sind. Aus den ihnen zugeteilten Bereichen dürfen sie dann jeweils einen Vertreter benennen. Dem Freistaat Bayern beispielsweise ist der Bereich Digitales zugeordnet. Ich denke, dass insbesondere über die neue Ländergruppe und die vertretenen Themenbereiche der Querschnitt der Gesellschaft gut wiedergespiegelt wird. Mit dieser Lösung wird den verschiedenen Bedürfnissen und Wünschen Rechnung getragen.

Dennoch gibt es eine Evaluierungsklausel. Diese soll es ermöglichen, jeweils nach Ablauf von zwei Amtsperioden die Regelungen zur Zusammensetzung des Fernsehrates zu überprüfen. Da wir in den vergangenen Jahren gesehen haben, wie schnell sich die Themen, die in der Gesellschaft als wichtig erachtet werden, ändern können, betrachte ich es durchaus als sinnvoll, dies festzuschreiben. Damit kann vermieden werden, dass man sich auf den jetzigen Beschlüssen und Entscheidungen quasi ausruht und es einfach wieder laufen lässt in der Hoffnung, dass die getroffenen Entscheidungen auch in Zukunft so passen werden.

Der Verwaltungsrat wird ebenfalls verkleinert. Mit zwölf Mitgliedern umfasst er nun zwei Sitze weniger. Die Länder werden durch vier Mitglieder vertreten, die von den Regierungschefs gemeinsam berufen werden. Acht weitere Mitglieder werden vom Fernsehrat mit Zweidrittelmehrheit berufen.

Auch bei der Besetzung der Ausschüsse muss beachtet werden, dass die staatlichen und die staatsnahen Vertreter in Zukunft lediglich ein Drittel der Plätze besetzen dürfen. Dies gilt übrigens auch für die Besetzung der Vorsitze des Fernsehrates, des Verwaltungsrates und von dessen Ausschüssen. Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass die Personen, die dem staatlichen oder staatsnahen Bereich zugeordnet sind, nicht als Vertreter anderer Verbände oder Organisationen den Gremien angehören. So dürfen unter anderem Parlamentarier und Regierungsmitglieder

sowie führende Parteienvertreter dem Fernsehrat und dem Verwaltungsrat nicht angehören, sofern es sich bei ihnen nicht um die gesetzlichen staatlichen oder staatsnahen Mitglieder handelt. Frühestens 18 Monate nach dem Ausscheiden aus der dortigen Funktion dürfen auch diejenigen, die als inkompatibel eingestuft waren, Mitglied des Fernsehrates oder des Verwaltungsrates werden.

Ein Mitglied darf dem Fernsehrat und dem Verwaltungsrat insgesamt maximal drei Amtsperioden angehören. Die Mitgliedschaften in Fernsehrat und Verwaltungsrat werden dabei nicht einzeln betrachtet, sondern zusammengerechnet.

Vor dem Inkrafttreten laufende Amtsperioden – egal, wie viele es bisher waren – gelten als erste Amtsperiode. Dies soll auch einer Versteinerung der Gremien entgegenwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ein neues Mitglied entsandt wird – das ist der letzte Punkt, der mir an dieser Stelle erwähnenswert erscheint –, muss einem männlichen Mitglied eine Frau und einem weiblichen Mitglied ein Mann nachfolgen. Sollte eine Organisation oder ein Verband zwei Vertreter entsenden, sind je eine Frau und ein Mann zu entsenden. Diese Neuregelung soll verbindlich sicherstellen, dass bei Entsendung der Mitglieder in den Fernsehrat Männer und Frauen angemessen berücksichtigt werden.

Zu guter Letzt: Damit die Gremienarbeit selbst auch transparenter gestaltet wird, sollen die Sitzungen des Fernsehrates künftig öffentlich sein. Im Gegensatz dazu finden die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Sitzungen des Verwaltungsrates und von dessen Ausschüssen grundsätzlich nichtöffentlich statt. Ich meine, das ist eine sinnvolle Einschränkung, vor allem deshalb, weil es dort oft im Detail um datenschutzwürdige Themen geht und ein geschützter Bereich für notwendige Diskussionen in diesem Bereich erhalten bleiben soll.

Die Zusammensetzung des Fernsehrates und der Ausschüsse sowie die Tagesordnungen und eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse werden künftig veröffentlicht. Hierzu reicht eine Veröffentlichung in elektronischer Form auf der Homepage des ZDF aus – nach meinem Dafürhalten ein überfälliger Punkt.

Die geplanten Änderungen sind zuvörderst eines – eine Umsetzung der Vorgaben des Gerichtsurteils. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind die Ergebnisse der zwischen den Landesregierungen geführten Verhandlungen. Meines Erachtens ist ein guter Kompromiss erzielt worden. Den wesentlichen Kritikpunkten des Bundesverfassungsgerichts wird mit diesem

Änderungsvertrag voll Rechnung getragen. Deshalb werden wir ihm zustimmen. Wir bitten Sie, Kolleginnen und Kollegen, um das Gleiche.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Fehlner.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach unserer Auffassung sind im Laufe der Beratungen zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der im Wesentlichen eine Novelle des ZDF-Staatsvertrags beinhaltet, keine neuen Erkenntnisse, Gesichtspunkte und Argumente hinzugekommen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden die Länder verpflichtet, eine verfassungsgemäße Neuregelung des ZDF-Staatsvertrags zu treffen. Dies ist geschehen. Die Länder haben sich auf eine entsprechende Neuregelung geeinigt. Diese findet auch unsere Zustimmung.

Wichtig waren und sind für uns folgende Positionen: das Gebot der Staatsferne, die Vielfaltssicherung und die Transparenz der Gremien. Das Gebot der Staatsferne sei nicht als Abwesenheit, sondern vielmehr als besondere Form der Wahrnehmung der Verantwortung des Staates für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verstehen, so das Bundesverfassungsgericht in seiner Beurteilung. Die Gremien müssen also unsere Gesellschaft vielseitig und facettenreich widerspiegeln; sie dürfen nicht versteinern. Einer Dominanz von Mehrheitsperspektiven ist entgegenzuwirken.

Diesem Änderungsauftrag der Verfassungsrichter kommen die Länder im Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag nach. Deshalb wird nicht nur der Anteil der staatlichen und staatsnahen Mitglieder in den Gremien auf ein Drittel gesenkt; auch das Spektrum der in den Gremien vertretenen gesellschaftlichen Strömungen und Perspektiven wird erweitert und um Vertreterinnen und Vertreter von Gruppen ergänzt, die vielfältiger als bisher die Gesellschaft und die aktuell in ihr vertretenen Meinungen und Haltungen widerspiegeln. Personen mit möglichst vielen Perspektiven und Erfahrungshorizonten aus allen gesellschaftlichen Bereichen unseres Gemeinwesens müssen vertreten sein. Immerhin sorgt die Evaluierungsregelung dafür, dass immer wieder überprüft werden muss, jeweils nach zwei Amtsperioden, ob die Zusammensetzung des Fernsehrates noch zeitgemäß ist, also der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung trägt.

Es ist gut, dass durch die Einführung der Inkompatibilitätsregelung verhindert wird, dass Verbände und Organisationen Politiker oder staatsnahe Vertreter in die

Gremien entsenden. So werden nun auch die Mitglieder der Europäischen Kommission, hauptamtliche kommunale Wahlbeamte und Beamte, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auf Leitungsebene und die Mitglieder des Parteivorstandes dem staatlichen Bereich zugeordnet. Eine Karenzzeitregelung kann ebenfalls vor dem Zuzug der Politik durch die Hintertür schützen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist gut, dass Transparenzregelungen einbezogen werden, von der Veröffentlichung von Protokollen über die Öffentlichkeit der Sitzungen bis hin zur Veröffentlichung von Gehältern des Leitungspersonals.

Wir hoffen, dass die Gleichstellungsregelung in der Praxis nun wirkt, und werden genau beobachten, wie sich das Geschlechterverhältnis in den Gremien entwickeln wird. Klar ist, dass ein Staatsvertrag, der zwischen 16 Bundesländern mit unterschiedlichen Regierungszusammensetzungen und Interessenlagen geschlossen wurde, bedeutet, dass die vertragliche Regelung zwischen den Ländern natürlich auch immer eine Kompromisslösung ist. In diesem Fall glauben wir, dass ein guter Kompromiss gefunden wurde. Wir stimmen ihm zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Professor Dr. Piazzolo. Bitte.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine beiden Vorredner haben schon intensiv und ausführlich den Inhalt des Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrages beschrieben. Insofern kann ich mich auf einige wenige Ausführungen beschränken.

Sie haben im Wesentlichen die positiven Dinge herausgestellt. Ich will einige kritische Anmerkungen zu dem machen, was mir aufgefallen ist. Im Zentrum der gesamten Debatte und auch des Bundesverfassungsgerichtsurteils stand die Frage: Wie viel Einfluss soll die Politik, wie viel Einfluss sollen Politiker auf öffentlich-rechtliches Fernsehen, in diesem Fall das ZDF, auf ein staatsfernes Fernsehen haben? Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Höchstens ein Drittel der Vertreter dürfen staatsnah sein, dürfen Politiker sein. Vorher waren es mehr.

Und wie reagiert die Politik? Sie reagiert exakt an der Oberschwelle. Exakt die Oberschwelle, nämlich ein Anteil von einem Drittel, wird festgeschrieben. Das ist zwar eine Umsetzung des Bundesverfassungsge-

richtsurteils, es ist mir aber zu wenig. Wenn man den Einfluss der Politik beschränken will – ich halte das bei einem staatsfernen, unabhängigen Rundfunk für notwendig –, dann sollte man weiter gehen. Ich hätte mir gut vorstellen können, dass man nur ein Fünftel mit Politikern besetzt. Das ist immer noch genügend und eine große Anzahl angesichts der Gesamtzahl von 60.

Das ist aber nicht passiert. Ich glaube, dass dieser Staatsvertrag damit kein schönes Zeichen setzt für das, was vielleicht in den Ländern umgesetzt wird, weil ich auch da das Gefühl habe, dass man an die Obergrenze dessen geht, was möglich ist, dass man das, was durch das Bundesverfassungsgericht vorgegeben ist, bis an die Obergrenze ausschöpft. Ich meine, dass das kein gutes Zeichen nach außen ist, auch kein gutes Zeichen gegenüber den Bürgern, weil der Eindruck entsteht: Die Politiker wollen den Einfluss so weit ausdehnen, wie sie nur irgendwie können. Das ist einer der kritischen Punkte, die ich in diesem Staatsvertrag sehe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwei weitere Dinge, die mir aufgefallen sind, sind die beiden Protokollerklärungen von verschiedenen Bundesländern. Interessant ist, welche Protokollerklärung Bayern unterschreibt und welche Protokollerklärung Bayern nicht unterschreibt. Sie unterschreiben die erste Protokollerklärung, in der es darum geht, ob Geschäftsführer von kommunalen Spitzenverbänden als Politiker gelten oder nicht. Da lautet sogar die Argumentation, dass dadurch, dass sie weisungsgebunden sind, sie eben nicht der Kategorie Politik zuzuordnen sind. Die Frage ist natürlich, wer die Weisungen gibt. Ist das nicht wieder die Politik, die die Weisungen gibt? Insofern ist meine Auffassung, ist unsere Auffassung als FREIE WÄHLER, dass man auch diese Vertreter kommunaler Spitzenverbände – seien es auch die Geschäftsführer – in die Kategorie Politik mit hineinnehmen und dazuzählen müsste. Es wäre gut gewesen, wenn Bayern diese Protokollnotiz nicht unterzeichnet hätte.

In der zweiten Protokollnotiz geht es darum, wie schnell man die Ideen des Bundesverfassungsgerichts auf den Fernsehrat, auf die Ländergesetzgebung umsetzt. Hier wird auf das Tempo gedrückt. Es wird gesagt, wir wollen das möglichst schnell umsetzen. Da hat Bayern nicht mitgewirkt, vielleicht auch wohl wissend, dass man, was die eigene Landesgesetzgebung anbetrifft, insbesondere beim Rundfunkrat und Medienrat hinterherhinkt und es nicht geschafft hat, innerhalb der Amtszeit eine Regelung zu schaffen, eine neue Amtszeit mit einer neuen Regelung zu beginnen, die dem Urteil des Bundesverfassungsge-

richts entspricht. Deshalb musste man den Bypass aus Verlegenheit wählen und die Amtszeit des Medienrates verlängern. Das macht deutlich, dass die Staatsregierung, aber auch der Gesetzgeber geschlafen haben, sich zu viel Zeit gelassen haben. Insofern scheint auch in dieser Protokollnotiz ein Versäumnis des Freistaates Bayern auf.

Diese Gründe, die ich genannt habe, veranlassen uns FREIE WÄHLER, die wir noch nicht in einer der Landesregierungen vertreten sind, dazu, diesem Staatsvertrag nicht zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Ulrike Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE haben das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr begrüßt. Wir haben das Ganze ja mit angeschoben, damit es überhaupt zu dem Verfahren kam. Allerdings ist die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils leider nicht das geworden, was wir uns erhofft haben. Es ist nämlich nicht zu einer echten tiefgreifenden Reform gekommen.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurden zwar gerade so eben umgesetzt; aber die Gesamtschau zeigt, dass das doch relativ nutzlos gemacht wurde. Es wurden Chancen verpasst, dem ZDF eine gesellschaftsnahe Aufsicht und den Zuschauerinnen und Zuschauern damit das Gefühl zu geben, dass sie von diesem Gremium tatsächlich vertreten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde wieder wie alle vorhergehenden auf sehr intransparente Art und Weise hinter verschlossenen Türen ausgemacht. So bleibt es zum Beispiel nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien welche gesellschaftliche Gruppe vertreten sein wird und welche nicht. Es gibt keine Begründungen dafür im Staatsvertrag oder auch analog zu den Verhandlungen.

Das Gremium sollte ja staatsferner werden. Ja, es ist jetzt staatsferner geworden. Die Ministerpräsidenten haben das aber auf eine sehr eigene Art interpretiert und umgesetzt. Die staatliche Seite stellt zwar nun nur noch ein Drittel des Gremiums, das heißt, die Ministerpräsidenten können einen kritischen Chefredakteur nicht mehr einfach aus dem Amt kegeln. Es wird also keine zweite "Causa Brender" geben. Aber nun sind auch die Vertreter und Vertreterinnen der Partei-

en herausgefallen, und zwar allein zugunsten der Exekutiven. Hier wird das Rad des Exekutivföderalismus munter weitergedreht. Es steht außerdem zu befürchten, dass dort nur noch die Ministerpräsidenten und die Regierungsvertreter der Großen Koalition vertreten sind.

Wenn ich das jetzt einmal aus unserer Warte, aus der Warte der GRÜNEN hier im Bayerischen Landtag sehe, dann kann das nicht in unserem Sinne sein. Die politische Vielfalt bildet sich in dem neuen ZDF-Fernsehrat nicht ab. Es gibt nur einen einzigen wirklichen Erfolg, und den bejubeln wir auch kräftig. Der einzige wirkliche Erfolg kam aber nur zustande, weil wir GRÜNEN nicht lockergelassen haben. Wir haben auch bei der Umsetzung darauf gedrängt, und wir haben eine Möglichkeit gefunden, das umzusetzen. Künftig wird es eine Vertretung der Schwulen und Lesben bzw. der LSBTTIQ im Fernsehrat geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist sicherlich ein ganz, ganz großer Fortschritt. Den begrüßen wir ganz ausdrücklich. In der Gesamtschau aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns das zu wenig. Gerade nach den Beratungen in den Ausschüssen und nach dem, was wir gehört haben – auch die Ausführungen von Herrn Kollegen Piazzolo haben das bestärkt, sowohl im Ausschuss als auch gerade eben wieder –, ist uns das deutlich zu wenig. Wir wollen, und hier bin ich auch bei einem Argument, das der Kollege gerade aufgegriffen hat, und knüpfe daran: Wir wollen auch die Landesgesetzgebung reformieren. Wir wollen deutlich weiter gehen als das, was wir jetzt haben. Wir sehen es deshalb als schlechtes Zeichen an, diesem Staatsvertrag jubilierend beizutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Gesamtschau kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir unser Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen revidieren und diesem Staatsvertrag nunmehr nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf der Drucksache 17/7548 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst auf der Drucksache 17/8850 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein

Handzeichen. – Das sind die CSU und die SPD. Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dem Staatsvertrag zugestimmt worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Abstimmung
über eine Europaangelegenheit und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Bestellung
eines Mitglieds des Untersuchungsausschusses
"Modellbau"**

Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Frau Judith Gerlach künftig Frau Michaela Kaniber neues Mitglied des Untersuchungsausschusses sein soll. Gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags erfolgt die Bestellung durch den Landtag. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt darüber Beschluss fassen.

Wer mit der Bestellung von Frau Michaela Kaniber zum Mitglied des Untersuchungsausschusses einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist Frau Michaela Kaniber zum Mitglied des Untersuchungsausschusses "Modellbau" bestellt worden. Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Bestätigung
zweier Mitglieder für den Landessportbeirat**

Der Staatsminister des Inneren, für Bau und Verkehr hat mitgeteilt, dass der Bayerische Sportärzteverband e.V. für seine Vertretung im Landessportbeirat Frau Professor Dr. Renate Oberhoffer als neues Mitglied vorgeschlagen hat. Sie würde damit die Nachfolge von Herrn Dr. med. Helmut Pabst übernehmen.

Des Weiteren hat der Bayerische Jugendring für eine seiner beiden Vertretungen im Landessportbeirat Herrn Florian Beyer vorgeschlagen. Dieser würde die Nachfolge von Frau Lea Sedlmayr übernehmen. Herr Staatsminister Herrmann hat gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch Beschluss des Bayerischen Landtags herbeizuführen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer den vorgenannten Vorschlägen seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Den Vorschlägen ist damit zugestimmt worden.

Der Landtag bestätigt damit gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat Frau Professor Dr. Renate Oberhoffer und Herrn Florian Beyer als neue Mitglieder des Landessportbeirates.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 9 mit 18** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern-barrierefrei für Alle! - Bayerischer Masterplan zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum (Drs. 17/7556)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern-barrierefrei für Alle! - Barrierefreie Bahnhöfe Bayern (Drs. 17/7560)**

und

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern barrierefrei für alle!
Sonderförderprogramm "barrierefreies Rathaus" (Drs. 17/7779)**

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern barrierefrei für alle!
Barrierefreie Busbahnhöfe Bayern (Drs. 17/7780)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern Barrierefrei 2023 II - Einrichtung eines Bayerischen Kompetenzzentrums Barrierefreiheit (Drs. 17/6948)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 V - Zertifikat für barrierefreie öffentliche Gebäude und Einrichtungen einführen (Drs. 17/6951)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 VI - Überprüfung staatlicher Förderprogramme und stärkere Berücksichtigung der Barrierefreiheit bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel (Drs. 17/6952)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen I: Aktionsplan zur Umsetzung vorlegen (Drs. 17/7582)

und

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen III: Ständige Arbeitsgruppe zur Umsetzung einrichten (Drs. 17/7766)

und

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u. a. (SPD)
Barrierefreiheit einfach machen V: Zielvereinbarungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit (Drs. 17/7768)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredzeit beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minu-

ten. Als ersten Redner bitte ich Herrn Dr. Fahn zum Rednerpult.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch hier müssen wir wieder mit dem Satz unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer beginnen, der bei seiner Regierungserklärung sagte: Bayern wird in zehn Jahren, also 2023, im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei sein. - Klar ist, Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen, sondern auch auf ältere Menschen und auf Personen mit Kleinkindern. Was aber ist davon übrig geblieben? – Wir haben gemerkt, die größten Barrieren sind die großen leeren Versprechungen. Deshalb stehen heute auf der Tagesordnung auch wieder so viele Anträge zu dem Thema.

Die heute zur Diskussion stehenden Anträge sind sehr wichtig. Sie müssen es so verstehen: Die Opposition versucht, Punkte des Ministerpräsidenten konkret vorzubringen. Sie sind bisher leider noch nicht verwirklicht worden. Einer dieser wichtigen Anträge fordert einen Masterplan zur Barrierefreiheit. Das heißt, es wird eine Bestandsaufnahme bei allen öffentlichen Gebäuden durchgeführt. Gemeint sind staatliche und kommunale Gebäude, aber auch Bildungseinrichtungen. Außerdem brauchen wir eine ständige Arbeitsgruppe, die den Masterplan zeitnah umsetzt. An dieser Arbeitsgruppe sollen auch Abgeordnete beteiligt sein. Wir unterstützen deshalb auch einen Antrag der SPD.

Am 01.10.2015 haben wir im Sozialausschuss aber erfahren, dass diese Bestandsaufnahme nur bei staatlichen öffentlichen Gebäuden gemacht wird, also bei maximal 2.300 Gebäuden. Dabei gibt es insgesamt etwa 5.500 öffentliche Gebäude im Freistaat. Das ist das Problem. Eine umfassende Bestandsaufnahme ist aber die Voraussetzung für den Masterplan, doch die fehlt. Das ist uns insgesamt zu wenig, weil die Kommunen, wenn es um die öffentlichen Gebäude geht, einfach vergessen werden. Das ist unsere Kritik: Warum werden bei der Umsetzung die Kommunen vergessen?

Der Sozialverband VdK ergänzt noch dahin gehend, dass von der Barrierefreiheit die gesamte Gesellschaft profitiere und nicht nur Menschen mit Behinderung. Wir reden hier von 1,5 Millionen Menschen. In Bayern sind es 12 % der Bevölkerung, deren Bedürfnisse einfach hintangestellt werden. So belegt Bayern beispielsweise im Bund-Länder-Vergleich bei der Inklusion nur den drittletzten Platz. Insoweit muss sich etwas verbessern.

Selbstverständlich haben wir auch zur Kenntnis genommen, dass im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt von der Staatsregierung und auch von der CSU einige Anträge zur Barrierefreiheit gestellt wurden, so zum Beispiel zur Barrierefreiheit von Gerichten oder Einrichtungen des Justizvollzugs. Auch wurden 3 Millionen Euro für Planungsmaßnahmen für barrierefreie Bahnhöfe beantragt. Das ist aber nur ein kleiner Schritt, der uns zu wenig ist, zumal 70 % der Bahnhöfe in Bayern noch nicht barrierefrei sind. Daran sieht man auch, dass die Realität relativ hart ist.

Ich nenne einige Punkte, die uns wichtig sind. Der erste Punkt ist das barrierefreie Rathaus. Bezüglich der Barrierefreiheit müssen wir pragmatisch vorgehen. Deswegen haben wir gefragt: Wohin gehen die Leute im öffentlichen Raum oft? – Das sind die Rathäuser. Daher haben wir gesagt, es ist wichtig, dass bis zum Jahr 2023 möglichst alle Rathäuser barrierefrei sind und dass wir ein spezielles Förderprogramm haben, das die Kommunen dafür in Anspruch nehmen können. Für uns ist das ein absolutes Muss. Der Staat muss dies auch deshalb finanzieren, weil den Gemeinden seit dem Jahr 2001 pro Einwohner unverändert nur 16,70 Euro als Erstattungsleistung dafür gewährt werden, dass sie auch staatliche Aufgaben wahrnehmen müssen.

Um diesen Antrag ein wenig zu vertiefen, haben wir über 100 Bürgermeister in Unterfranken angeschrieben und einhellige Zustimmung erfahren. Natürlich wissen wir, dass Sie im Ausschuss gesagt haben, es gebe Investitionspauschalen und die Bagatellgrenze bei der Förderung des kommunalen Hochbaus sei etwas gesenkt worden. Das ist aber für uns nicht ausreichend. Wir wollen, dass bis zum Jahr 2023 jedes Rathaus in Bayern barrierefrei ist. Dazu benötigen wir ein spezielles Förderprogramm. Das ist ein wichtiger Punkt für die FREIEN WÄHLER.

Weiter wollen wir ein Förderprogramm für barrierefreie Bahnhöfe. Dies wurde schon öfter diskutiert. Von den 1.000 Bahnhöfen in Bayern sind maximal 300 bis 400 barrierefrei; die anderen sind es noch nicht. Wir haben deshalb gesagt: Wir brauchen einen konkreten Stufenplan und eine Erhöhung der Mittel, die der Freistaat Bayern gibt, von 60 Millionen Euro auf mindestens 120 Millionen Euro, obwohl wir natürlich auch wissen, dass das Bundessache ist.

Dass dies aber beim Ministerium noch gar nicht richtig angekommen ist, zeigt ein Protokollauszug aus der Wirtschaftsausschusssitzung vom 29. Oktober. Ein Vertreter des Innenministeriums sagte, in den großen bayerischen Bahnhöfen sei die Barrierefreiheit schon erreicht. Daraufhin hat selbst Herr Rotter von der CSU

gesagt, das gelte auf keinen Fall für die Bahnhöfe Augsburg und Würzburg. Ich ergänze: Auch Nürnberg ist noch lange nicht barrierefrei. Für Würzburg ist geplant, bis zur Landesgartenschau Barrierefreiheit zu schaffen. Diese findet 2018 statt. Meine Damen und Herren, das dauert viel zu lange, und außerdem werden bis 2018 nur die Gleise 1 bis 6 barrierefrei sein, die anderen nicht. Wir sehen also: Da kommt noch viel auf uns zu.

Wichtig ist uns auch das Thema des barrierefreien Tourismus. Dieses kann hier sehr gut mit einbezogen werden; denn nur mit barrierefreien Bahnhöfen lässt sich auch ein barrierefreier Tourismus umsetzen. Aber die Staatsregierung hat es bislang noch nicht einmal fertiggebracht, ein Konzept zum barrierefreien Tourismus vorzulegen.

Wir brauchen einfach eine Übersicht über staatliche Fördermaßnahmen. Immerhin, ein kleiner Erfolg bestand darin, dass die Staatsregierung berichten wird, welche Maßnahmen und Investitionen in den vergangenen fünf Jahren ergriffen wurden, um den barrierefreien Tourismus in Bayern zu fördern. Falls ein Konzept existiert, sollte dieses auch präsentiert werden. Darauf sind wir auch gespannt, meine Damen und Herren.

Von der engagierten Behindertenbeauftragten Irmgard Badura stammt der Satz, Inklusion sei kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Angesichts der Strecke von 42,2 Kilometern fragt man sich natürlich, ob wir das bei dem atemberaubenden Tempo der Staatsregierung in diesem Jahrhundert überhaupt noch schaffen. Wir wollen in Bayern bis zum Jahr 2023 die flächendeckende Barrierefreiheit erreichen. Dabei dürfen auch die Kommunen nicht fehlen, und auch der Staat sollte sich an der Finanzierung beteiligen.

Als kleines Beispiel ist der Aktionsplan "Die barrierefreie Gemeinde" für 16 Kommunen zu nennen. Aber das sind natürlich nur wenige, angesichts der über 2.000 Gemeinden in Bayern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie Ihre Redezeit!

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ja, die Redezeit ist jetzt zu Ende.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir sind der Meinung: Barrierefreiheit ist ein wichtiges Ziel. Wir müssen anstreben, Bayern bis zum Jahr 2023 komplett barrierefrei zu gestalten.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich Frau Celina das Wort erteile, gebe ich be-

kannt, dass die SPD-Fraktion für den Tagesordnungspunkt 18 namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte sehr, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Wir haben exakt zehn Jahre Zeit, um in Bayern im gesamten öffentlichen Raum Barrierefreiheit umzusetzen. Zwei Jahre sind bereits vergangen, und es steht in Ihrer Verantwortung, das Thema Barrierefreiheit in den kommenden acht Jahren so weit voranzubringen, dass wir das vom Ministerpräsidenten gesteckte Ziel wenigstens annähernd erreichen.

Bisher läuft es aber leider so: Sie, liebe Kollegen von der CSU, schießen nur auf das Sozialministerium und sagen: Die machen das schon. Das geschieht aber nicht. Es ist doch kein Zufall, dass wir heute über zehn Anträge der Oppositionsfractionen debattieren, die Handlungsbedarf aufzeigen, weil die Barrierefreiheit in Bayern nur im Schnecken-tempo vorankommt.

Die Situation in Bayern geht einher mit der Situation im Bund. Auch die Bundesregierung kommt bei der Inklusion nur im Schnecken-tempo voran, wie wir am Beispiel des Bundesteilhabegesetzes sehen. Sie als Abgeordnete der Regierungsfraction sollten endlich erkennen, dass in Bayern das Erreichen von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum eben nicht einfach bis 2023 vom Himmel fällt, sondern dass wir, was das Umsetzungstempo angeht, nicht 8, sondern 80 Jahre vom Erreichen des Ziels entfernt sind.

Faktisch geben Sie mit dem weiteren Abwarten die Umsetzung des großen Ziels der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum auf, und das, obwohl dieses große Ziel aus der Regierungserklärung schon vom Kabinett gestützt wurde und obwohl die Ziele der Regierungserklärung und des Ministerpräsidenten am Veto des Finanzministers scheiterten und auf die Bereiche Mobilität, Bildung und staatliche Gebäude eingedampft wurden.

Selbst für diese drei Zwischenziele bekommen wir erst allmählich die Daten und die Fakten auf den Tisch, die zeigen, wie groß der Handlungsbedarf wirklich ist. Es wird auch nach der heutigen Debatte immer noch keinen Masterplan oder Aktionsplan geben, es wird auch nach der heutigen Debatte immer noch kein Kompetenzzentrum geben. Die Verbände für Menschen mit Behinderung werden auch nach dieser Debatte, was das Erreichen des Ziels angeht, nicht wirklich eingebunden sein. Weder für den Bereich der Bahnhöfe noch für den Bereich der Busbahnhöfe noch für den Bereich der Rathäuser wird es Lösungsvorschläge von Ihrer Seite geben.

Man muss nicht jedem einzelnen Antrag zustimmen, aber von vornherein keine einzige eigene Idee dageganzusetzen, finde ich schwach.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Heute steht es ganz klar 10 : 0 für die Opposition, was Ideen und Gestaltungswillen angeht. Zehn Anträge der Oppositionsfractionen und null Anträge von der CSU-Fraction. Dabei ist klar: Wenn man ein Ziel hat und ein Ziel erreichen will, dann braucht man einen Plan, dann muss man Maßnahmen definieren, dann muss man umsetzen, dann muss man Erfolgskontrollen durchführen und die Ziele immer im Blick haben. Alles das existiert beim Thema Barrierefreiheit kaum.

Die Bayerische Staatsregierung hat einzelne Maßnahmenfelder definiert, aber, mit Verlaub, es fehlt der Weitblick. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel werden nicht zur Verfügung gestellt. Mit nur 20 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln kann der Sprung nicht sehr groß ausfallen. Nach der Regierungserklärung vor zwei Jahren waren gute Ideen vorhanden – es gab ja ressortübergreifende Konzepte –, aber sie wurden vom Finanzminister eingedampft. Jetzt gibt es ein paar nette Projekte, ein paar Modellkommunen hier und ein bisschen Geld für die Architektenkammer da. Warum trauen Sie sich nicht, von der Staatsregierung ein Konzept einzufordern, das den Namen Aktionsplan verdient sowie nachvollziehbar und nachprüfbar ist?

Die großspurige Ankündigung, Bayern im gesamten öffentlichen Raum bis zum Jahr 2023 barrierefrei zu machen, stammt vom Ministerpräsidenten. Wir haben bis heute noch keinen Aktionsplan, der diesen Namen verdient. Was heißt denn Barrierefreiheit? - Das heißt, dass die bauliche Umwelt, die Information und die Kommunikation von Menschen mit Behinderungen oder mit einer Einschränkung, zum Beispiel von älteren Menschen, in derselben Weise genutzt werden können wie von Menschen ohne Behinderung.

Barrierefreiheit ist aber nicht einmal das eigentliche Ziel. Sie ist letztlich nur Mittel zum Zweck, sie ist die Voraussetzung, um Teilhabe zu ermöglichen. Wie soll ein Mensch mit Behinderung arbeiten können, wenn er nicht zur Arbeitsstelle kommt? Wie soll er teilhaben können, wenn er im Theater nichts versteht? Was ist, wenn er das Programm der öffentlichen Bibliothek zur Fernleihe nicht nutzen kann? Genau das ist mit Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gemeint. Aber davon sind wir Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Anzahl derjenigen, die Barrierefreiheit brauchen werden, wird, wie wir alle wissen, massiv ansteigen. Bis zum Jahr 2050 werden wir etwa zehn Millionen Über-Achtzigjährige haben, heute sind es vier Millionen. Viele von ihnen werden geh-, seh- oder hörbehindert sein. Was ist seit der Regierungserklärung geschehen? Ich habe heute einmal auf der Seite des zuständigen Sozialministeriums nachgelesen.

(Ruth Waldmann (SPD): Ich auch!)

Liebe Frau Müller, ist Ihnen bewusst, dass Barrierefreiheit auf Ihrer Seite unter dem Titel "Behindertenpolitik" zu finden ist? Wollen Sie wirklich noch Behindertenpolitik machen? – Ich will das nicht. Ich will Politik für die gesamte Gesellschaft machen, für Menschen mit den verschiedensten Einschränkungen, für alle, für die Barrierefreiheit wichtig ist. Allein schon die Wahl des Begriffs "Behindertenpolitik" zeigt mir, dass das Ministerium noch nicht die gesamte Aufgabe im Blick hat, die ihm der Ministerpräsident aufgegeben hatte und gleich wieder eindampfen ließ.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine der bisherigen Top-Maßnahmen zum Thema Umsetzung der Barrierefreiheit in Bayern bis 2023 war die Überreichung eines Förderbescheids an den Präsidenten der Bayerischen Architektenkammer in Höhe von 360.000 Euro im Mai dieses Jahres. Barrierefreiheit beim Bauen umfasst aber noch viel mehr als die Frage, welche Vorschriften und welche Fördermöglichkeiten es für barrierefreies Bauen bereits gibt. Um barrierefrei bauen und designen zu können, braucht es umfassende Vorkenntnisse. Wäre es deshalb nicht sinnvoll, an einer Hochschule in Bayern zum Beispiel einen Lehrstuhl zum Thema "Design für alle" einzurichten, einen Lehrstuhl, an dem geforscht und unterrichtet wird, wie beispielsweise barrierefreie Türen aussehen sollten? Dass sie auf Knopfdruck geöffnet werden könnten, ist klar, aber wie schafft man es, dass sie für Menschen mit Sehbehinderung gut sichtbar sind?

Wie sieht es denn im Sozialministerium aus? Überprüfen Sie einmal dort den Stand der Barrierefreiheit. Fragen Sie einmal jemanden mit einer Sehbehinderung, wie er mit dem öffentlichen Nahverkehr in München zum Sozialministerium fährt, ob er den Eingang ins Ministerium findet, innen den Aufzug sieht und die richtige Tür zum Büro seines Ansprechpartners findet. Ich versichere Ihnen: Da gehen Ihnen im wahrsten Sinne des Wortes die Augen auf.

Das ist überall so. Deswegen fordern die Oppositionsparteien so vehement Aktionspläne, Masterpläne und die Beteiligung der Verbände. Es ist Ihre Aufgabe als

Abgeordnete zu kontrollieren, einzufordern und die Barrierefreiheit zum Erfolg zu führen.

Der Verweis darauf, das Sozialministerium mache schon etwas oder es gebe ein paar Modellkommunen oder die Architektenkammer habe Geld bekommen, wird nicht sehr überzeugend klingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz auf die Anträge der Oppositionsfraktionen eingehen, weil wir sie alle in ähnlicher Form schon gestellt haben.

Die FREIEN WÄHLER haben heute einen besonderen Schwerpunkt auf die Entlastung der Kommunen und der Bahn gelegt. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, wenn wir in Bayern vorankommen wollen.

Die GRÜNEN schlagen, wie wir das auch schon getan haben, ein Kompetenzzentrum vor. Ja, das brauchen wir, und zwar unter anderem deshalb, weil wir aufeinander abgestimmte Konzepte brauchen. Es gibt verschiedene Arten von Behinderungen. Es reicht nicht, eine Rampe hinzubauen, sondern man muss auf die unterschiedlichen Sinnesbeeinträchtigungen, auch auf Menschen mit einer geistigen Behinderung sowie mit chronischen psychischen Erkrankungen etc. abstellen.

Wenn die Kommunen Aufgaben für den Freistaat übernehmen sollen, dann brauchen sie erstens eine finanzielle Entlastung und zweitens wenigstens für die Beratung echte Unterstützung. Diese kann ein solches Kompetenzzentrum leisten.

Beim Zertifikat für die öffentlichen Gebäude müssen wir festlegen, wann wir Barrierefreiheit als erreicht definieren. Welche Zielvorgaben haben wir? Übrigens würde auch die Vermarktung von zertifizierten öffentlichen Gebäuden ein Standortvorteil sein und das Land voranbringen; denn das empfiehlt zur Nachahmung und könnte ein Aushängeschild für Bayern sein.

Der Aktionsplan oder Masterplan - wie immer man ihn auch nennen will -, den wir zum x-ten Mal einfordern, ist die Grundlage, auf die alle anderen Akteure warten. Private Investoren, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, die Bahn oder wer auch immer wollen alle wissen, welche Aktionen wann in welcher zeitlichen Abfolge und mit welcher Finanzierung kommen.

Das, was im Moment als Aktionsplan bezeichnet wird, ist gar kein Aktionsplan Barrierefreiheit, sondern es ist der Aktionsplan von 2013, in dem es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geht. Darin ist die Barrierefreiheit aber nur ein kleiner, wenn auch ein sehr wichtiger Teil. Es ist der erste Aktionsplan, in dem keine neuen Aktionen stehen, sondern nur auf Dinge verwiesen wird, die bereits gemacht worden sind nach dem Motto: Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht. Es ist jetzt wirklich nötig, dass für alle Akteure Klarheit geschaffen wird.

Sie könnten sich dabei ein Beispiel an Rheinland-Pfalz nehmen, wo es eine Arbeitsgruppe gibt, die nicht nur interministeriell arbeitet, sondern auch Behindertenvertreter verschiedener Verbände einbezieht gemäß dem Motto: Nichts über uns ohne uns!

Es ist unerlässlich, dass wir nicht nur ressortübergreifend arbeiten, sondern auch alle Akteure mit ins Boot holen, um einen echten Landesaktionsplan umzusetzen. Übrigens waren Sie schon einmal weiter mit Ihrer Arbeitsgruppe. Leider sind Sie diesbezüglich vom Finanzminister eingebremst worden, was wir sehr bedauern; denn die ersten Ansätze dieser Arbeitsgruppe haben sich ganz gut angehört. Es muss der Grundsatzbeschluss des Kabinetts fallen, dass Inklusion in Bayern kein zusätzliches Geld kosten darf, sonst kommen wir überhaupt nicht von der Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eines hinweisen: Ich bin froh, dass der Vorsitzende des Sozialausschusses, Kollege Unterländer, unmissverständlich klargestellt hat, dass Barrierefreiheit in Bayern nicht an der Flüchtlingsproblematik scheitern wird, die verschiedenen Geldtöpfe nichts miteinander zu tun haben und auch nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Ähnliches hat der Ministerpräsident in seiner letzten spontanen Wortmeldung vor dem Hohen Haus gesagt: Es werden wegen des Flüchtlingsthemas keine Sozialleistungen und Ausgaben zurückgefahren. Dieses Argument fällt also schon mal weg.

Wir möchten Ihnen noch einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Im nächsten Jahr wird das Behindertengleichstellungsgesetz auf Bundesebene neu formuliert und in der Folge auch das Landesbehindertengleichstellungsgesetz. Also ist jetzt der richtige Zeitpunkt, ein paar inhaltliche Vorgaben und Vorschläge zu unterbreiten, die dann bitte in dieses neu zu formulierende Gesetz aufgenommen werden sollen.

Wir schlagen Ihnen vor, einen Anspruch auf Aufnahme von Zielvereinbarungsverhandlungen aufzunehmen. Das ist ein Rechtsinstrument, das der Bundes-

gesetzgeber schon installiert hat und das auf Landesebene umgesetzt werden müsste. Acht Bundesländer tun das bereits. Es handelt sich um ein ergänzendes Instrument zur Schaffung von Barrierefreiheit, und zwar dort, wo Regelungslücken bestehen und es keine gesetzlichen Vorgaben gibt. Zum Beispiel ist das bei Altbauten, bereits bestehenden Anlagen oder Inneneinrichtungen, bei alten Rathäusern, Marktplätzen, Supermärkten, aber auch bei Kultureinrichtungen, Kinos, Hotels und Ähnlichem der Fall. Dort besteht Bestandsschutz.

Bislang müssen Kommunen und private Betreiber nicht von sich aus aktiv werden, um Barrierefreiheit zu schaffen. Wir wollen erreichen, dass mit einem solchen Rechtsanspruch auf Aufnahme von Zielvereinbarungsverhandlungen anerkannten Verbänden von Behinderten ein aktives Instrument in die Hand gegeben wird, damit sie nicht als Bittsteller auftreten müssen, sondern einen klaren Rechtsanspruch haben. Dabei würde es sich um einen Vertrag handeln, der ausgehandelt werden soll. Das heißt natürlich auch: Wir können das Ergebnis solcher Verhandlungen nicht vorwegnehmen. Wir wollen also einen Anspruch auf Aufnahme von Verhandlungen verankert wissen, aber natürlich keinen Anspruch darauf, welchen Abschluss diese Verhandlungen finden.

Was meine ich damit? - In den acht Bundesländern, die diese Zielvereinbarungsverhandlungen bereits praktizieren, hat sich gezeigt, dass den Verhandlungen, wenn sie erst einmal aufgenommen werden, etwa mit Kommunen oder mit privaten Betreibern, in aller Regel ein positives Ergebnis folgt. Bereits während der laufenden Verhandlungen und Gespräche werden erste Maßnahmen umgesetzt. Selbst wenn es nicht zu einem formalen Abschluss kommt, ist durch die intensive Auseinandersetzung der Beteiligten mit der Thematik in der Regel sehr viel in Bewegung gesetzt worden. Man kann insofern feststellen, dass allein der angestoßene Prozess höher zu bewerten ist als am Ende die Unterschrift unter ein Papier.

Das Rechtsinstrument des Anspruchs auf Aufnahme von Zielvereinbarungsverhandlungen ermöglicht es, individuelle und verhältnismäßige Lösungen zu finden, die auf die Bedürfnisse vor Ort, also die örtlichen Gegebenheiten und die tatsächlichen Bedürfnisse der Nutzer, zugeschnitten sind. Deswegen handelt es sich um ein gutes Instrument, das keine unmittelbaren Sachausgaben nach sich zieht.

Jetzt ist die Zeit, bei der Neuformulierung des Behindertengleichstellungsgesetzes solche Vorgaben aufzunehmen. Wir haben uns im Ausschuss bereits darüber unterhalten, wobei dieser Vorschlag allgemein Zustimmung gefunden hat. Leider konnte sich

die Mehrheitsfraktion nicht entschließen, dem Vorschlag zuzustimmen, mit dem Hinweis, erst einmal abzuwarten, was in den Referentenentwürfen steht. Dazu muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gesetze werden hier im Parlament gemacht. Es schadet überhaupt nicht und wird Ihnen niemand übel nehmen, wenn Sie Vorschläge gemeinsam mit uns oder auch selber formulieren, die dann in die jeweiligen Entwürfe aufgenommen werden.

Wenn Bayern in acht Jahren barrierefrei sein soll, kann man doch jetzt nicht abwarten wollen, was in irgendwelchen Abteilungen der Ministerien, von den Referenten oder anderen Personen entwickelt und vorgegeben wird, da müssen Wille und Gestaltungsanspruch gerade auch der Mehrheit, bei der Regierungsfraktion, vorhanden sein – vonseiten der Opposition ist dieser Wille bereits erkennbar –, diese Dinge wirklich in die Hand zu nehmen, voranzutreiben und nicht darauf zu warten, ob sich die Fragen vielleicht durch Nichtstun von alleine lösen. Geben Sie sich einen Ruck! Sie haben unseren Vorschlag zumindest in diesem Punkt an und für sich schon gutgeheißen. Vielleicht wären Ihnen die Kolleginnen und Kollegen in den Ministerien und Referaten durchaus dankbar, wenn sie einmal klare Vorgaben bekämen, was dieser Landtag eigentlich will und in welche Richtung wir wirklich gehen wollen. Es wäre schön, wenn Sie sich dazu durchringen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke. - Nächster Redner ist Herr Kollege Thomas Huber.

Thomas Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Plenarsitzungen des Bayerischen Landtags können bekanntlich nicht nur live per Web-TV, sondern seit geraumer Zeit auch barrierefrei mitverfolgt werden. Seit Inkrafttreten des Bayerischen Gesetzes zur Gleichstellung, Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderung müssen auch die Internetauftritte der öffentlichen Hand in Bayern barrierefrei gestaltet und Dokumente für Blinde im Verwaltungsverfahren in einer für sie geeigneten Form zugänglich gemacht werden. Hier gehen der Landtag und unsere Ministerien mit gutem Beispiel voran, wie wir gestern Abend bei der Veranstaltung der CSU-Landtagsfraktion mit dem Titel "Neue Möglichkeiten der Barrierefreiheit" bestätigt bekommen haben. Das sind sehr schöne, weil sehr hilfreiche Zeichen dafür, dass wir in Bayern den Menschen mit Handicaps – ich schränke jetzt nicht ein, sondern rede von allen Handicaps – so viele Schranken wie irgend möglich aus dem Weg räumen möchten. Aber das ist natürlich nicht genug. Aus diesem Grund hat sich der

Freistaat Bayern das durchaus ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2023 im öffentlichen Raum die komplette Barrierefreiheit zu erreichen.

Ich möchte an dieser Stelle unserem Ministerpräsidenten für die Formulierung dieser Vision eines barrierefreien Bayerns, also für die Zielvorgabe, die Barrierefreiheit bis 2023 zu erreichen und damit auch in der Bevölkerung zu einem Bewusstseinswandel beizutragen, ausdrücklich danken. Erst seitdem wird auf allen politischen Ebenen – auch in den kommunalen Gremien – verstärkt darüber diskutiert, wie man für die in Bayern lebenden Menschen mit Behinderungen, für ältere Menschen – hier spreche ich auch aus demografischer Sicht –, die auf Gehhilfen angewiesen sind, und für Familien, zum Beispiel mit Kinderwägen, Verbesserungen erreichen kann. Auch als Demografiopolitiker Sprecher der CSU-Fraktion sage ich: Mit der Erreichung dieses Ziels ermöglichen wir allen Generationen eine weitgehend freie Beweglichkeit im öffentlichen Raum und damit ein echtes Plus an Lebensqualität.

Frau Celina, der Freistaat Bayern hat bekanntlich das Programm "Bayern barrierefrei 2023", das natürlich auch ein Konzept ist, aufgelegt. Bayern setzt dieses Programm bereits um. Ich erinnere an den ausführlichen Bericht zum 205 Millionen Euro umfassenden Sonderinvestitionsprogramm für Barrierefreiheit im sozialpolitischen Ausschuss Anfang Oktober. Dieses Programm war im Übrigen bereits in den Vorjahren mit jeweils 70 Millionen Euro ausgestattet. Das Programm konzentriert sich in einem ersten Schritt im Doppelhaushalt 2015/2016 auf die drei wichtigsten prioritären Handlungsfelder. Frau Celina, da wurde nichts eingedampft, wie Sie vorhin gesagt haben. Die drei prioritären Handlungsfelder im Doppelhaushalt 2015/2016 sind: erstens Mobilität, zweitens Bildung und drittens staatliche Gebäude, die öffentlich zugänglich sind.

Damit man sich die Größenordnung bei den staatlichen Gebäuden vor Augen führen kann, ein paar Daten: Es gibt 5.500 relevante Gebäude, davon sind rund 3.150 öffentlich zugänglich. Rund 70 % davon weisen in Bezug auf die barrierefreie Zugänglichkeit Defizite auf. Daran wird hart gearbeitet. Neben flankierenden Maßnahmen, die als niederschwellige Anreize zur Bewusstseinsbildung enorm wichtig sind – zum Beispiel Information, Ausbau der Beratungsangebote und Anreize in der Privatwirtschaft –, werden diese wichtigen Ziele Schritt für Schritt umgesetzt. Was das konkret bedeutet, möchte ich am Beispiel Mobilität zeigen. Mobilität ist übrigens elementare Voraussetzung für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Für die Förderung von behindertengerechten Bussen im ÖPNV wurden 2014 im

Haushalt 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit wurden mehr als 400 Linienbusse gefördert. Auch in diesem Jahr und im kommenden Jahr stellen wir ebenso wie in den darauf folgenden Jahren dafür je 30 Millionen Euro bereit. Eine zusätzliche Förderung von barrierefreien Busbahnhöfen, wie zum Beispiel im Antrag der FREIEN WÄHLER unter TOP 12 gefordert, ist nicht Aufgabe des Freistaates, sondern der Kommunen.

Wie in den anderen Handlungsfeldern auch, sind für die Erreichung des Ziels alle politischen Ebenen mit verantwortlich. Ich spreche von allen Ebenen, angefangen von den Kommunen, Gemeinden, Landkreisen bis hin zu den Bezirken, selbstverständlich aber auch vom Freistaat Bayern, vom Bund und von den jeweiligen öffentlichen Dienstleistungsunternehmen wie beispielsweise der Deutschen Bahn. Ich spreche natürlich auch von der Kirche, zum Beispiel in Bezug auf die Kitas, oder von der Sachaufwandsträgerschaft in Bezug auf die Schulen, die für die Grund- und Mittelschulen bei den Gemeinden liegt und bei den Landkreisen im Falle von Gymnasien und Realschulen. Es geht also darum, im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche eigenverantwortlich zu handeln. Da kann und darf sich keiner aus der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Der Freistaat ist zwar Taktgeber in diesem Bereich, aber nicht für alles zuständig, auch wenn er natürlich auf vielen Gebieten die Kommunen unterstützt und sie nicht im Regen stehen lässt. Beispiele hierfür sind die Städtebauförderung, der Finanzausgleich und der Wohnungsbau.

Herr Fahn, da Sie vorhin gesagt haben, bei der Umsetzung würden die Kommunen vergessen: Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben eine Arbeitsgruppe gegründet, in der prioritäre Handlungsfelder zur Verwirklichung der Barrierefreiheit vor Ort entwickelt werden sollen. Dazu gehören sicher auch solche Busbahnhöfe, die bisher noch nicht barrierefrei sind. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass der Freistaat beim Thema Barrierefreiheit generell den engen Schulterschluss mit den Kommunen sucht; denn dieses große Ziel können wir nur gemeinsam erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das geforderte Förderprogramm für Rathäuser ist Aufgabe der Kommunen und nicht des Staates. Die Barrierefreiheit von Bahnhöfen, die bekanntlich Eigentum der Deutschen Bahn sind, unterstützen wir in unserem Haushalt mit unserem "Bayern-Paket 2013 – 2018" mit bis zu 60 Millionen Euro. Herr Fahn, zu Ihrem Vorwurf, bei den Bahnhöfen müsse mehr getan werden, sage ich: Richtig, da muss mehr getan werden. Das ist je-

doch auch Aufgabe der Deutschen Bahn und des Bundes, nicht nur des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die Summe in Höhe von 60 Millionen Euro, die ich gerade genannt habe, ist enorm. Der Betrag allein wird jedoch nicht ausreichen, damit alle Reisenden im Jahr 2023 von der Barrierefreiheit profitieren können. Deswegen unterstützen wir die Barrierefreiheit mit Bayernmitteln, entbinden jedoch die DB und den Bund nicht von deren Verantwortung. Diese müssen ihren Beitrag dazu ebenfalls leisten. Darum lehnen wir auch die Verdoppelung dieser Summe, wie mit dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 10 gefordert, ab. Das ist aus unserer Sicht aktuell nicht angebracht.

Ich halte das vorliegende Konzept, das Programm oder den Masterplan der Staatsregierung – wie Sie es auch immer nennen wollen, der Name ist mir egal – mit den aktuell priorisierten drei Handlungsfeldern für durchdacht und zielführend. Heute liegt ein Sammelurium an unkoordinierten und sich zum Teil widersprechenden Vorschlägen auf dem Tisch, die wir bereits im Fachausschuss ausführlich diskutiert und begründet abgelehnt haben. Während die FREIEN WÄHLER einen Bayerischen Masterplan zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum fordern, wollen die Kollegen von den GRÜNEN lieber ein Bayerisches Kompetenzzentrum Barrierefreiheit. Die SPD wiederum hätte lieber die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Barrierefreiheit.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Seid mir nicht böse: drei Oppositionsparteien mit drei unterschiedlichen Vorschlägen und Vorgehensweisen, die diametral auseinandergehen! Das alles ist nicht zielführend.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir diesen Vorschlägen folgen, könnten wir unser Programm gleich in "Bayern barrierefrei – nie erreicht" umbenennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, besonders über Ihren zuletzt genannten Vorschlag zur Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe habe ich mich sehr gewundert. Bekanntlich ist das Sozialministerium federführend für die Umsetzung der Barrierefreiheit zuständig. Mit dieser Aufgabe ist ein Fachreferat, das im Übrigen sehr gute Arbeit leistet, dauerhaft betraut.

(Ruth Waldmann (SPD): Aber keine Behindertenvertretung!)

Liebe Frau Ministerin, an dieser Stelle möchte ich ein herzliches Vergelt's Gott für die geleistete Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, übrigens wird das Grundkonzept parallel zu den laufenden Maßnahmen von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbindung der Behindertenbeauftragten, Frau Badura, weiterentwickelt, um auf diese Weise die neuen Handlungsfelder für den Doppelhaushalt 2017/2018 zu erarbeiten. Die bisherigen drei Handlungsfelder waren nur der erste Schritt. Der zweite Schritt wird im nächsten Jahr folgen. Im ersten Quartal werden wir einen Bericht im Sozialausschuss erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns einig. Uns liegt das Ziel der Barrierefreiheit im Sinne der betroffenen Menschen in Bayern außerordentlich am Herzen. Die Erreichung dieses Ziels ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Es muss noch vieles getan werden, um die Barrieren sowohl baulich als auch in den Köpfen abzubauen. Daran arbeiten wir mit Hochdruck.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Die nächste Wortmeldung, auch wenn es nur eine kurze ist, kommt von Herrn Kollegen Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Wie viele Sekunden haben wir noch?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Sie haben noch 1:40 Minuten Zeit. Bitte schön, Herr Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte in gebotener Kürze zu den Tagesordnungspunkten 10 und 12 noch etwas sagen. Diese Anträge wurden federführend im Wirtschaftsausschuss behandelt. Damit will ich Ihnen zeigen, dass wir nicht nur auf das Sozialministerium schauen. Frau Kollegin Celina, das Konzept zu den Bahnhöfen ist durchaus nachvollziehbar. Barrierefreiheit bedeutet für uns nicht nur Behindertenpolitik. Gerade im öffentlichen Verkehr werden auch ältere Personen, Personen mit schwerem Gepäck und Personen mit Kinderwägen davon profitieren.

Ich darf an das anschließen, was Herr Kollege Huber bereits gesagt hat. Der Freistaat Bayern leistet freiwillige Beiträge für barrierefreie Bahnhöfe. Aktuell läuft ein 60-Millionen-Euro-Programm. Das ist nicht das erste dieser Programme, obwohl ausschließlich die

DB AG zuständig ist, in deren Eigentum die Bahnhöfe stehen. Das können wir nicht mit einem Antrag ändern. Dafür müssten wir das Grundgesetz ändern. Das schafft der Bayerische Landtag alleine nicht.

Weil wir um die Bedeutung des barrierefreien Ausbaus der Bahnhöfe wissen, stellen wir diese Mittel freiwillig zur Verfügung und werden ein Anschlussprogramm auflegen. In diesem Anschlussprogramm werden die bisherigen Hauptkriterien wie die Fahrgastzahlen und der Zustand der vorhandenen Anlagen künftig um touristisch bedeutende Orte, Kurorte und Standorte von Reha-Kliniken oder Behinderteneinrichtungen erweitert. Das wird unseren Touristikern Klaus Holetschek und Klaus Stöttner auch recht sein. Von daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

Frau Präsidentin, zum Dringlichkeitsantrag "Barrierefreie Busbahnhöfe" brauche ich nur noch 15 oder 20 Sekunden.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte nur 15 Sekunden!

Eberhard Rotter (CSU): Den Antrag haben wir schon deswegen ablehnen müssen, weil selbst auf Nachfrage nicht geklärt werden konnte, welche Busbahnhöfe denn gemeint sind. Sind Fernbusbahnhöfe gemeint? Sind Busbahnhöfe an großen Bahnhöfen gemeint, an denen die Stadt- und Regionalbusse halten? Vielleicht haben die FREIEN WÄHLER mit ihrem Dringlichkeitsantrag aber auch jedes Haltestellenschild, das irgendwo in der Pampa steht und eine Bushaltestelle markiert, an der vielleicht zwei- oder dreimal am Tag ein Bus vorbeikommt, gemeint. Gut gemeint bedeutet nicht immer gut gemacht. Von daher lehnen wir auch diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Rotter. – Nun hat sich noch Frau Staatsministerin Müller zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bayern barrierefrei" ist ein Programm für alle – für Menschen mit und Menschen ohne Behinderung. Kein anderes Bundesland hat etwas Vergleichbares. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Unser Programm setzt dort an, wo die Barrierefreiheit für das alltägliche Leben von Menschen in Bayern von zentraler Bedeutung ist – für Menschen mit Behinderung, für ältere Bürgerinnen und Bürger mit eingeschränkter Mobilität, Menschen, die mit dem Rollator unterwegs sind, aber auch für Familien mit Kindern. Jeder und jede von uns profitiert davon.

Im Zusammenhang mit den drei Handlungsfeldern Mobilität, Bildung und öffentlich zugängliche staatliche Gebäude haben wir die erste Etappe in Angriff genommen. Dafür stehen im Doppelhaushalt 2015/2016 – das möchte ich betonen – 205 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 16 Millionen Euro für das Jahr 2016 sind im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags für den Nachtragshaushalt 2016 bereits beschlossen worden. Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" haben wir schon viel erreicht. Im Bereich Bildung haben wir die Fördermöglichkeiten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für die Kommunen deutlich verbessert. Maßnahmen zur Schaffung der Barrierefreiheit zum Beispiel in Schulen können nun erleichtert umgesetzt werden.

Zu den prioritären Handlungsfeldern Mobilität und staatliche Gebäude, die öffentlich zugänglich sind, wird Staatssekretär Gerhard Eck noch Näheres ausführen. Dort befinden wir uns auch auf einem sehr guten Weg.

Neben den Barrieren aus Beton gibt es vor allem Barrieren in den Köpfen. Das hat Herr Kollege Huber vorhin schon erklärt. Diese Barrieren müssen abgebaut werden, damit wir barrierefrei bauen, barrierefrei reisen und die Inklusion in unserer Gesellschaft voranbringen können. Dieser Bewusstseinswandel in den Köpfen der Bevölkerung braucht noch ein breites Informationsangebot. Dies gelingt beispielsweise durch unsere bayernweite Informationskampagne "Zukunft Inklusion". Um auch auf einfachem Weg die Barrierefreiheit nach außen sichtbar zu machen, stellen wir kostenlos ein Signet "Bayern barrierefrei" zur Verfügung. Damit können die Unternehmen und die öffentlichen Einrichtungen auf ihr Engagement hinweisen. Gleichzeitig erhalten die Menschen mit Behinderung die für sie wichtige Information.

Liebe Frau Celina, es ist richtig, dass die Barrierefreiheit bisher unter dem Titel "Teilhabe von Menschen mit Behinderung" auf unserer Homepage zu finden ist. Aber noch in dieser Woche wird das zentrale Informationsportal zur Barrierefreiheit unter www.barrierefrei.bayern.de online gehen. Wir bauen auch das Beratungsangebot für Barrierefreiheit bayernweit aus. Damit sich jeder informieren kann, wird die Anzahl der Beratungsangebote von bisher 8 auf 18 Standorte erweitert. Die Beratungsstelle "Barrierefreiheit" der Bayerischen Architektenkammer berät in Zukunft in allen Fragen zur Barrierefreiheit, vom barrierefreien Bauen bis hin zum barrierefreien Internet. Das Besondere daran ist: Die Beratung ist kostenlos.

Ich möchte feststellen, dass sich auch die Wissenschaft mit der Barrierefreiheit befasst. Gestern fand der Aktionstag "Barrierefreiheit" hier im Bayerischen

Landtag statt. Im Steinernen Saal hat ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität München ein Referat gehalten und dabei genau dargestellt, dass die Barrierefreiheit heute beim Planen und beim Bauen ein wichtiger Faktor ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aufgrund der bereits aufgebauten Strukturen ist die Schaffung eines Bayerischen Kompetenzzentrums "Barrierefreiheit", wie es von den Kollegen der SPD gefordert wird, nicht angezeigt. Der Aufbau derartiger Doppelstrukturen wäre nicht zielführend, sondern allenfalls kostenintensiv und undurchsichtig für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Mit dem Projekt "Bayern barrierefrei 2023" haben wir das Thema vorangebracht, neue Impulse gesetzt und eine Bewusstseinsänderung herbeigeführt. Mit den drei Handlungsfeldern haben wir schon viel erreicht. Derzeit stimmen wir innerhalb der Staatsregierung ab, welche Handlungsfelder wir für "Bayern barrierefrei" als Nächstes angehen wollen. Der Ministerrat wird demnächst darüber entscheiden.

Die Staatsregierung setzt ihre Ziele Schritt für Schritt um; denn die Umsetzung der Barrierefreiheit ist ein laufender Prozess. Wir werden sukzessive für jeden neuen Haushalt über die weiteren Schritte entscheiden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Umsetzung der Barrierefreiheit erfolgt unter Federführung meines Hauses gemeinsam mit allen Ressorts. Für eine leichtere Abstimmung besteht bereits seit Anfang 2014 eine interministerielle Arbeitsgruppe. In diese ist natürlich auch die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung eingebunden. Zudem wurde zum 1. Oktober 2015 in meinem Haus ein eigenes Fachreferat "Bayern barrierefrei" eingerichtet. Dieses Fachreferat befasst sich ausschließlich mit dem Thema "Bayern barrierefrei".

Für mich ist es deshalb nicht nachvollziehbar, welchen Mehrwert die von Ihnen vorgeschlagene Einrichtung einer weiteren ständigen Arbeitsgruppe bringen soll. Auch der Antrag zur Regelung von Zielvereinbarungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit im Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz wäre nicht zielführend. Mit dem Programm "Bayern barrierefrei" haben wir bereits eine solide Grundlage für die Schaffung eines barrierefreien Bayerns. Eine Zielvereinbarung würde nur zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Verbände bedeuten. Letztlich würde der Handlungsdruck auf die Selbsthilfeverbände abgewälzt werden.

Die Barrierefreiheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein barrierefreies Bayern ist nur mit einer breiten Akzeptanz und der Unterstützung aller Beteiligten zu erreichen. Ich bitte Sie daher um Unterstützung auf diesem Weg zu einer inklusiven Gesell-

schaft. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die eingebrachten Anträge sehe ich nicht als zielführend an. Sie würden allenfalls Doppelstrukturen und mehr Bürokratie schaffen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg zur Barrierefreiheit in Bayern. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Jetzt hat sich noch Herr Staatssekretär Eck zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte für mein Haus nur ganz kurz das klare Bekenntnis abgeben, dass wir die Umsetzung des Projekts "Bayern barrierefrei 2023" anstreben. Das möchte ich deutlich sagen. Ich möchte die Punkte, die bereits an dieser Stelle von meinen Vorrednern angesprochen worden sind, unterstreichen. Diese Punkte wurden von Herrn Kollegen Rotter, Herrn Kollegen Huber und Frau Ministerin Müller genannt. Ich möchte jetzt nur noch einmal einige Fakten herausgreifen.

Zunächst zu den Fördermöglichkeiten: Mit dem "Bayern-Paket 2013 - 2018" wurden 60 Millionen Euro für den Ausbau der Bahnhöfe bereitgestellt. Das ist eigentlich eine Bundesaufgabe, die jedoch vom Freistaat Bayern finanziert wird. Ich sage das noch einmal so deutlich, weil die Höhe der eingesetzten Finanzmittel kritisiert wurde. Im Jahr 2016 wird ein neues Konzept zur Fortführung des "Bayern-Pakets 2013 - 2018" ausgearbeitet.

Für das Bundesprogramm für kleine Bahnhöfe wird eine Million Euro an Kofinanzierungsmitteln zur Verfügung gestellt. Bayern steigt hier massiv ein. An Planungsmitteln werden 3 Millionen Euro vorfinanziert. Aus dem bayerischen Budget für den ÖPNV werden 30 Millionen Euro pro Jahr für die Förderung von barrierefreien Bussen zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, die Anschaffung von 400 barrierefreien Bussen wird gefördert.

Im Doppelhaushalt 2015/2016 werden 57,5 Millionen Euro für die staatlichen Liegenschaften zusätzlich zum gesamten Paket der Städtebauförderung und der Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Damit werden die Grundlagen für die Schaffung der Barrierefreiheit gelegt. Hinzu kommt das Kommunalinvestitionsfördergesetz, das Fördermöglichkeiten für finanzschwache Kommunen bis zu 90 % und insgesamt Mittel in Höhe von rund 290 Millionen Euro allein für den Freistaat Bayern bietet. Meine Damen und Herren, hinzukommen all die Maßnahmen für die Mobilität. Das bedeutet, beim Straßenbau und beim Bau

von Fahrrad- und Gehwegen wird die Barrierefreiheit berücksichtigt.

Mit dem Entflechtungsgesetz werden last but not least auch noch die Busbahnhöfe gefördert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur eine Zahl wiederholen: Im Doppelhaushalt 2015/2016 wendet Bayern für die Barrierefreiheit hinsichtlich der Mobilität, in der Bildung und in staatlichen Gebäuden 205 Millionen Euro auf.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einen letzten Satz anfügen: Bei den staatlichen Gebäuden, sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungen, wird grundsätzlich auf die Barrierefreiheit geachtet. Zwischenzeitlich haben wir ein Qualitätssicherungsverfahren, bei dem alle Maßnahmen auf die Umsetzung der Barrierefreiheit geprüft werden. Wir haben den Gebäudebestand registriert, insgesamt 3.150 öffentlich zugängliche Gebäude. Ich sage ganz offen und deutlich: Wir haben bei etwa 70 % dieser Gebäude Defizite festgestellt. Wir müssen deshalb gemeinsam bestrebt sein, in diesem Bereich vorwärtszukommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen Fakten, die ich gerafft vorzutragen versucht habe, sehen Sie, dass wir auf einem wirklich sehr guten Weg sind. Deshalb darf ich für mein Haus darum bitten, die als Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12, 14 und 15 aufgerufenen Anträge abzulehnen; denn diese Anträge sind nicht zielführend oder zum Teil bereits umgesetzt. – Ich bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge der Tagesordnungspunkte 9 bis 17 insgesamt abstimmen und der Abstimmung die Voten der jeweils federführenden Ausschüsse zugrunde legen: des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration, des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie sowie des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen?

(Zurufe: Jawohl!)

Ich sehe keinen Widerspruch. Dann machen wir das so, und ich lasse so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den jeweils vorgenannten federführenden Ausschüssen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU, die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es

Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 18, das ist der Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/7768, abstimmen. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.20 bis 19.25 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Während Sie das tun, habe ich noch eine erfreuliche Pflicht zu erfüllen. Der Kollege ist jetzt leider nicht da, aber ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ihm das auszurichten. Ich darf nämlich noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 21. November feierte der Herr Kollege Thorsten Glauber einen halbrunden Geburtstag. Im Namen des gesamten Hauses und persönlich wünsche ich ihm alles Gute und viel Erfolg für seine weitere parlamentarische Arbeit. Vielleicht ist er ja heute Abend noch am Feiern. Bitte richten Sie es ihm aus.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung" (EB.1071.17)

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich mit der Eingabe in seiner 39. Sitzung am 11. November 2015 befasst.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass sich die Petenten bei der zuständigen Ausländerbehörde über Rückkehrprogramme beraten lassen.

(Unruhe)

- Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas Ruhe. Es ist der letzte Tagesordnungspunkt. Es wird nicht mehr so lange dauern. – Laut dem Beschluss waren den Petenten die Stellungnahme der Staatsregierung

und ein Protokollauszug zu übersenden. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Stümpfig. – Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Fall der Petition Sanela und Aleksandra Redzepovic heute ins Plenum eingebracht, weil es sich um einen ganz besonderen Einzelfall handelt, der nach unserer Meinung auch als Einzelfall gewürdigt und entsprechend betrachtet werden muss. Das ist nach unserer Einschätzung im Petitionsausschuss nicht erfolgt. Erst in der letzten Plenarsitzung – Sie erinnern sich – hat Innenminister Herrmann wiederholt, dass stets Einzelfälle betrachtet werden. Einen Tag zuvor hat die CSU im Petitionsausschuss mit ihrer Mehrheit den Fall der Familie Redzepovic hauptsächlich mit der Begründung abgelehnt, es sollten keine Präzedenzfälle entstehen. Deshalb fragen wir uns: Was gilt denn nun?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bevor ich aber den Fall genauer schildere, möchte ich eine Zahl in Erinnerung rufen. Im Oktober dieses Jahres sind 4.882 Menschen aus dem Westbalkan zu uns gekommen. Das sind genau 2,69 % der im Oktober eingereisten Flüchtlinge. Ich bitte, das im Hinterkopf zu behalten, wenn wir jetzt über Flüchtlinge aus dem Westbalkan sprechen.

Sanela Redzepovic hat fünf Kinder. Sie stammt aus dem Süden von Serbien, aus Vranje, einer Stadt an der Grenze zu Mazedonien. Sie gehört zu der Minderheit der Roma. Das ist in diesem Zusammenhang ganz wichtig. Sie ist 32 Jahre alt. Sie hat ihren Mann verlassen, weil er mehrfach gegen sie gewalttätig wurde. Sie wurde im Jahr 2014 von drei Männern mehrfach besucht, die sich anfangs als Behördenvertreter ausgaben, sie misshandelten, regelmäßig zu ihr kamen und sie mehrfach vergewaltigten. Ihr jüngster Sohn, der jetzt im Juni in Scheinfeld geboren worden ist, ging aus einer dieser Vergewaltigungen hervor. Sie kann keine Hilfe von der Polizei in Serbien erwarten. Eine Aussage des Polizisten lautete, Roma-Frauen seien sowieso alle Prostituierte. Klar ist, dass Frau Redzepovic nicht mehr in ihre Heimatstadt zurück

kann; denn die drei Männer haben sich schon mehrfach nach ihr erkundigt.

Es ist aber noch nicht genug mit dem, was der Mutter zugestoßen ist. Die zehnjährige Tochter Aleksandra wurde krank. Ihr wurde letztes Jahr mehrfach schwindelig. Sie fiel in der Schule in Ohnmacht. Man stellte Kinderdiabetes fest, Diabetes mellitus Typ 1, eine besonders komplizierte Form, die sehr schwierig zu behandeln ist. Es gibt bei uns in Deutschland nur wenige Diabetologen, die die Zulassung haben, Kinder diesbezüglich zu behandeln. Ganz klar ist: Sie müssen ständig kontrolliert werden. Sie müssen engmaschig betreut werden. Auch in Deutschland gibt es dafür nur wenige Spezialisten. Die Familie konnte in Fürth einen Spezialisten finden. Sie wird engmaschig betreut. Das ist nach der Aussage des Arztes wichtig; denn ansonsten würde die Tochter wirklich schwerwiegende gesundheitliche Schäden davontragen.

Aleksandra erkrankte Anfang dieses Jahres zusätzlich an Hepatitis. Dank der guten gesundheitlichen Betreuung hat sie es gut überstanden. In Serbien wäre sie heute wahrscheinlich nicht mehr am Leben.

Jetzt komme ich zur Empfehlung des Petitionsausschusses bzw. des BAMF, man könnte einen Vorrat an Insulin nach Serbien mitnehmen. Das könnte man durchaus machen. Aber nur der Wirkstoff wird bezahlt. Alles andere, zum Beispiel Messgeräte, durchgehende ärztliche Betreuung, Dosiergeräte, ist nicht vorhanden. Die Familie müsste sich auf dem Schwarzmarkt irgendetwas besorgen. In der Theorie ist das vielleicht noch machbar, in der Praxis aber nicht. Es ist mehr als unverantwortlich, sehr geehrte Damen und Herren, das Mädchen mit ihrer Familie nach Serbien auszuweisen. Deswegen von uns die klare Aussage: Duldung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben hier eben keinen Präzedenzfall. Dieser Fall hat auch bei uns im Petitionsausschuss Seltenheitswert. Wenn der Petitionsausschuss einen Wert haben soll, darf er nicht pauschal nach dem Aktenzeichen urteilen, sondern muss den Einzelfall ganz genau betrachten. In diesem Fall muss die Familie hierbleiben. Hier müssen wir sagen: Eine Härte liegt vor; die Gesundheit des Kindes ist bedroht. Das gilt es abzuwägen. Hier gilt es, Menschlichkeit zu zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier die Frage an Sie, Herr Straub, und an Sie, Herr Neumeyer: Können Sie beurteilen, ob das Mädchen in Serbien wirklich eine ausreichende ärztliche Versorgung erhalten kann, ob die schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden, die der Arzt voraussagt, wenn sie

diese ärztliche Betreuung nicht bekommt, ausgeschlossen werden können? Warum muss diese Familie ausreisen? Warum können wir sie nicht an die Härtefallkommission verweisen? Machen Sie deswegen heute kein Politikum daraus. Handeln Sie verantwortlich, handeln Sie menschlich! Eine Abschiebung von Aleksandra und ihrer Familie wäre mehr als unverantwortlich. Deswegen bitte ich Sie, die Petition nochmals zu überdenken und das negative Votum des Petitionsausschusses abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. - Der nächste Redner ist der Kollege Straub. Bitte schön.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Stümpfig, auf Ihre Rede eingehend, verwahre ich mich dagegen, dass wir diesen Fall nicht als Einzelfall behandelt hätten. Wir haben uns sehr intensiv mit dem Fall beschäftigt, sowohl in der Arbeit vor dem Petitionsausschuss als auch jetzt wieder in der Arbeit vor dem Plenum. Wir haben die Eingabe nicht deswegen abgelehnt, weil damit ein Präzedenzfall entstehen könnte, sondern deswegen, weil deutsche Behörden so entschieden haben. Ihre Rede war mit vielen Unterstellungen gespickt; deutsche Behörden sehen das ganz anders. Ich vertraue unseren deutschen Behörden, dass sie verantwortlich mit der Situation umgehen. Wir sollten hier und auch im Petitionsausschuss nicht anfangen, zwischen guten und bösen oder menschlichen und unmenschlichen Mitgliedern dieses Hohen Hauses zu unterscheiden. Wir sollten uns vielmehr an den Rechtsstaat halten.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Sie können doch im Petitionsausschuss eine eigene Meinung haben!)

Die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde übrigens sehr frühzeitig getroffen. Die Familie reiste im Oktober ein, bereits im November ist die Entscheidung des BAMF gefallen. Das BAMF hat genau die Punkte, die Sie angesprochen haben, untersucht.

Serbien ist ein Rechtsstaat. Die Frau hätte sich wegen der schlimmen Verbrechen, die an ihr begangen wurden, an die Polizei wenden können. Sie hat im Gegensatz zu Ihrer Aussage in der Petition angegeben, dass sie sich nicht an die Polizei gewandt hat, weil sie dazu kein Vertrauen hat. Serbien ist ein Rechtsstaat. Serbien gibt sich sehr viel Mühe, und ich glaube, dass die Frau in Serbien auch sicher leben kann. Des Weiteren wurde die gesundheitliche Versorgung der Tochter angesprochen. Die Behörden in

Deutschland haben ganz klar gesagt, dieser Fall von Diabetes könne in Serbien behandelt werden.

Übrigens wurde im Petitionsausschuss schon etwas eigenartig abgestimmt. Serbien ist ein sicherer Drittstaat. Explizit wurde betont, dass die Gesundheitsversorgung nicht die gleiche sein muss wie in Deutschland. Sie muss ausreichend sein, und sie ist in diesem Fall ausreichend. Ich bitte doch, dass wir das, was in Berlin entschieden wird, auch hier im Landtag berücksichtigen. Wir können nicht in Berlin die großen Entscheidungen treffen und hier wieder nach menschlich und unmenschlich unterscheiden.

Der Fall ist ein Einzelfall. Er könnte zu einem Präzedenzfall werden, wenn wir im Landtag rechtliche Entscheidungen revidieren würden. Dann würden wir für solche Fälle Tür und Tor aufmachen. Auf der ganzen Welt gibt es viele Länder, die nicht eine ganz so gute gesundheitliche Versorgung haben.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Der Petitionsausschuss muss aber nicht Recht setzen!)

- Hören Sie bitte zu. Wir haben diesen Einzelfall wirklich gründlich behandelt. Ich habe die Akten mehrmals intensiv durchgelesen. Ich habe jedes Verwaltungsgesichtsurteil durchgelesen.

Wir müssen jetzt die Familie bei der Rückführung unterstützen. Die Familie soll sich baldmöglichst an die Ausländerbehörde wenden. Wir haben verschiedenste Möglichkeiten, um bei der Rückführung, wie die Kanzlerin gesagt hat, ein freundliches Gesicht zu zeigen. Ich darf den Stimmkreisabgeordneten Hans Herold erwähnen, der ausdrücklich erklärt hat, er werde in Sachen Gesundheit mit der Familie in Kontakt bleiben und schauen, dass es der Tochter in Serbien gut gehen wird. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Die Familie kann eine sichere Zukunft haben, aber nicht in Deutschland, sondern in Serbien.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Straub. - Der nächste Redner ist Herr Dr. Rabenstein. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten es uns nicht zu einfach machen. Beim Hinweis auf den Rechtsstaat, auf deutsche Behörden und darauf, dass wir keine rechtlichen Entscheidungen revidieren sollten, frage ich mich: Warum haben wir dann überhaupt einen Petitionsausschuss, in dem wir uns solche Fälle vorlegen lassen?

(Beifall bei der SPD)

Dann könnten wir gleich sagen: Es ist so entschieden, die Staatsregierung gibt ihre Stellungnahme ab, also schließen wir uns dem an - Ende. Dann brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren. Wenn wir so verfahren, brauchen wir über solche Fälle im Petitionsausschuss gar nicht mehr zu diskutieren. Wir sind doch dafür da, dass wir sagen: Recht und Gesetz sind das eine, aber im Einzelfall ist eben festzustellen, ob wir hier einen Härtefall haben, ob wir uns einmal über Recht und Gesetz setzen müssen, weil wir aus Menschlichkeit oder aus christlicher Barmherzigkeit handeln müssen. Gott sei Dank gibt es gelegentlich Fälle, in denen wir im Petitionsausschuss und auch hier im Landtag rechtliche Entscheidungen revidieren und einer Familie helfen, Gott sei Dank, sage ich.

Bei der Härtefallkommission ist es genauso. In der Härtefallkommission werden ebenfalls Fälle behandelt, die rechtlich zu Ungunsten der Petenten entschieden worden sind, über die wir uns aber in der Härtefallkommission Gedanken machen und dort anders entscheiden. Das ist in der Härtefallkommission eigentlich immer so. Die Fälle, die dort angenommen werden, werden positiv entschieden; das nur als Vorbemerkung.

In der Stellungnahme zur Petition heißt es, dass in Serbien ein staatlicher Schutz besteht. Daran habe ich meine allergrößten Zweifel; denn wir wissen doch, dass Roma dort Menschen zweiter Klasse sind. Hier haben wir eine alleinstehende Frau, die schon in Konflikt mit den örtlichen Polizeibehörden geraten ist und in diese kein Vertrauen mehr hat. Dagegen, dass hier gesagt wird, es gäbe hinreichend staatlichen Schutz, habe ich große Bedenken.

Das Zweite: Man muss die Gesamtsituation betrachten. Bei uns hält sich eine alleinstehende Frau mit fünf Kindern auf. Die fünf Kinder schicken wir auch zurück, obwohl sie versuchen, hier Fuß zu fassen. Zu dem, was in der Stellungnahme steht, weiß ich überhaupt nichts mehr zu sagen. Da haben wir einen Säugling, der ein halbes Jahr alt ist. In der Petition heißt es: Seitens des Bundesamts liegt noch keine Entscheidung über den Ausgang des Asylverfahrens des Säuglings vor. - Na wunderbar, wenn der hierbleiben darf, während die ganze restliche Familie heimgeschickt werden soll! Was soll denn der Blödsinn? - Das hat jetzt überhaupt keinen Sinn, egal, ob es positiv oder negativ ausgeht.

Wir Sozialdemokraten machen es uns nicht einfach. Wir sind auch im Petitionsausschuss in vielen Fällen der Meinung, dass wir nicht alle Eingaben positiv entscheiden können, dass wir nicht alle hierlassen können. Aber wir schauen uns den Einzelfall an. Deswegen kann ich nur sagen: Aus Menschlichkeit - das ist

der einzige Grund - sehen wir hier einen eindeutigen Härtefall. Und deswegen, allein aus diesem Grund, hat sich wohl auch der örtliche CSU-Abgeordnete, der die Familie und die Verhältnisse genau kennt, für die Familie eingesetzt – nicht nur, wie es jetzt heißt, für die Rückführung und dafür, dass da alles läuft. Er hat sich vielmehr hier für die Familie – er kann heute dazu Stellung nehmen -, für ein Bleiberecht der Familie eingesetzt, und so wurde das auch kommuniziert. Weil es ein echter Härtefall ist, gilt hier für uns – ich kann es noch einmal sagen – die christliche Barmherzigkeit. Deswegen sind wir dafür und haben uns im Petitionsausschuss dafür ausgesprochen, dass die Familie hierbleiben kann.

Die Überweisung an die Härtefallkommission macht keinen Sinn. Die Kriterien, um diesen Fall auf die Härtefallkommission abzuwälzen, sind - so sage ich mal - hier nicht gegeben. Wir wissen, die Härtefallkommission wird den Fall auch gar nicht annehmen. Deswegen hilft uns das nicht weiter. Wir müssen heute entscheiden, und ich bitte darum, heute für die Familie positiv zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Rabenstein. - Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Widmann. Bitte, Frau Widmann.

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich bei allen Bürgerinnen und Bürgern und auch bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Ort für die Familie eingesetzt haben, recht herzlich bedanken.

Wir haben im Petitionsausschuss schon sehr ausführlich über diesen Fall gesprochen. Frau Redzepovic und ihre Kinder kommen aus einem sicheren Herkunftsland, nämlich aus Serbien. Sowohl das Bundesamt für Migration als auch das Verwaltungsgericht Ansbach haben den Antrag auf Bleiberecht abgelehnt. Dabei wurden alle Aspekte nachweislich und umfangreich geprüft. Das Schicksal der Familie ist sicher bedauerlich, aber angesichts der wachsenden Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen kann man hier das Aufenthaltsrecht nicht automatisch verlängern. Für die Betroffenen selbst ist jeder Fall extrem wichtig. Wir haben im Petitionsausschuss mittlerweile sehr, sehr viele solcher Fälle. Wir FREIEN WÄHLER haben daher im Petitionsausschuss für eine Überweisung an die Härtefallkommission plädiert. Hier sehen wir gewährleistet, dass jeder Fall einzeln wirklich noch einmal geprüft wird. Deshalb haben wir FREIEN WÄHLER im Petitionsausschuss auch positiv für eine Überweisung an die Härtefallkommission gestimmt.

Wir wissen aber auch, dass die Verweisung in die Härtefallkommission an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, beispielsweise im Hinblick auf die Länge des bisherigen Aufenthalts in Deutschland. Trotzdem wollten wir alle Möglichkeiten für diese Familie ausschöpfen.

Wir sehen einerseits die sicher schwierige Lage der Familie und ihren Wunsch nach einem dauerhaften Bleiberecht bei uns in Deutschland. Im vorliegenden Fall wurde von den Petenten als Begründung die Erkrankung einer Tochter angegeben; ferner wurden die bessere medizinische Versorgung in Deutschland sowie Gewalterfahrungen als Gründe angeführt. Das Bundesamt für Migration sieht keine Gründe für eine zwangsläufige Verschlechterung des gesundheitlichen Zustands der Tochter im Heimatland. Auch dort gibt es gute Ärzte und die notwendige medizinische Versorgung; eine mögliche, vermutete medizinische Benachteiligung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit als Roma ist nicht bewiesen und stellt auch keinen Asylgrund dar. Eigentlich sind in Deutschland nur Personen asylberechtigt, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, nicht aber aus medizinischen Gründen. Die Familie ist nicht gezwungen, in ihrem Heimatland in einer bestimmten Gegend zu leben. Sie kann daher durchaus eine Region mit der passenden medizinischen Leistung aussuchen und so auch der Androhung weiterer Gewalttaten entgehen. Im Übrigen gibt es auch im Heimatland rechtsstaatliche Mittel, um gegen diese Gewalttaten und Bedrohungen vorzugehen. Auch dort gibt es Strafverfolgungsbehörden, die eingeschaltet werden können und müssen.

Es gibt zudem die Möglichkeit, über die Ausländerbehörde unterstützende Maßnahmen im Heimatland zu erhalten. So gibt es seitens der Bundesregierung Programme, mit denen ein Neustart im Heimatland gefördert wird. Damit besteht für die Familie die Möglichkeit, sich ein neues Leben in der Heimat in einem anderen Teil des Landes aufzubauen, wo sie sicher vor Gewaltandrohung ist und wo eine gute medizinische Versorgung gewährleistet ist. Der Wunsch der Familie, hierbleiben zu dürfen, ist sicher verständlich. Aber wie wir gerade in letzter Zeit erfahren haben, wollen das Hunderttausende andere auch. Angesichts der immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen müssen wir jeden Fall einzeln beurteilen, und das machen wir auch im Petitionsausschuss.

So bedauerlich dieser Fall ist – die Familie kommt aus einem sicheren Herkunftsland. Serbien ist ein EU-Beitrittskandidat. Hier herrscht nicht wie in Syrien Bürgerkrieg. Daher bleiben wir bei unserer Haltung. Wir hätten die Petition gerne in der Härtefallkommission gesehen; das sehen wir FREIE WÄHLER als die

beste Lösung an, damit alle Möglichkeiten im Einzelfall geprüft werden. Die zweitbeste Lösung ist der Vorschlag der CSU. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Vorschlag enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Widmann. - Nächste Wortmeldung: der Kollege Neumeyer. Bitte schön, Herr Neumeyer.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Christoph Rabenstein, ich bin etwas enttäuscht, dass man den Petitionsausschuss so diskreditiert. Ich denke, für viele ist der Petitionsausschuss die letzte Hoffnung, manchmal ist er sogar die beste Hoffnung, dass man manche Dinge wieder heilen kann, die vielleicht die Bürokratie oder andere aufwerfen. Der Petitionsausschuss leistet eine hervorragende Arbeit, bei der es immer wieder um Menschen geht – wie in diesem Fall. Wir machen es uns nicht leicht, und jeder Fall berührt uns genauso wie Sie. Trotzdem müssen wir eingestehen, dass wir nicht alle bei uns behalten können.

Der Bürger hat auch das Recht, dass wir das, was wir in Berlin entscheiden, in München vollziehen. Grün, Rot und Schwarz haben gemeinsam die Liste der sicheren Herkunftsstaaten beschlossen. Ministerpräsident Kretschmann hat vergangene Woche in der "WirtschaftsWoche" geschrieben: Die GRÜNEN müssen sich von einigen lieb gewonnenen Positionen verabschieden, um die Herausforderungen zu meistern. – Genau zu dieser Debatte gibt es in dem "taz"-Interview mit Boris Palmer eine Aussage: "... klar muss auch sein: Abschiebungen zu verhindern - was lange grüne Politik gewesen ist -, lässt sich in der jetzigen Situation nicht mehr durchhalten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Es geht um eine Einzelfallprüfung!)

Wenn Abschiebungen nicht durchgeführt werden, ist das ein Zeichen an die Menschen aus diesen Ländern, dass es sich weiter lohnt, zu uns zu kommen." – Das ist Boris Palmer.

(Margarete Bause (GRÜNE): Es gibt einen ganz konkreten Einzelfall!)

Und ich muss ganz ehrlich sagen: Wir haben eine Sondersituation. Viele Menschen kommen zu uns, und wir werden nicht alle integrieren können, weil uns das einfach überfordert. Ich habe ein Problem damit – und das stört mich auch, muss ich ganz ehrlich sagen –, wenn man einteilt: Hier sind die Guten, und hier sind die Schlechten. Hier sind die Guten, dort sind die

Bösen. – Es stimmt einfach nicht. Wir kämpfen genauso für die Menschen, die es nötig haben, von uns unterstützt zu werden. Ich weiß nicht, ob auch Sie nach Entscheidungen im Petitionsausschuss Briefe bekommen, in denen steht, Sie seien unchristlich, unbarmherzig oder ein schlechter Mensch. – Wir ziehen nur konsequent das durch, was die Politik beschlossen hat. Wir wissen, dass in diesem Fall die Härtefallkommission nicht greift.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vergangenen Mittwoch hier den Westbalkantag durchgeführt. Frau Professor Calic war da, eine große Kennerin des Westbalkans. Sie hat eindeutig gesagt, die Situation der Roma ist schwierig, aber sie wird immer besser. Wir haben uns die Information vom Generalkonsulat und von Herrn Pusic aus Duisburg eingeholt – in Duisburg sind die meisten Roma –, wie die Gesundheitsversorgung in diesem Land ist. Die Gesundheitsversorgung ist dort kostenfrei, jedenfalls sind es die Medikamente.

Liebe Freunde, wir können alles infrage stellen. Wir können Gutachten infrage stellen, wir können die Feststellungen des BAMF infrage stellen, wir können das wissenschaftliche Urteil von Frau Professor Calic infrage stellen, wir können die Urteile der Gerichte infrage stellen, weil wir meinen, es besser zu wissen. – Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben sehr wohl die Pflicht, auf das zu hören, was uns die Behörden, die Gerichte und das BAMF sagen. Das Bundesamt macht meiner Meinung nach eine gute Arbeit, wie in diesem Fall, weil solche Fälle definitiv gut strukturiert bearbeitet werden.

Es ist wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir diese Debatte heute führen. Ich habe nichts dagegen, dass das hochgezogen wird. Wir können damit beweisen, wie ernst wir diese Themen nehmen. Familie Redzepovic ist seit 13 Monaten hier, nicht jahrelang, nicht drei, vier oder fünf Jahre lang. Sie haben zu Hause – wenn ich die Akte richtig gelesen habe – ein familiäres Netzwerk; sie haben Angehörige. Frau Redzepovic hatte eine Arbeit. In ihrer Aussage steht, ihr sei es nicht schlecht gegangen. Das alles muss man sehen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das weder ein Fall für § 16a des Grundgesetzes noch für subsidiären Schutz. Ich würde Familie Redzepovic raten, freiwillig auszureisen, um die Chancen für die Zukunft der Kinder zu erhöhen. Wir alle wissen, wenn die Familie abgeschoben wird, dann bekommen sie einen Stempel in den Ausweis und werden für die Wiedereinreise gesperrt. Das würde noch mehr schaden.

Ich bitte Sie, nicht emotional, auch wenn es wehtut, sondern rational zu urteilen und anzuerkennen, wie die Situation in Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Neumeyer. Bleiben Sie noch am Pult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Stümpfig gemeldet. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Neumeyer, ich glaube, Sie kennen sehr gut die Situation der Roma in verschiedenen Ländern, ob das Rumänien oder Serbien ist. Die Situation ist für die Roma wirklich sehr, sehr schwierig. Die persönlichen Erfahrungen von Frau Redzepovic mit der Polizei sind sehr schlecht; sie wurde wirklich verfolgt, sie wurde mehrfach vergewaltigt, ihr familiäres Netzwerk ist zusammengebrochen. Sie können heute doch nicht sagen, sie hat ein familiäres Netzwerk. Die Familie hat sich jetzt wieder etwas zusammengerauft, die Gesundheit der Tochter ist jetzt wieder etwas stabiler. Das alles stünde wieder vor dem Zusammenbruch. Was hilft dann ein Wiedereinreisestempel? – Das gibt überhaupt keine Hoffnung, was Sie da vorschlagen. Ich verstehe einfach nicht, warum man bei diesem klaren Einzelfall nicht sagen kann, die Gesundheit des Mädchens ist bedroht, machen wir eine Ausnahme. – Es wurde ausreichend begutachtet; das sehe ich auch. Sie müssen doch auch erkennen, dass das ein besonderer Einzelfall ist. Es stehen nicht, wie heute gesagt wurde, mehrere Hundert oder mehrere Tausend vor der Tür. Das stimmt so nicht. Es stehen nicht Hunderte oder Tausende Aleksandras vor der Tür. Das ist ein Einzelfall, und so müssen wir ihn betrachten. Dafür sitzen wir hier im Parlament und im Petitionsausschuss; sonst hat der Petitionsausschuss wirklich kaum einen Wert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. – Herr Neumeyer, bitte.

Martin Neumeyer (CSU): Herr Kollege, natürlich hat der Petitionsausschuss einen Wert. Wir können nicht an diesem Fall urteilen, dass der Petitionsausschuss keinen Wert hätte. Natürlich hat der Petitionsausschuss einen Wert. Er bringt etwas für die Menschen.

Ich kenne Serbien und war erst dort. Ich bin Präsident der Bayrisch-Makedonischen Gesellschaft. Ich kenne Makedonien. Ich weiß, dass die Situation nicht unbedingt vergleichbar ist mit der in München oder mit der Situation in kleinen Städten oder in anderen Städten in Deutschland und in Bayern. Die Situation wird sich aber verbessern. Das ist die Aussage von Frau Pro-

fessor Calic von vor einer Woche, dass es eine Verbesserung gibt. Die Situation wird für die Roma in diesen Ländern auf jeden Fall besser. Wir können trotz allem nicht alle Roma und viele aus diesen Ländern bei uns aufnehmen. Ich weiß, Sie sprechen vom Sonderfall.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Einzelfall!)

– Ich kann mich nur an die Akten halten. In den Akten steht, dass Familienangehörige da sind, dass ein Netzwerk da ist, dass die Frau bei der BAMF-Abfrage selber gesagt hat, ihr sei es in Serbien nicht schlecht gegangen. Das ist ihre wortwörtliche Aussage. Es gibt natürlich Gründe, nach Deutschland zu kommen. Da gibt es unterschiedliche Facetten. Aber trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre dies kein richtiges Zeichen. Man sollte die Familie besser in Serbien unterstützen, wie es Hans Herold vielleicht machen wird. Aber es muss jetzt ein Zeichen geben, dass Deutschland sagt: Nein, das funktioniert nicht, das sind sichere Herkunftsstaaten, mit denen müssen wir leben. Sonst funktioniert das ganze System nicht.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Neumeyer. – Nächste Wortmeldung: Staatssekretär Eck, bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will auch dieses ganz kurz machen. Kollege Neumeyer hat mir einiges vorweggenommen. Trotzdem ist es mir wichtig, dies noch einmal anzusprechen. Liebe Frau Widmann, "Wasch mich, aber mach mich nicht nass" geht nicht. Eine Enthaltung ist sicherlich das Allereinfachste; damit ist man auf keiner Seite so richtig dabei und kann überall diskutieren, man sei dafür oder dagegen. Das finde ich nicht ganz glücklich.

(Beifall bei der CSU)

Auch ich könnte an dieser Stelle emotional werden. Lieber Herr Kollege Stümpfig, Sie haben es gerade deutlich gemacht. Aber all die Dinge, die Sie angesprochen haben, die ich natürlich auch verstehe, sind im Einzelfall geprüft worden. Genau das ist geprüft worden. Dass Sie jetzt nicht das Ergebnis hören oder mitgeteilt bekommen haben, das Sie sich vorstellen oder wünschen, können wir trotzdem nicht ändern. Ich will und muss hier an dieser Stelle sagen: Wir können keine Politik der Beliebigkeit machen. Lieber Herr Kollege, wir haben Hunderttausende von Flüchtlingen bei uns im Land. All die Dinge werden geprüft und müssen entschieden werden. Bei der Wichtigkeit dieser heutigen Entscheidung muss ich sagen, dass wir

klare Spielregeln brauchen. Wie entscheiden wir uns denn sonst, wenn wir diese klaren Regeln nicht einhalten? – Ich bitte ganz einfach um Verständnis. Wir brauchen diese klaren Grundstrukturen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich will ein Weiteres ansprechen. Lieber Herr Kollege Rabenstein, ich meine, das sollten wir in diesem Hohen Haus schon ein Stück weit beherzigen: Der Petitionsausschuss prüft, ob der Weg und das Verfahren richtig waren, ob das alles richtig abgelaufen ist. Sie haben zum Ausdruck gebracht, der Petitionsausschuss könnte sich über Recht und Ordnung stellen.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

– Doch, das haben Sie wörtlich hier gesagt, vielleicht haben Sie es anders gemeint. Ich habe es aber so verstanden. Ich bitte sehr herzlich darum anzuerkennen, dass wir den Petitionsausschuss sehr wohl brauchen, über Recht und Gesetz kann sich der Petitionsausschuss aber nicht stellen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Damen und Herren, ich will auch dieses noch zum Ausdruck bringen: Die in der Petition vorgebrachten Punkte wurden vom Bundesamt geprüft.

(Angelika Weikert (SPD): Das haben Sie schon dreimal gesagt!)

– Ja, ich habe es dreimal gesagt. Ich will noch einen Punkt ansprechen, bei dem man besonders emotional werden will, nämlich wegen der Krankheit Diabetes. In Serbien – das ist geprüft worden – ist diese Krankheit behandelbar. Es gibt in Serbien sogar eine gesetzliche Pflichtversicherung, liebe Damen und Herren. Deshalb sind diese Punkte nicht immer wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

Last but not least – ich sage das den Kollegen von der SPD –: Die Entscheidung zu den sicheren Herkunftsstaaten ist in Berlin von der Union und der SPD in der Großen Koalition getroffen worden. Auch wir in München müssen uns danach richten. In diesem Sinne bitte ich sehr herzlich um Verständnis dafür, dass wir an unserer Meinung festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte noch am Pult, Herr Eck. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Herold gemeldet. – Bitte schön.

Hans Herold (CSU): Nachdem ich in der heutigen Debatte über den Umgang mit der Petition mehrmals

namentlich erwähnt worden bin, möchte ich mich auch persönlich äußern. Richtig ist, dass es um eine Familie in meinem Stimmkreis – konkret: in Scheinfeld – geht. Richtig ist auch, dass mir die Situation bestens bekannt ist.

Auch heute im Plenum ist immer wieder die Aussage gemacht worden – unter anderem von Ihnen, Herr Kollege Dr. Rabenstein –, in Serbien gebe es vermutlich keine Möglichkeit der medizinischen Behandlung. Ich möchte nochmals festhalten, dass ich mich für die Gewährleistung entsprechender Hilfen einsetze.

Einige Kollegen haben darauf hingewiesen, dass mittlerweile Entscheidungen gefällt worden sind, die auf Gutachten basieren. Demnach sind in Serbien Möglichkeiten der medizinischen Behandlung unabhängig von der ethnischen Herkunft der Patienten gewährleistet. Ebenso verhält es sich mit dem Bezug benötigter Medikamente. Das ist für mich auch in Bezug auf mein anschließendes Abstimmungsverhalten der entscheidende Punkt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass in Scheinfeld ein großer Unterstützerkreis vorhanden ist. Auch ich werde mich dafür einsetzen, dass die Versorgung gewährleistet ist.

Abschließend möchte ich auf einen Punkt eingehen, den schon Herr Staatssekretär Eck angesprochen hat. Die Petition ist letztlich von einer Kollegin der FREIEN WÄHLER initiiert worden. Angesichts dessen wundere ich mich über das Abstimmungsverhalten dieser Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Herold. – Herr Eck, bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Kollege Herold, vielen herzlichen Dank. Ich habe bewusst auf die Situation der gesundheitlichen Versorgung vor Ort hingewiesen. Sie haben mich in meiner Einschätzung bestätigt. Ich darf herzlich um Verständnis dafür bitten, dass wir unsere Meinung aufrechterhalten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Bitte bleiben Sie noch. Herr Kollege Stümpfig hat sich gemeldet. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Ich möchte noch einmal etwas zur Situation der gesundheitlichen Versorgung in Serbien sagen. Nach allem, was wir wissen, ist im vorliegenden Fall keine Behandlungsmöglichkeit in Serbien gegeben. Man bekommt Insulin; der Wirkstoff ist vorhanden. Aber die Gerätschaften, die Aleksandra

braucht, fehlen dort. Sie hat mir am vergangenen Donnerstag bei einem Besuch vor Ort gezeigt, welche Vielzahl an Messgeräten erforderlich ist, um die richtigen Dosierungen vornehmen zu können. Da sie eine Jugendliche ist, ändern sich die Werte und die Dosierungserfordernisse ständig. Die Überprüfung muss mindestens wöchentlich vorgenommen werden; dafür ist ein Facharzt aufzusuchen. Mehrere Menschen aus Serbien, die vor Ort waren – die Übersetzerin und drei, vier weitere Leute, die aus der Ecke kommen –, haben mir im Gespräch deutlich gesagt, dass es Spezialisten, im vorliegenden Fall Kinderdiabetologen, in dieser Region nicht gibt. Selbst von Scheinfeld muss man bis nach Fürth fahren, um einen Spezialisten zu finden. Wenn Sie, Herr Eck, angesichts der Situation im Süden von Serbien an der Grenze zu Mazedonien, hier behaupten, die Voraussetzungen für eine gesundheitliche Betreuung seien vorhanden, dann kann ich darüber nur lachen. Herr Herold, an Ihrer Stelle hätte ich wirklich ein sehr, sehr schlechtes Gefühl, der Entscheidung zuzustimmen, Aleksandra zurückzuschicken. Das muss ich leider so sagen.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Es gibt dort vielleicht eine Pflichtversicherung, mehr aber nicht. Auf dem Schwarzmarkt müssen sich die Betroffenen mit viel Geld irgendwelche Sachen kaufen. Das Geld ist nicht vorhanden. Warum lassen wir sie denn nicht hier? - Das ist doch ein Einzelfall.

Herr Herold, Ihr Abstimmungsverhalten kann ich umso weniger verstehen, als Sie die Familie kennen. Und an Ihre Fraktion: Warum können Sie nicht über Ihren Schatten springen und dem Anliegen der Petition zustimmen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. – Herr Eck, bitte schön.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Stümpfig, ich will als Begründung nur noch einen Satz anfügen: In Anbetracht der momentanen Situation, in der wir Hunderttausende solcher Fälle beurteilen müssen, brauchen wir auch klare Linien.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle mich nicht hier hin und bezweifle die Aussagen des Gerichts, wie Sie es in Ihrem ersten Wortbeitrag gemacht haben. Sie sagten, Sie könnten nicht verstehen, wie vom Gericht geprüft worden sei, und setzten fünf Fragezeichen hinter die Entscheidung.

Ich muss das übernehmen, was das Gericht nach seiner Prüfung entschieden hat. Demnach gibt es auch vor Ort Möglichkeiten der Behandlung dieser Krankheit. Herr Stümpfig, ich bitte Sie, das nicht zu verdrehen. Wenn Sie andere Erkenntnisse haben, dann müssen Sie diese entsprechend vorbringen. Zum vorliegenden Fall liegt uns die Erkenntnis vor, dass diese Krankheit in Serbien behandelt werden kann. Deshalb bleiben wir bei unserer Entscheidung.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. – Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären mit der Maßgabe, dass die Petenten sich über Rückkehrprogramme bei der zuständigen Ausländerbehörde beraten lassen. Den Petenten sind die Stellungnahme der Staatsregierung und ein Protokollauszug zu übersenden.

Es wurde beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchzuführen. Wer dem Votum des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich wie immer auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 20.06 bis 20.11 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Barrierefreiheit einfach machen V: Zielvereinbarungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit", Drucksache 17/7768, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 55, mit Nein haben gestimmt 76, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt warten wir noch auf das Ergebnis der letzten Abstimmung. – Ich gebe das Ergebnis der zuletzt durchgeführten namentlichen Abstimmung zur Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung", EB.1071.17, bekannt: Ja-Stimmen: 74, Nein-Stimmen: 44, Stimmenthaltungen: 11. Damit ist dem Votum des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit schließe ich die Sitzung. Vielen Dank allen, die bis jetzt ausgeharrt haben. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 20.14 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa
 COM (2015) 192 final
 BR-Drs. 212/15
 Drs. 17/7542, 17/8924 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
 Bericht zu Uran in Böden und im Grundwasser
 Drs. 17/7325, 17/8927 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Patienten besser vor gefährlichen Medizinprodukten schützen!
Drs. 17/7555, 17/9060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems erhalten
Drs. 17/7558, 17/9051 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine neuen Legehennenkäfige mehr in Bayern
Drs. 17/7640, 17/8928 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Horst Arnold u.a. SPD
Bessere Kennzeichnung der Herkunft und Haltungsform bei allen Fleischprodukten
Drs. 17/7641, 17/8929 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bericht zur Sachlage des Verkaufs und des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln
Drs. 17/7689, 17/8931 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Annette Karl, Natascha Kohlen u.a. SPD
Förderung der nachhaltigen Tourismusentwicklung
Drs. 17/7883, 17/8760 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Die Situation in der bayerischen Erstaufnahme – Landtag mit einbeziehen!
Drs. 17/8093, 17/8948 (E) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die CSU-Fraktion hat gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, die Fassung des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen der Abstimmung zugrunde zu legen.

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prestigeprojekte in ein gesamtbayerisches Kulturkonzept einbetten
Drs. 17/8203, 17/9052 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kommunen entlasten, Rechtssicherheit herstellen - der Bund soll für Schäden durch Asylbewerber und Flüchtlinge aufkommen
Drs. 17/8421, 17/8949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausstellung "Großbaustelle 793" auch in Franken präsentieren
Drs. 17/3103, 17/8930

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

13. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Alternative Modelle der Erzieherausbildung erproben – Qualitätsmerkmale verankern
Drs. 17/7283, 17/8947

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.11.2015 zu Tagesordnungspunkt 18: Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Margit Wild, Doris Rauscher u. a. SPD; Barrierefreiheit einfach machen V: Zielvereinbarungen zur Umsetzung von Barrierefreiheit (Drucksache 17/7768)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva			
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim	X		
Blume Markus				Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra			
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes			
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard		X	
Eck Gerhard		X		Huber Erwin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin			
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina	X			Huml Melanie			
Felbinger Günther	X			Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Förster Linus				Kamm Christine	X		
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette			
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	55	76	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.11.2015 zur Eingabe betreffend "Aufenthaltsduldung" (EB.1071.17)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert			X	Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann			X
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim			X
Blume Markus				Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert				Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael	X		
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus	X		
Dorow Alex	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dünkel Norbert	X			Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin			
Eck Gerhard	X			Huber Thomas	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Eisenreich Georg	X			Huml Melanie			
Fackler Wolfgang	X			Imhof Hermann	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Jörg Oliver	X		
Felbinger Günther			X				
Flierl Alexander	X			Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela	X		
Freller Karl	X			Karl Annette			
Füracker Albert				Kirchner Sandro	X		
				Knoblauch Günther		X	
Ganserer Markus		X		König Alexander	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	74	44	11